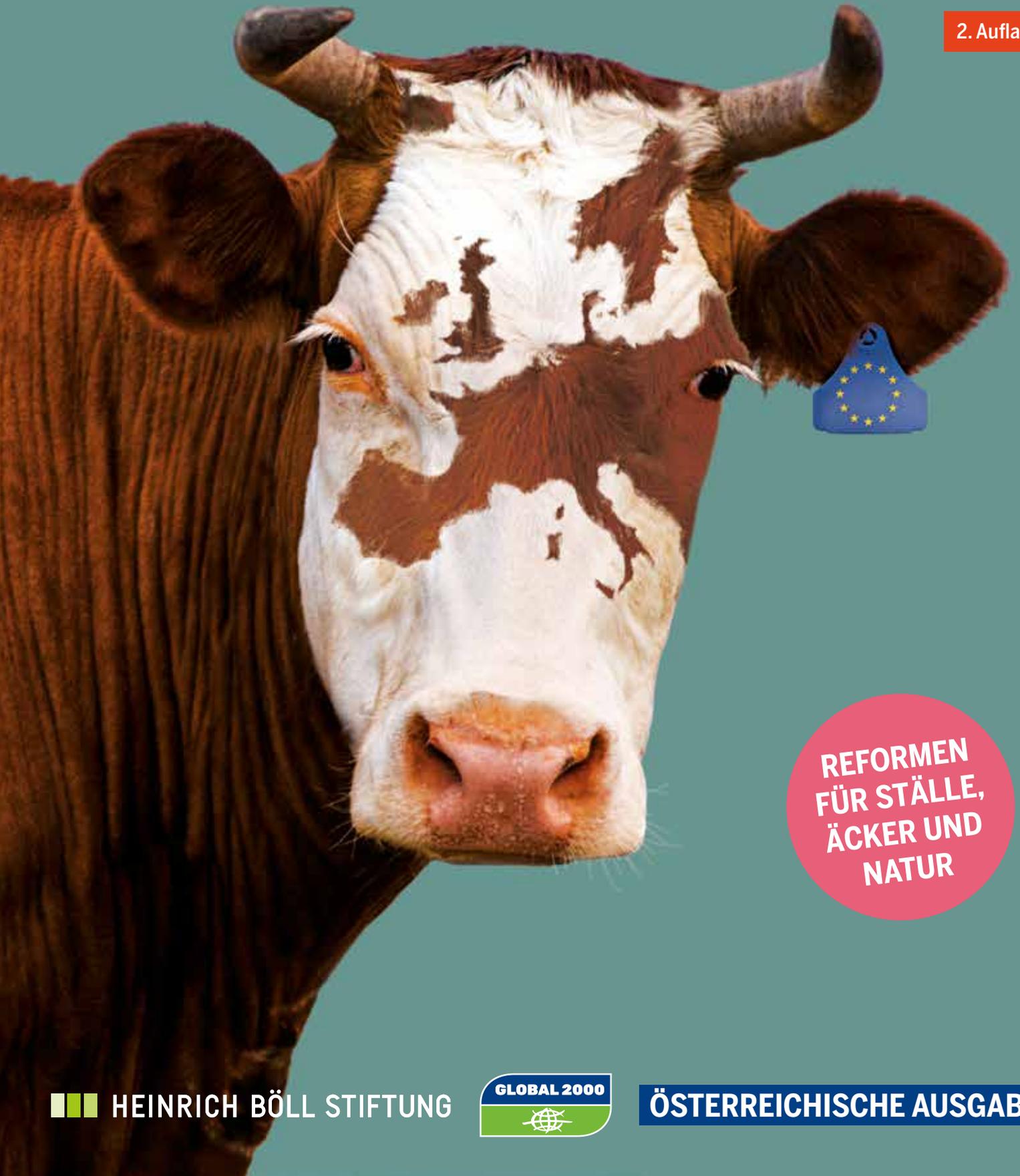


AGRAR-ATLAS

Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft

2019

2. Auflage



REFORMEN
FÜR STÄLLE,
ÄCKER UND
NATUR

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



ÖSTERREICHISCHE AUSGABE

IMPRESSUM

Die österreichische Ausgabe des **AGRAR-ATLAS 2019** ist ein Kooperationsprojekt von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, und der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Wien.

Inhaltliche Leitung

Basisausgabe: Christine Chemnitz, Heinrich-Böll-Stiftung
österreichische Beiträge: Ruth Pammer, GLOBAL 2000

Projektmanagement: Dietmar Bartz

Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar

Bildbearbeitung: Roland Koletzki

Atlas  Manufaktur
52° 31' N, 13° 24' O

Dokumentation und Schlussredaktion: Infotext Berlin

Mit Originalbeiträgen von

Dietmar Bartz, Stanka Becheva, Brîndușa Birhală, Harriet Bradley, Christine Chemnitz, Franziskus Forster, Rebekka Frick, Harald Grethe, Christof Kuhn, Dominik Linhard, Hans Martin Lorenzen, Alan Matthews, Oliver Moore, Lars Neumeister, Ruth Pammer, Nikolai Pushkarev, Christian Rehmer, Tobias Reichert, Véronique Rioufol, Cornelia Rumpel, Markus Schermer, Helene Schulze, Matthias Stolze, Berit Thomsen, Aurélie Trouve, Katrin Wenz, Helga Willer

Die Beiträge geben nicht notwendig die Ansicht aller beteiligten Partnerorganisationen wieder.

2. Auflage, April 2019

Österreichische Ausgabe:

Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000

Geschäftsführung Leonore Gewessler und René Fischer

Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein. Ausgezeichnet mit dem

Österreichischen Umweltzeichen „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“, UW-Nr. 637.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens
Druckerei Janetschek GmbH · UW-Nr. 637

Dieses Werk mit Ausnahme des Coverfotos steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen. Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis *Bartz/Stockmar, CC BY 4.0* in der Nähe der Grafik steht (bei Bearbeitungen: *Bartz/Stockmar (M), CC BY 4.0*).



Cover-Copyright: Collage © Ellen Stockmar unter Verwendung eines Fotos von Alexandr Andreyko/istockphoto.com

Download: www.global2000.at



AGRAR-ATLAS

Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft

**2. AUFLAGE
2019**

INHALT

02 IMPRESSUM

06 VORWORT

08 ZWÖLF KURZE LEKTIONEN ÜBER DIE EU-LANDWIRTSCHAFT

10 GESCHICHTE NEUE ZIELE, ALTES DENKEN

Ihre älteste Aufgabe hat die EU-Agrarpolitik gelöst: in der Nachkriegszeit die Ernährung zu sichern. Doch trotz vieler Reformen und neuer Strukturen – die bisherige Förderung taugt nicht für das 21. Jahrhundert.

12 EU-AGRARPOLITIK IN ÖSTERREICH GEMISCHTE BILANZ

Auf vielen Wegen fließen EU-Gelder in Österreichs Landwirtschaft. Manche Maßnahme setzt das Land erfolgreicher um als seine europäischen Nachbarn. Doch andere Ziele werden deutlich verfehlt.

14 KOMPETENZEN DRINGEND: DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Die Landwirtschaft muss in anderen Politikfeldern eine größere Rolle spielen. Umgekehrt müssen Gesundheits- und Umweltschutzziele mehr in die Agrarpolitik einfließen. Dieser Austausch läuft noch zu zaghaft.

16 NETTOZAHLER EINE EXTRAWURST FÜR 130 MILLIARDEN EURO

Kleiner Brexit: Bis heute ist der „Brittenrabatt“ ein Verstoß gegen das Solidarprinzip bei der europäischen Integration. Die Zahlungen der EU-Agrarpolitik bremsen indes wohl Austrittsdrohungen weiterer Länder.

18 DIREKTZAHLUNGEN VIEL GELD FÜR WENIG LEISTUNG

Die EU-Kommission will, dass Direktzahlungen an Agrarbetriebe auch künftig die wichtigste Ausgabe der Agrarpolitik bleiben. Das meiste Geld kommt aber nur wenigen und großen Betrieben zugute.

20 LÄNDLICHE RÄUME SPAREN AM FALSCHEN ENDE

Ein Teil der EU-Agrarzahlungen hat durchaus das Potenzial, die Landwirtschaft ökologischer und nachhaltiger zu gestalten. Doch ausgerechnet diese Mittel sollen kräftig gekürzt werden.

22 HÖFESTERBEN WACHSEN ODER WEICHEN

Die Agrarpolitik unterstützt die Kleinbetriebe zu wenig gegenüber den Großen. Zugleich ist die Hofnachfolge oft schwierig zu sichern.

24 ARBEIT EINKOMMEN UND AUSKOMMEN

In den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben der EU sind viele Millionen Arbeitsplätze nur wenig profitabel. Wären die Maßstäbe dafür nicht nur rein wirtschaftlich, könnte sich das ändern.

26 LANDPREISE KAPITALE FEHLENTWICKLUNG

Der Beginn der EU-Agrarzahlungen in den neuen Mitgliedsländern löste dort eine Welle von Landkäufen aus. Seither steigen die Preise fast ständig. Gegen Agrarunternehmen und Finanzinvestoren haben die kapitalschwachen Kleinbetriebe keine Chance.

28 BIODIVERSITÄT IN DER EU BEDROHTE VIELFALT – MIT DEM ARTENSCHWUND WIRD ES ERNST

Die intensive Landwirtschaft gilt als größte Bedrohung für die Tier- und Pflanzenwelt der EU. Umweltschädliche Trends bei Ackerbau und Tierhaltung werden im Rahmen der Agrarpolitik sogar noch gefördert.

30 BIODIVERSITÄT IN ÖSTERREICH WIE LEBENSÄRÄUME VERLOREN GEHEN

In Österreich nimmt die Artenvielfalt weiter ab. Der Druck der intensiven Landwirtschaft lässt nicht nach und ist größer als die Erfolge der Agrarumweltmaßnahmen.

32 PESTIZIDE NEUE IDEEN MIT WENIGER CHEMIE

Der Gemeinsamen Agrarpolitik fehlen Instrumente, um den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich zu verringern. Außerdem gibt es zu viele Ausnahmen. Die verkauften Mengen in der EU sind seit Jahren konstant.

34 TIERHALTUNG IN DER EU GELDER FÜR DEN UMBAU

Die EU zahlt hohe Summen als pauschale Flächenprämien. Dieses Geld fehlt für den teuren, aber dringend benötigten Umbau der Tierhaltung. Dessen Förderung könnte aus der Einsparung der Pro-Hektar-Zahlungen finanziert werden.

36 ERNÄHRUNGSSICHERHEIT IN ÖSTERREICH ZUM BEISPIEL MILCH UND FLEISCH

Manche Konzepte der Ernährungssicherheit blenden Herstellungsmethoden und internationale Auswirkungen aus. Ernährungssouveränität achtet hingegen darauf, wie Ernährungssicherheit erreicht wird.

38 DÜNGER WENN ÄCKER WASSER SCHÜTZEN

Zu viel Nitrat im Wasser führt zu ökologischen, ökonomischen und gesundheitlichen Schäden. Gewässerschutz und Agrarpolitik können dies bisher nicht verhindern, weil sie nicht richtig miteinander verzahnt sind. Und es mangelt an Kontrollen.

40 ÖKOLANDWIRTSCHAFT ORGANISCH UND DYNAMISCH

Das anhaltende Wachstum der biologischen Landwirtschaft geht auf die Nachfrage der Kundinnen und Kunden zurück. Staatliche Fördermaßnahmen helfen dabei. Aber die EU honoriert die Umweltleistungen dieser Wirtschaftsmethode noch zu wenig.

42 GESUNDHEIT IN DER VERANTWORTUNG

Was hat die Landwirtschaft der EU mit sicheren Nahrungsmitteln zu tun? Was mit gesunder Ernährung? Was mit sozialer Gerechtigkeit? Nicht alle solche Fragen lassen sich einfach beantworten.

44 KLIMA TÄTER UND OPFER ZUGLEICH

Die EU möchte die Emissionen der Landwirtschaft senken. Dafür hat sie große Ziele formuliert. Konkrete Maßnahmen und Förderprogramme fehlen aber genauso wie die Resonanz aus den Mitgliedsländern.

46 WELTHANDEL WACHSTUM BEI DEN ANDEREN

Die EU-Landwirtschaft ist Teil internationaler Wertschöpfungsketten. Sie beeinflusst die weltweiten Agrarmärkte und damit auch Preise, Produktionen, Einkommen und Ernährung in Ländern des Südens.

48 AUTORINNEN UND AUTOREN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

50 ÜBER UNS

VORWORT

Europa hat kulinarisch viel zu bieten: Mozzarella aus Italien, Bier aus Tschechien, Oliven aus Griechenland, Kürbiskernöl aus Österreich. Verschiedenste Spezialitäten aus unterschiedlichen Landschaften – so schmeckt Europa.

Die Landschaften wiederum sind häufig ein Spiegelbild landwirtschaftlicher Nutzung. In Österreich verdanken wir ihr schöne Almen, Obst- und Weingärten im steirischen Hügelland und weit reichendes Grünland neben Salzburger Seen. Keine Frage: Wir alle wären ärmer ohne die Landwirtinnen und Landwirte, denn kein Sektor ist so stark mit der Kultivierung unserer Lebensräume verbunden wie die Landwirtschaft. Ändert sich die Landwirtschaft, ändern sich auch die ökologischen und sozialen Systeme im ländlichen Raum.

Und die Landwirtschaft verändert sich. Immer schneller und fast überall in Europa. In vielen EU-Ländern geben Betriebe auf. Die verbleibenden Höfe und Felder werden größer, jeder Fleck wird möglichst intensiv genutzt. Auch wenn die österreichische Landwirtschaft mit ihrem hohen Bioanteil und der vergleichsweise kleinstrukturierten Bewirtschaftungsweise eine Sonderstellung in Europa hat – auch sie bleibt von europäischen Entwicklungen nicht verschont. Die Veränderungen in der Landwirtschaft betreffen ganz direkt landwirtschaftliche Betriebe, aber sie betreffen uns auch alle – eben weil sie so eng mit unserer Ernährung, dem Klima,

“ Die EU-Agrarpolitik ist für Laien kaum zu verstehen. Viele wissen nicht einmal, dass es sie gibt.

der Natur und den lebendigen ländlichen Räumen verbunden sind.

Der Wandel in der Landwirtschaft kann und sollte daher aktiv gestaltet werden. Einer der wichtigen Hebel, um das zu tun, ist die Gemeinsame Agrarpolitik (kurz GAP) der EU. Sie ist einer der ältesten europäischen Politikbereiche und mit knapp 40 Prozent des EU-Haushalts, knapp 60 Milliarden Euro jährlich, noch immer der finanziell am besten ausgestattete.

Die EU-Agrarpolitik ist für Laien kaum zu verstehen. Viele wissen nicht einmal, dass es sie gibt. Geschweige denn, dass genau diese Politik Einfluss auf die Dinge hat, die vielen von uns so wichtig sind: gesunde Lebensmittel, der Schutz von Umwelt, Klima, Vögeln und Insekten und der Erhalt von kleinen und mittleren Betrieben. Darum gibt es diesen Atlas. Er zeigt, wie eng die EU-Landwirtschaft mit unserem Leben verbunden ist. Er zeigt auch, dass kaum etwas von dem Geld der GAP den Zielen zugute kommt, die sich Europäerinnen und Europäer von der Landwirtschaft wünschen.

Der Austausch zwischen Bäuerinnen und Bauern und „der Gesellschaft“ ist vielfältig: Erwartungen an regionalen Konsum und Anerkennung, beidseitiger Wunsch nach

Fairness, und im besten Fall Respekt. Der Austausch ist aber nicht friktionsfrei: Was ist, sorgen sich Landwirtinnen und Landwirte, wenn das, was „die Gesellschaft“ fordert, sich für die Familie und den Betrieb nicht mehr ausgeht? Was ist, sorgen sich viele Menschen, wenn unser Wasser mit Pestiziden belastet wird, wir die letzten Flecken Natur im immer größeren Effizienzdruck zerstören? „Die Landwirtschaft“ besteht aus vielfältigsten Familien und Betrieben, deren Arbeit Wertschätzung gebührt. Aber sie alle sind eingebettet in ein Agrarsystem, das Jahr für Jahr mit Milliarden Euro falsche Anreize setzt und am Ende weder ökologische noch soziale oder wirtschaftliche Nachhaltigkeit gewährleisten kann. Auch das zeigt der Atlas: dass es vielen Landwirtinnen und Landwirten in diesem System selbst nicht gut geht.

Es lohnt sich daher für alle Beteiligten, für eine bessere, grundlegend andere Agrarpolitik einzutreten. Wichtig ist, dass wir uns als Gesellschaft darauf einigen, welche Leistungen wir erwarten und welche wir gesellschaftlich bezahlen wollen. Landwirtschaft betrifft uns alle. Daher muss es allen Teilen der Gesellschaft möglich sein, darüber zu diskutieren. Dieser Atlas liefert dazu eine Grundlage. Er erscheint im Laufe des Frühjahres 2019 auch in weiteren fünf europäischen Sprachen und Länderversionen. Er ist das Ergebnis europäischer Vernetzung und soll die Debatte in möglichst vielen EU-Ländern stärken.

In vielen europäischen Ländern wachsen die Bewegungen für nachhaltige, soziale

” **Vielen Landwirtinnen und Landwirten geht es in diesem System selbst nicht gut.**

und global gerechte Agrar- und Ernährungssysteme. Weil viele Menschen spüren, dass es höchste Zeit ist, die Debatte zur Zukunft der Landwirtschaft zu führen. Reden wir also über die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Landwirtinnen und Landwirte arbeiten und arbeiten müssen. Wie müssten wir diese ändern, damit sich Ökologie, Soziales und Wirtschaftlichkeit für die landwirtschaftlichen Betriebe und den Rest der Gesellschaft ausgehen? Reden wir darüber, was wir wollen und was möglich ist. Solange jährlich etliche Milliarden in das falsche System investiert werden, bleibt die notwendige ökologische und soziale Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik in weiter Ferne.

Treten wir für eine starke soziale und ökologische Agrarpolitik ein. Landwirtinnen und Landwirte brauchen das Geld, um ihre Betriebe fit für die Zukunft zu machen. Wir alle brauchen eine zukunftsgerichtete Agrarpolitik für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die nötige Agrarwende ist nicht umsonst – in vielerlei Hinsicht.

Leonore Gewessler
GLOBAL 2000

Barbara Unmüßig
Heinrich-Böll-Stiftung

12 KURZE LEKTIONEN

ÜBER DIE EU-LANDWIRTSCHAFT

1 Durch die **EU-AGRARPOLITIK** fließen jährlich fast 60 Milliarden Euro in die europäische Landwirtschaft. Die Zustimmung der EU-Bürgerinnen und -Bürger dazu steigt, wenn sich dies positiv auf **KLIMA UND UMWELT** auswirkt.

2 Die Landwirtschaft ist eng verwoben mit dem **SCHUTZ** von Insekten und Vögeln, sauberem Wasser und gesunden Lebensmitteln. Das **GELD** der EU fließt **KAUM** in diese Bereiche.

3 Die nächste siebenjährige Förderperiode der EU beginnt **IM JAHR 2021**. Die Verhandlungen über Reformen sind in vollem Gange.

4 Die EU-Agrarpolitik besteht aus **ZWEI SÄULEN**. Mit der ersten werden vor allem pauschale Flächenprämien gezahlt, mit der zweiten die ländliche Entwicklung, Ökolandbau und Umweltmaßnahmen unterstützt.



5 70 Prozent der EU-Gelder werden pro Hektar ohne weitreichende Auflagen ausgegeben. Wer **VIEL LAND** bewirtschaftet, bekommt **VIEL GELD**.

6 Auch der Erhalt des **LÄNDLICHEN RAUMS** wird aus dem Agrarbudget gefördert. Österreich stellt dafür EU-weit den **HÖCHSTEN ANTEIL** an den Gesamtmitteln zur Verfügung.



7 Die EU hat sich zu internationalen Zielen für den **KLIMASCHUTZ** und die **BIODIVERSITÄT** sowie zur **GLOBALEN GERECHTIGKEIT** verpflichtet. Ihre Agrarpolitik hat sie darauf noch nicht ausgerichtet. Ohne weitreichende Reformen wird die EU die internationalen **ZIELE VERFEHLEN**.

8 **TIERWOHL** ist den EU-Bürgerinnen und -Bürgern sehr wichtig. Dennoch werden die Gelder der EU-Agrarpolitik kaum genutzt, um die **TIERHALTUNG** in diesem Sinne zu **VERBESSERN**.

9 In der EU haben zwischen 2003 und 2013 über ein Viertel aller **BAUERNHÖFE** aufgegeben. Ihre Flächen übernahmen andere. Heute bewirtschaften 3,1 Prozent aller Betriebe mehr als die **HÄLFTE DES AGRARLANDES**.

10 Auch in Österreich geht die Anzahl der Betriebe immer noch **ZURÜCK**. Das vielfach empfohlene „Wachsen statt Weichen“ ist kein Garant für ein **WIRTSCHAFTLICHES AUSKOMMEN**.



11 Die EU-Agrarpolitik **HILFT** beim Kampf gegen die **POLITISCHE EROSION** der Europäischen Union. Sie ist besonders in ländlichen Regionen wichtig, in denen die **UNZUFRIEDENHEIT MIT DER EU** groß ist.

12 Damit die **GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP)** der EU gesellschaftlich akzeptiert wird, muss sie Umwelt und Klima **SCHÜTZEN**, die Artenvielfalt **ERHALTEN**, das Tierwohl **VERBESSERN** und kleine und mittlere Betriebe **FÖRDERN**.



NEUE ZIELE, ALTES DENKEN

Ihre älteste Aufgabe hat die EU-Agrarpolitik gelöst: in der Nachkriegszeit die Ernährung zu sichern. Doch trotz vieler Reformen und neuer Strukturen – die bisherige Förderung taugt nicht für das 21. Jahrhundert.

Landwirtschaftlich genutzte Böden bestimmen das Landschaftsbild der EU – es sind 174 Millionen Hektar, 40 Prozent der gesamten Fläche. Weidende Schafe in Irland, Weinberge in Frankreich, riesige Getreidefelder in Ostdeutschland und kleinste Betriebe in Rumänien. Europas Landwirtschaft ist vielfältig in jeder Hinsicht. Sie ist von ökologischen Gegebenheiten, Kultur und Geschichte, Politik und ökonomischen Entwicklungen geprägt und prägt eben diese im Wechselspiel.

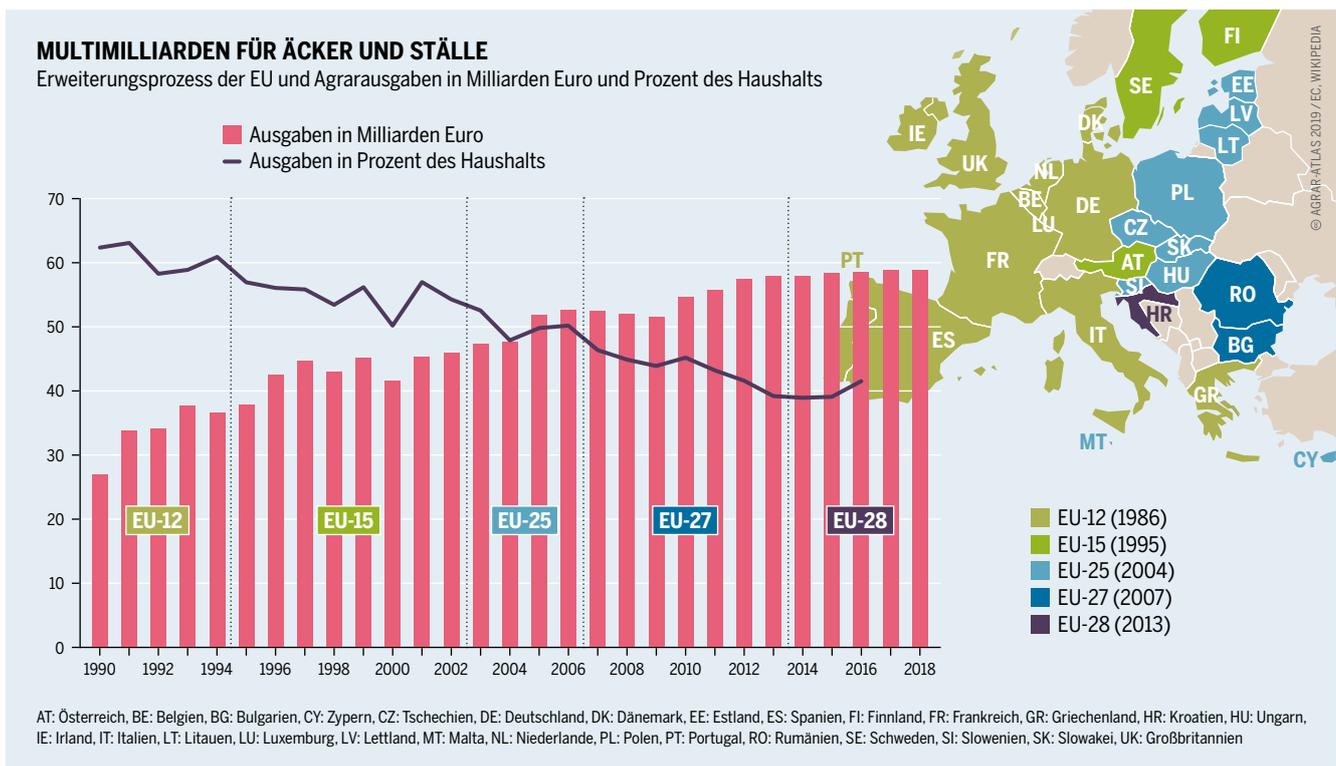
Bewirtschaftet wird die Fläche von etwas über zehn Millionen Betrieben. Ein Drittel davon liegt in Rumänien, etwas über 13 Prozent in Polen, gefolgt von Italien und Spanien. Die durchschnittlichen Betriebsgrößen sind sehr unterschiedlich. Während sie in Rumänien bei etwas über drei Hektar liegen, kommen sie in Tschechien auf 133 Hektar. Auch der Beitrag der Landwirtschaft zur gesamten Wirtschaftsleistung variiert von Land zu Land. Lag er im EU-Durchschnitt im Jahr 2017 bei etwa 1,4 Prozent, liegt er in vielen neuen östlichen Mitgliedsstaaten bei über drei Prozent, in den alten westlichen hingegen zwischen 0,5 und 1 Prozent.

Trotz dieser Vielfalt wird Agrarpolitik nicht in den Hauptstädten wie Dublin, Paris oder Bukarest gestaltet, son-

dern am EU-Sitz in Brüssel. Kein anderer Wirtschaftsbereich ist in der Europäischen Union so stark durch gemeinschaftliche Regeln geprägt wie die Landwirtschaft – sie unterliegt der Gemeinsamen Agrarpolitik, kurz „GAP“. Ihre Ziele und Aufgaben wurden erstmals 1957 festgelegt, vor über sechzig Jahren.

Die anfangs aus nur sechs Ländern bestehende Staatengemeinschaft wollte die Menschen im zerstörten Nachkriegseuropa mit genügend Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen versorgen. Daher sollten die Produktivität in der Landwirtschaft gefördert, die Märkte stabilisiert – also starke Preisschwankungen verhindert – und der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden. Das Ziel der Selbstversorgung hat die GAP innerhalb kürzester Zeit erreicht. Schon in den 1970er-Jahren produzierten die Bäuerinnen und Bauern in der EU mehr Nahrungsmittel, als gebraucht wurden. Die Verlockungen sicherer Preise und Einkommen zeigten ihr negatives Gesicht: Die Zeit der Butterberge, Milchseen und spektakulären Obstvernichtungen in den südlichen Mitgliedsländern begann. Zugleich sorgten Exportsubventionen für eine künstliche Verbilligung, um die Waren auf dem Weltmarkt loszuschlagen – ohne Rücksicht darauf, ob dies die bäuerlichen Betriebe in den Zielländern ruinierte.

Die Landwirtschaft ist nicht mehr das dominante Thema der europäischen Integration, doch sie bleibt der dominante Haushaltsposten



174 MILLIONEN HEKTAR FELDER, WIESEN UND WEIDEN

Landwirtschaftliche Nutzfläche in der EU nach Mitgliedsländern und Betriebsgrößen, Agrarstrukturanalyse 2013

durchschnittliche Betriebsgrößen in Hektar

in Hektar

■ bis 10

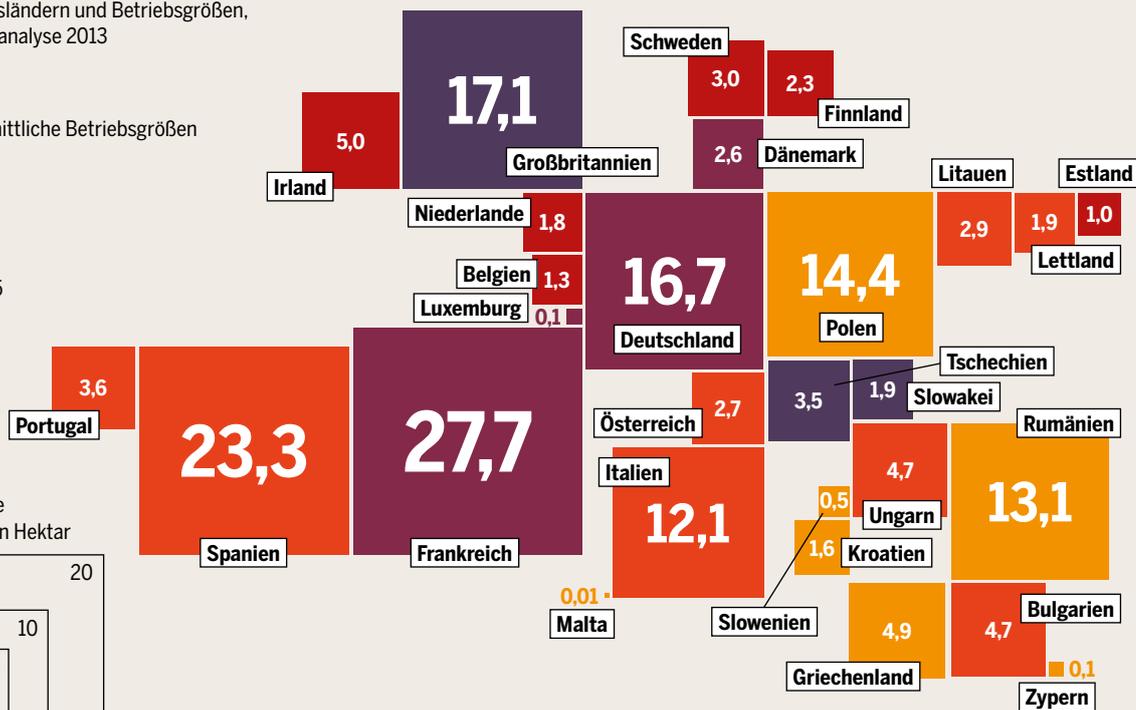
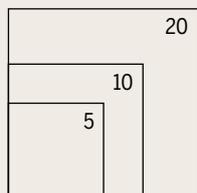
■ bis 25

■ bis 50

■ bis 75

■ über 75

Nutzfläche in Millionen Hektar



© AGRAR-ATLAS 2019 / EC

Obwohl die EU-Agrarpolitik seither viele Male grundlegend überarbeitet wurde und die Exportsubventionen verschwanden, ist nie ein neuer Zielkatalog vereinbart worden, der den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Das betrifft vor allem den enormen Einfluss der Landwirtschaft auf Umwelt und Natur, auf nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit. Die Qualität von Böden, des Wassers und der Lebensräume für Insekten und seltene Pflanzen – all diese Themen sind untrennbar mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. Umwelt-, Tier- und Klimaschutz, die Gesundheit der Menschen, die soziale Entwicklung des ländlichen Raums und globale Nachhaltigkeitsaspekte sind die großen Herausforderungen, die auf europäischer Ebene geregelt werden sollten. Dennoch wurden diese Themen nur von Fall zu Fall in Querschnittsklauseln festgelegt.

Wie funktioniert eine EU-Agrarreform, mit der neue Schwerpunkte, Zahlungen oder auch Einsparungen verankert werden sollen? Zunächst entwickelt die EU-Kommission einen Vorschlag. Sie, das Europäische Parlament und der Agrarministerrat beraten und ändern ihn später in mühevollen Abstimmungsrunden zwischen allen drei beteiligten Institutionen im Rahmen eines „Trilog“. Ist der Gesetzestext beschlossen, müssen die Mitgliedsstaaten seine Bestimmungen mit nationalen Gesetzen und Regelungen umsetzen. Immer wieder kritisieren Umwelt-, Kleinbauern- und Entwicklungsorganisationen, dass in dem Verhandlungsprozess alle Reformvorschläge, die die GAP hinsichtlich der Umwelt nachhaltiger und hinsichtlich der Verteilung gerechter machen sollen, verwässert werden. Das wichtigste Ziel der GAP bleibt seit Jahren die Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Kleine Agrarbetriebe dominieren in manchen Ländern der EU. Sie werden teils im Haupt-, teils im Nebenerwerb betrieben

Derzeit stehen für die Finanzierung der GAP etwa 38 Prozent des EU-Budgets zur Verfügung. Das sind EU-weit 58 Milliarden Euro im Jahr. Umgerechnet zahlt jeder EU-Bürger und jede EU-Bürgerin jährlich 114 Euro für die EU-Agrarpolitik. Auch wenn die GAP der größte EU-Haushaltsposten ist, sinkt ihr prozentualer Anteil seit Jahren. 1988 waren es 55 Prozent, 2027 sollen es nur noch 27 Prozent sein.

Die GAP besteht aus zwei Teilbereichen, den sogenannten Säulen. Die erste Säule verfügt über 75 Prozent des GAP-Geldes und heißt „Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft“. Daraus werden die Pauschalen an die landwirtschaftlichen Betriebe gezahlt: die Flächenprämien. Im Durchschnitt gibt es in der ganzen EU für jeden Hektar pro Jahr 267 Euro. Wegen der unterschiedlich großen Betriebe führt diese Regelung dazu, dass EU-weit 80 Prozent der Gelder an nur 20 Prozent der Begünstigten gehen.

Die zweite Säule umfasst nur 25 Prozent und heißt „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“. Daraus werden die Programme für Ökolandbau, zur Unterstützung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten und für andere Umwelt-, Klima- und Naturschutzmaßnahmen finanziert. Obgleich es die zweite Säule ist, die die Umweltleistungen der EU-Landwirtschaft entlohnt, will die Kommission nun genau dieses Budget in der kommenden Förderperiode um rund 27 Prozent zusammenstreichen. Die erste Säule hingegen würde nur um etwa elf Prozent gekürzt. Dies ist der jüngste Fehler in der an Fehlern so reichen Geschichte der GAP. ●

EU-AGRARPOLITIK IN ÖSTERREICH

GEMISCHTE BILANZ

Auf vielen Wegen fließen EU-Gelder in Österreichs Landwirtschaft. Manche Maßnahme setzt das Land erfolgreicher um als seine europäischen Nachbarn. Doch andere Ziele werden deutlich verfehlt.

Seit dem EU-Beitritt 1995 ist Österreich auch Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und erhält Zahlungen aus diesem Budget. Die GAP gibt einen Rahmen vor und ist in jedem EU-Mitgliedsland verschieden ausgeprägt. Ziel der österreichischen Ausformung war von Beginn an die Einkommensstützung der Bauern und Bäuerinnen einerseits und die Abgeltung ökologischer Leistungen andererseits. Eine österreichische Besonderheit ist, dass stark auf die Kofinanzierung der GAP-Gelder gesetzt wird, um möglichst das gesamte EU-Fördervolumen auszuschöpfen.

In der Budgetperiode 2014 bis 2020 erhält Österreich 4,8 Milliarden Euro in Form von GAP-Direktzahlungen, die als Einkommensstütze gelten können. Dazu gehört die Basisprämie, die pro Hektar Land gezahlt wird und als Gegenleistung nicht viel mehr als die Einhaltung der Gesetze und Aufzeichnungspflichten vorschreibt. Auch die zweite Prämie, als „Greening“ bekannt, ist eine Flächenprämie und wird für den Schutz und zur Verbesserung der biologischen Vielfalt gezahlt. Dieses Ziel gilt allerdings wegen der viel zu weichen Bestimmungen als gescheitert. Die dritte Direktzahlung fördert die Übernahme von Betrieben durch Junglandwirtinnen und Junglandwirte, die vierte den Almafutrieb von Rindern, Schafen und Ziegen.

Der andere große Teil der GAP wird in Österreich unter dem „Programm für ländliche Entwicklung 2014 – 2020“ ausgezahlt. Dieses Programm ist mit 3,9 Milliarden Euro EU-Geldern dotiert, die allerdings nur unter der Bedingung

nationaler Kofinanzierung ausgezahlt werden. In Summe umfasst das Programm 7,7 Milliarden Euro.

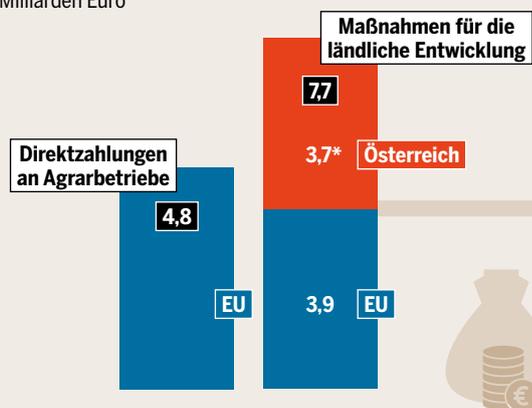
Die Ausgleichszulagen von insgesamt 1,8 Milliarden Euro orientieren sich daran, wie benachteiligt Flächen etwa bezüglich Hanglage, Kleinteiligkeit der Flächen, klimatischer Ausgangslage wie Seehöhe und Wärmesumme, oder auch Erreichbarkeit sind, und sollen etwa Bergbauernhöfen dabei helfen, wirtschaftlich zu überleben. Daneben finanzieren 2,8 Milliarden Euro aus diesem Programm so unterschiedliche Bereiche wie die Stabilisierung von Rutschungen, Klima- und Energiemodellregionen, den Internet-Breitbandausbau, Pläne zur Dorferneuerung, Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, Beratungsdienste und Forstwirtschaftstechnik.

Ein noch größerer Anteil des Programms für ländliche Entwicklung, 3,1 Milliarden Euro, fließt in das „Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft“ (ÖPUL). Dieses Programm unterstützt Landwirtinnen und Landwirte beispielsweise dabei, auf synthetische Unkrautvernichtungsmittel bei Wein zu verzichten, Äcker über den Winter zu begrünen, im geschützten Anbau Nützlinge einzusetzen oder gefährdete Nutztierassen zu erhalten. Die Prämie ersetzt recht genau den damit verbundenen Aufwand und ist folglich mehr oder weniger einkommensneutral. Für den biologischen Landbau, für Natura-2000-Gebiete und für Tierschutzleistungen ist eine Milliarde der 3,1 Milliarden Euro reserviert. Unter anderem durch diese Stützung ist Österreich im biologischen Land-

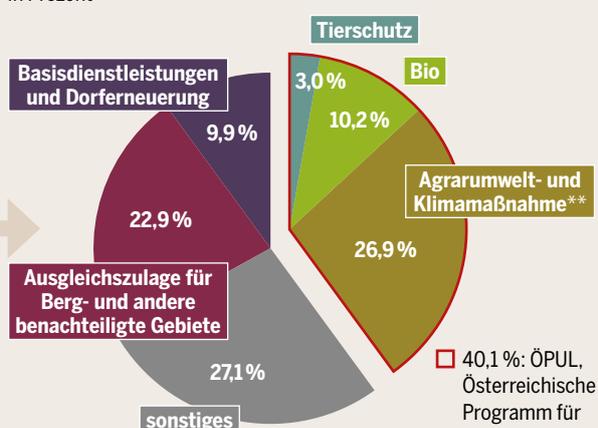
Österreich stockt stark auf, um EU-Mittel für den ländlichen Raum zu erhalten. Kofinanzierung – mit diesem Angebot mobilisiert Brüssel nationales Kapital

WOHIN DAS GELD FLIESST

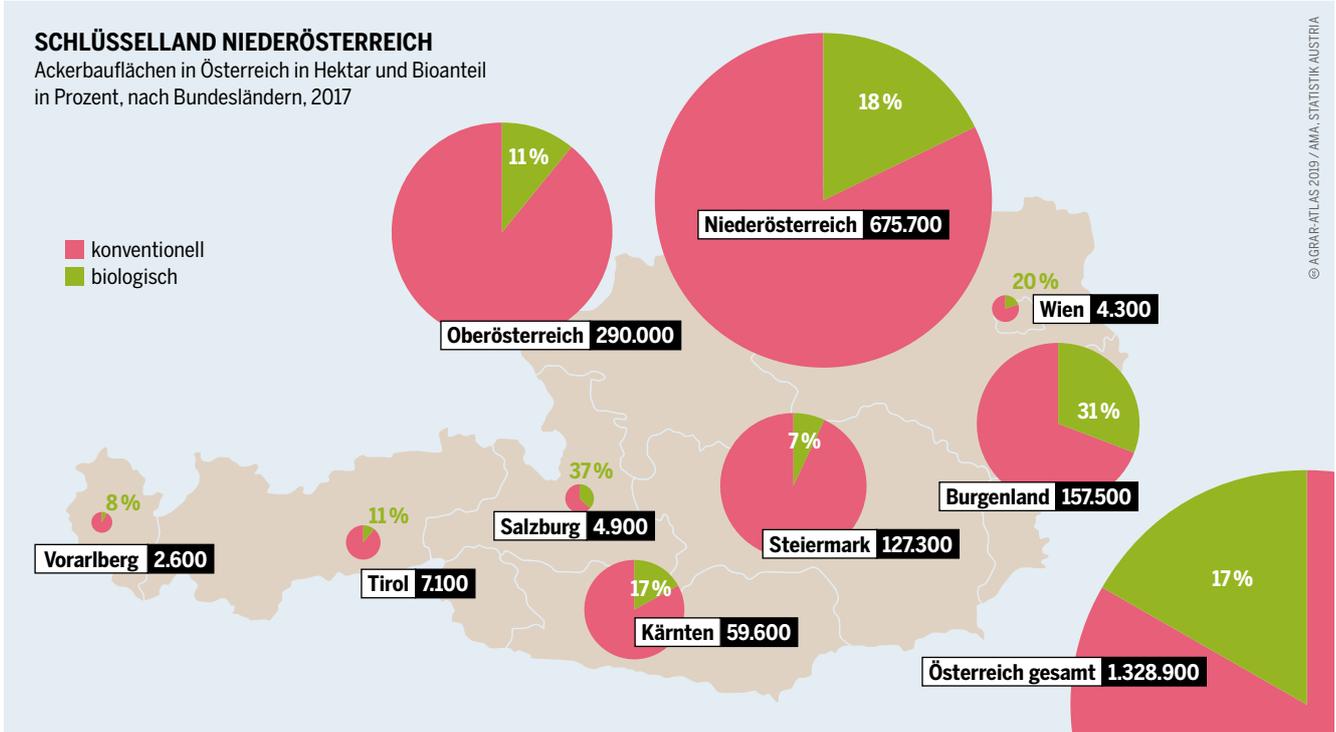
Zahlungen an die österreichische Landwirtschaft im Budgetzeitraum 2014 bis 2020, in Milliarden Euro



Verteilung der Mittel für die Ländliche Entwicklung, in Prozent



* Kofinanzierung: meist im Verhältnis von 60 Prozent Bund, 40 Prozent Länder, Differenzen durch Rundung. ** mit Ausgaben für Natura 2000 und Wasserrahmenrichtlinie



bau mittlerweile europäischer Vorreiter. 24 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden nach EU-Biorichtlinien oder höheren Standards bewirtschaftet. Der Anteil bei Wiesen ist höher als im Ackerbau.

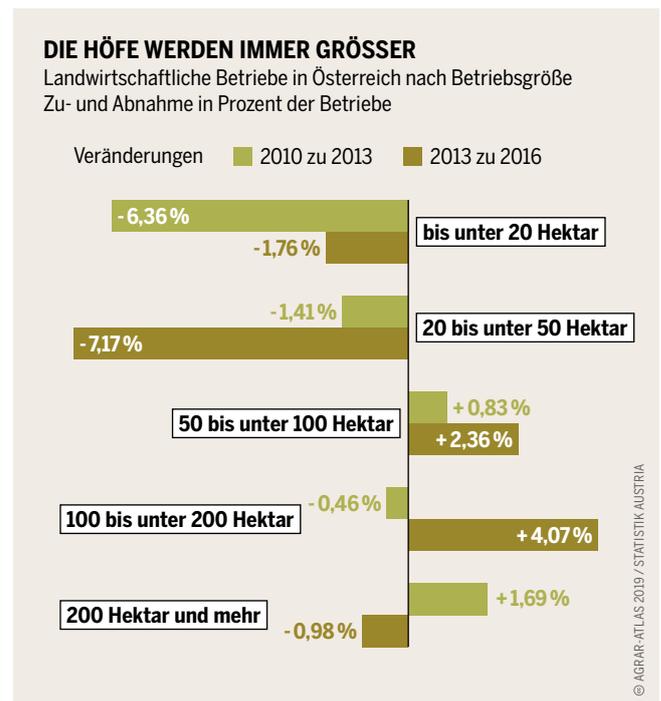
Agrarpolitik besteht aber aus mehr als der GAP. Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehörten ebenso Besteuerung, Sozialabgaben und Sofortbeihilfen bei Trockenheit oder Hagel. Die Ergebnisse in Österreich sind insgesamt gemischt. Das sogenannte Höfesterben hat sich in den letzten Jahren verlangsamt. Aber noch in den vergangenen sieben Jahren haben 19.000 Betriebe aufgegeben, sieben pro Tag. Die Einkommenssituation bleibt durchwachsen. Für den Zustand der Biodiversität zeigt der weitgehend lineare Rückgang des Bestands an Kulturlandschaftsvögeln seit 1998 als Zeiger-Index an, dass auch bei unserer relativen Kleinräumigkeit die veränderte Landwirtschaft negative Folgen für Lebensräume nach sich gezogen hat. Seit Kurzem geht der Bestand – auf niedrigem Niveau – nicht mehr weiter zurück, er erholt sich aber auch nicht.

Auch bei den Gewässern ist nicht alles im Reinen. Belastungen durch Pestizide treten vermehrt in den intensiv bewirtschafteten Agrargebieten auf. Problematisch ist auch, dass eine Untersuchung im Jahr 2014 zeigte, dass von den 60 in österreichischen Gewässern gefundenen Pestiziden nur vier Wirkstoffe über die gängigen Beprobungen im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfasst werden. Erosion durch Wasser führt vor allem in Ackerbaugebieten mancherorts zu enormen Bodenverlusten und ist ein wesentlicher Einflussfaktor auf unsere Böden neben der Versiegelung für Gebäude und Verkehrswege im nicht landwirtschaftlichen Bereich.

Deutlich haben die Agrarbetriebe unter 50 Hektaren abgenommen. Auch Österreich bleibt von „Wachsen statt Weichen“ nicht verschont

2017 wurden in Österreich 24 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch bewirtschaftet. Beim besonders wichtigen Ackerland waren es 17 Prozent

Mithilfe der GAP geschah besonders im Vergleich zu anderen EU-Ländern in Österreich manches Richtige im Bereich der Ländlichen Entwicklung. Viele Ziele wurden dennoch verfehlt – und vom Optimum sind wir ohnehin weit entfernt. Ein Zustand, von dem wir uns noch weiter entfernen, wenn in Zukunft wirklich ausgerechnet die Budgetmittel für die Programme der „Ländlichen Entwicklung“ stark gekürzt werden. ●



DRINGEND: DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Die Landwirtschaft muss in anderen Politikfeldern eine größere Rolle spielen. Umgekehrt müssen Gesundheits- und Umweltschutzziele mehr in die Agrarpolitik einfließen. Dieser Austausch läuft noch zu zaghaft.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU erstreckt sich auf drei Bereiche: die Stabilisierung der Agrarmärkte, die Stützung und Lenkung der agrarischen Produktion und der Produktionsmethoden sowie Investitionen in den ländlichen Raum. Was genau dabei der GAP unterliegt, ist Politikum und Macht- wie auch Organisationsfrage. Wenn von einer Reform der EU-Agrarpolitik die Rede ist, muss auch geprüft werden, wie kohärente Agrarpolitik gelingen kann.

So liegt die Raumordnung nicht in der Verantwortung der GAP. Die Festlegung von Verkehrsflächen, Bau-, Acker- und Grünland und die fortschreitende Umwidmung von fruchtbarem Boden für nicht landwirtschaftliche Zwecke gehören aber zu den großen EU-weiten Problemen. Die Ernährungssicherheit, eines der grundlegenden Ziele der

GAP, wird über die Erträge der gesamten Hektare Landwirtschaft erreicht. Sie hängt damit grundlegend von der Fläche an fruchtbarem Boden ab, über das jedes EU-Mitgliedsland verfügt. Statt bei der Flächenverfügbarkeit regulierend und weitsichtig einzugreifen, bedeutet eine sichere Versorgung traditionell, die letzten Prozent Ertragssteigerung aus einem Hektar zu pressen.

Das in der Wirtschaftswissenschaft verwendete Ertragsgesetz kommt nicht zufällig als Bodenertragsgesetz aus der Landwirtschaft. Es unterscheidet zwischen Input – etwa Saatgut, Dünger oder Maschineneinsatz – und Output – zum Beispiel die Ernte, Schlachtgewichte oder Milchmengen – und besagt: Anfänglich nimmt der Output bei bestimmtem Input schnell zu, aber später ist ein immer höherer Input nötig, um den Output noch weiter zu steigern. Immer mehr sinkt die Effizienz des Inputs. Die GAP fördert jedoch weiter die Hochleistungssysteme in der konventionellen Landwirtschaft mit dem Ziel des höchstmöglichen Ertrags pro Hektar.

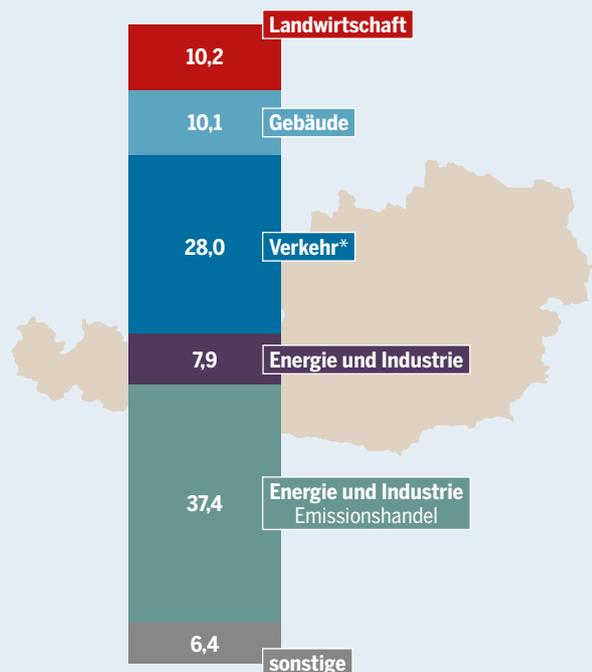
Mit etwas höherem Hektarertrag bei zunehmend höherem Input steigen auch die negativen Nebenwirkungen für öffentliche Güter. Verborgener hinter Kunstdünger, Pestiziden oder importiertem Futter stehen zum Beispiel Wasserverbrauch oder -verschmutzung anderswo, sogenannte Ressourcenrucksäcke. Teils sind die Folgen aber auch offen erkennbar vor Ort mit dem Nitratgehalt in Grund- und Oberflächenwasser, einer geringeren Wasserrückhaltefähigkeit der Böden bei starkem Niederschlag mit allen Folgekosten, einer abnehmenden Artenvielfalt und damit insgesamt einer sinkenden Ökosystemstabilität. Zu ihr trägt die Landwirtschaft im Grundsatz durch die Erhaltung von Kulturland positiv bei, aber es ist ein Beitrag, der von seinen negativen Folgen konterkariert wird.

Von den Beteiligten und ihren Verbänden wird das oft als unvermeidlich dargestellt. Grund: Die Landwirtschaft müsse ökonomisch funktionieren. Das stimmt, aber für eine Gesellschaft als Ganzes ist die Antwort unzureichend. Denn sie führt zu Kosten für die Allgemeinheit. Gäbe es statt eindimensionaler Antworten effizientere, multidimensionale Lösungen, wenn auch andere Politikbereiche Verantwortung für agrarpolitische Ziele wie Ernährungssicherheit übernehmen müssen?

Teils wird bereits über den Tellerrand gedacht, etwa beim Wettbewerbsrecht. So ist auf EU-Ebene ein Verbot unfairer Handelspraktiken in Planung. Um landwirtschaftliche Betriebe und faire Preise zu schützen, könnten einige gängige Praktiken, wie Abzüge wegen angeblicher Quali-

BEITRAG ZUM KLIMAWANDEL

Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen in Österreich, 2015, in Prozent



* ohne internationalen Flugverkehr

© AGRAR-ATLAS 2019 / UMWELTBUNDESAMT

Österreichs Landwirtschaft liegt beim Ausstoß von Klimagasen auf Rang drei. Mitten im Klimawandel muss jeder Bereich zu einer Reduktion beitragen. Agrar- ist damit Umweltpolitik

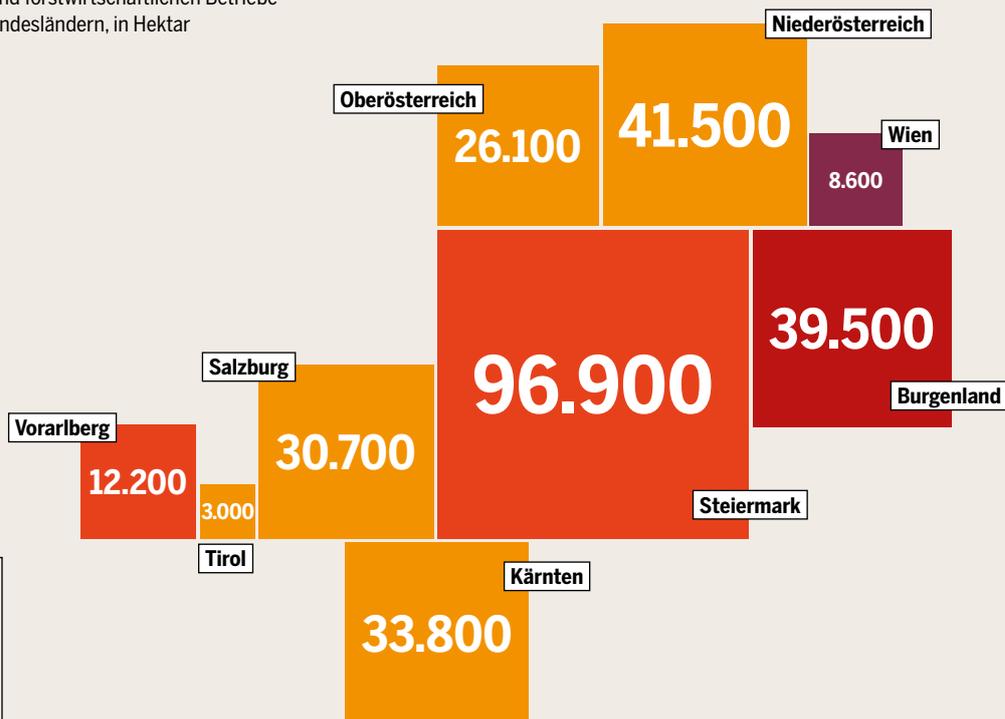
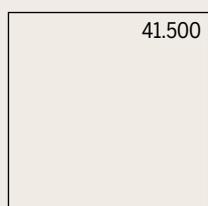
WENIGER WIESEN, FELDER, WÄLDER

Flächenverluste der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von 1990 bis 2016, nach Bundesländern, in Hektar

Entwicklung, in Prozent

- bis 5
- über 5 bis 10
- 12,1
- 31,4

Fläche des Bundeslandes Wien, in Hektar



© AGRAR-ATLAS 2019 / STATISTIK AUSTRIA

tätismängel und nachträgliche Werbeabgaben, stärker reguliert werden. Denn Agrarbetriebe stoßen beim Verkauf ihrer Produkte auf wenige, große Abnehmer wie Genossenschaften und Handelsketten, die ihre Marktmacht ausspielen können. Und je höher die Zuwendungen der GAP, desto weniger zahlen die nachgelagerten Player in der Lebensmittelkette, was letztlich eine EU-weite, unkontrollierte Abschöpfung der GAP-Mittel bedeutet. Österreich zeigt sich hier durchaus kritisch gegenüber dem Einzelhandel, will aber große Genossenschaften schonen.

Hier werden Machtverhältnisse verkannt, die auf blinde Flecken in der klassischen Agrarpolitik hinweisen. Eine reine Diskussion rund um mehr agrarpolitische Mitsprache in Politikfeldern wie Raumordnung oder Wettbewerbsrecht ist daher nur eine Seite der Medaille. Die zweite Seite besteht darin, wer die Ausgestaltung der GAP mitentscheidet – neue und zusätzliche Player sichern eine gesamtheitliche Sicht.

Dazu noch ein Beispiel, aus der Gesundheitspolitik. Einigen Studien zufolge hat die GAP den Preisunterschied zwischen Lebensmitteln beeinflusst, indem die Zahlungen ungesunde gegenüber gesunden Lebensmitteln künstlich verbilligten. Trotz einiger Erfolge, dies abzustellen, bestehen auch in der GAP-Haushaltsperiode 2014 bis 2020 noch viele Verzerrungen, die am Ende zu Ausgaben im Gesundheitssektor führen. Es läge daher nahe, dass im europäischen Entscheidungsprozess nicht nur Agrarpolitikerin-

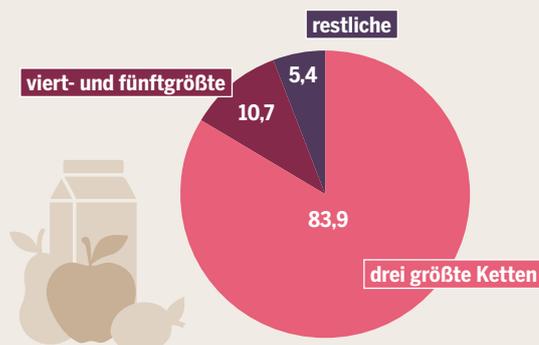
Die Landwirtschaft steht der geballten Einkaufsmacht weniger Abnehmer und deren Bedingungen gegenüber. Das zeigt, dass Agrarpolitik und GAP nicht ein und dasselbe sind

Im Durchschnitt sind in ganz Österreich in 26 Jahren der Land- und Forstwirtschaft fast 1.000 Hektar pro Monat verloren gegangen – 292.300 Hektar insgesamt

nen und -politiker über die GAP bestimmen, sondern auch die Verantwortlichen von mitbetroffenen Ressorts wie Gesundheit. Auch wo, nicht wie in Österreich, Landwirtschaft und Umwelt auf zwei Ministerien entfallen, sollte die Mitsprache der betreffenden „Nachbarressorts“ zu einer weniger widersprüchlichen Politik und zur Vermeidung von Folgekosten führen. Zu einer Reform der GAP sollte daher gehören, dass ihre Strukturen, Mittel, Machtbereiche, Ziele und Mitspracherechte wesentlich umfassender diskutiert werden als bisher. ●

HOCH KONZENTRIERTES EINKAUFEN

Marktanteile der größten Lebensmittel-Einzelhandelsketten in Österreich, 2017, in Prozent



© AGRAR-ATLAS 2019 / REGIO DATA

NETTOZAHLER

EINE EXTRAWURST FÜR 130 MILLIARDEN EURO

Kleiner Brexit: Bis heute ist der „Brittenrabatt“ ein Verstoß gegen das Solidarprinzip bei der europäischen Integration. Die Zahlungen der EU-Agrarpolitik bremsen indes wohl Austrittsdrohungen weiterer Länder.

Für die Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist ein Ausruf der britischen Premierministerin Margaret Thatcher legendär. „I want my money back!“, „Ich will mein Geld zurück!“, soll sie 1984 auf einem Gipfeltreffen der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) gefordert haben. Denn der britische Agrarsektor war zu klein, um von den Subventionen aus Brüssel ebenso zu profitieren wie der französische oder der deutsche. Weil aber Anfang der 1980er-Jahre mehr als 70 Prozent des EG-Budgets auf die GAP entfielen, gab es keine Möglichkeit, diese Benachteiligung des britischen Mitglieds anderswo zu kompensieren.

Auch die vergleichsweise hohen Zoll- und Mehrwertsteuereinnahmen, die den EG-Mitgliedsbeitrag beeinflussten, benachteiligten Großbritannien. Außerdem lag das britische Pro-Kopf-Einkommen wegen der scharfen Konjunkturkrise deutlich unter demjenigen Deutschlands und Frankreichs. Schon seit ihrem Amtsantritt 1979 hatte sich Thatcher daher über die Höhe des EG-Beitrags beschwert und für eine regelrechte Politikblockade in Brüssel gesorgt. Und sie bekam ihren „Brittenrabatt“, wie er schnell hieß.

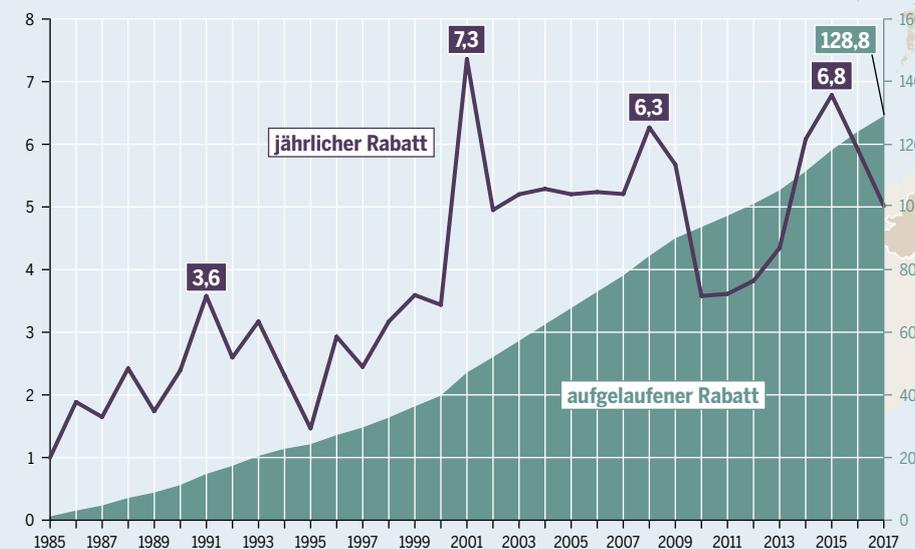
Zwei Drittel des Nettobetrag fielen für sie künftig weg. Ein Rechenbeispiel mit fiktiven Zahlen: Wenn Großbritanniens jährlicher EU-Mitgliedsbeitrag bei zehn Milliarden Euro lag und sieben davon durch EU-Subventionen oder Beihilfen in das Land zurückflossen, verblieben drei Milliarden Nettosumme, die Großbritannien an die EU hätte zahlen müssen. Wegen des Rabattes brauchte Großbritannien jetzt nur noch eine Milliarde zu bezahlen. Die anderen zwei Milliarden wurden – und werden bis heute – von allen anderen Mitgliedsländern übernommen. So wurde die Landwirtschaft zum Auslöser für den ersten großen Verstoß gegen das Solidarprinzip bei der europäischen Einigung.

In Brüssel stieß eine solche Rhetorik des „juste retour“, des „gerechten Rücklaufs“ oder von Leistung und Gegenleistung, auf grundsätzliche Kritik. Sie verstieß gegen den Gemeinschaftsgedanken, und worauf liefe das hinaus: genau so viel einzuzahlen wie zurückzubekommen? Zudem gab und gibt es keine Methode, um die unterschiedlichen wirtschaftlichen Vor- und Nachteile unter den beteiligten Ländern – von Investitionen über Arbeitsplätze bis zum Handel – zu verrechnen. Dies gilt umso mehr, wenn ausgerechnet die Landwirtschaft mit ihren Produktions- und

Die teure Ausnahme für Großbritannien endet mit dem Brexit. Billiger wird es für die anderen Länder trotzdem nicht, denn London scheidet auch als Nettozahler aus

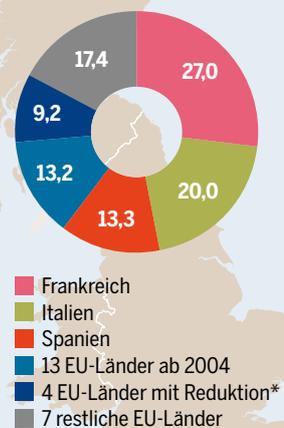
DIE LASTEN DER ANDEREN

Jährliche und aufgelaufene Kosten des „Brittenrabatts“ (66 Prozent des britischen EU-Nettobeitrags, von den anderen Mitgliedsländern übernommen), in Milliarden Euro



1985 bis 2015 inoffizielle Berechnungen; 2016 und 2017 Schätzung der britischen Statistikbehörde ONS

Aufteilung der Kosten des Rabatts auf die übrigen EU-Länder, in Prozent, 2017

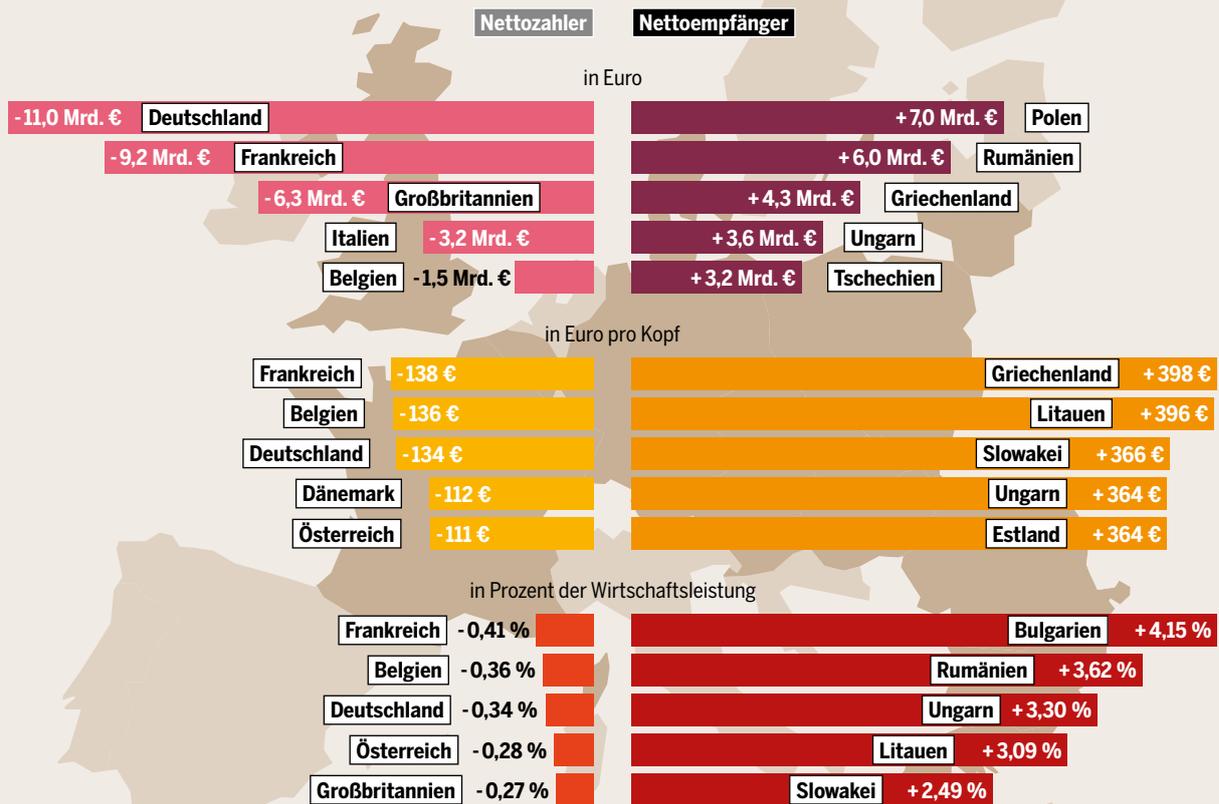


* Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande mit um 75 Prozent reduziertem Betrag; dieser „Rabatt vom Rabatt“ wird von den anderen 23 Ländern bezahlt.

© AGRAR-ATLAS 2019 / MATTHEWS, ONS

WIE ES EUCH GEFÄLLT

Drei Berechnungsmethoden für Nettozahler und -empfänger in der Europäischen Union und Beitragssalden der jeweils ersten fünf Länder, 2016



Preisschwankungen die Basis für eine solche gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung abgeben soll.

Dennoch gelang es niemandem in der EU, den Britenrabatt wieder abzuschaffen, auch nicht, als Großbritannien wirtschaftlich zu den anderen Industrieländern aufschloss und die Regierung zu Labour wechselte. Im Jahr 1985 wurde nicht etwa das Verfahren zur Berechnung des Beitrags angepasst, um den Rabatt auszugleichen, sondern er wurde und wird Jahr für Jahr auf jedes EU-Mitglied umgelegt, auch auf die neuesten und ärmsten. 1985 begann er bei einer Milliarde Euro und erreichte 2001 – auch durch Nachzahlungen – einen Höchststand von 7,3 Milliarden Euro. 2017 lag der summierte Preisnachlass seit 1985 bei 129 Milliarden Euro. Mit dem Brexit wird sich allerdings auch der Britenrabatt erledigen.

Auch Deutschland, Frankreich und Italien sind große Nettozahler und überweisen mehr an die EU, als sie zurückbekommen. Wenn sich eines dieser Länder nach dem britischen Vorbild verhalten und nur auf den eigenen Vorteil gesetzt hätte, wäre es mit dem Projekt der europäischen Integration schnell vorbei gewesen. Dass der Streit nicht weiter um sich griff, lag ironischerweise ebenfalls an der Agrarpolitik. Zu Beginn der 1980er-Jahre galt die EG-Landwirtschaft durch Marktverzerrungen und Überproduktion als Fass ohne Boden. Diese Dauerkrise ging über Thatchers Rabatt weit hinaus. Neue Integrationsprojekte wie der Binnenmarkt, die Gemeinschaftswährung und die Förderung der Infrastruktur durch die EU sorgten für eine positive Dy-

Die wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung einer EU-Mitgliedschaft lässt sich nicht beziffern, der Finanzsaldo hingegen schon

namik. Obwohl die GAP der dominante Posten bei den Ausgaben blieb, rückte die Agrarpolitik in den Hintergrund. Gestritten wurde nun über Reformen für die ganze, ständig wachsende EU, nicht mehr über den Britenrabatt.

Für die 13 „neuen“ Länder der EU-Erweiterungen seit 2004 hingegen hat die GAP ihre Bedeutung behalten, denn fast alle gehören zu den Nettoempfängern der EU-Agrarpolitik. Selbst die gegenüber Brüssel besonders kritischen Regierungen können sich einen Verzicht darauf nicht leisten; beide Seiten wissen das. Für Polen geht es nach einem Entwurf der Kommission für die Haushaltsrunde 2021 bis 2027 um insgesamt 30,6 Milliarden Euro, für das viel kleinere Ungarn sind es immerhin 11,7 Milliarden.

Ihre Investitionszuschüsse an polnische und ungarische Unternehmen – im Umfang ähnlich wichtig wie die GAP-Gelder – will die Kommission um ein Viertel reduzieren. Künftig soll auch die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ein Kriterium für diese Fördermittel sein. Anders als diese Zuschüsse sind die Agrarzahleungen an Polen und Ungarn nicht gefährdet. Die GAP gilt in der gesamten Union gleichermaßen und bleibt eine stabile Einnahmequelle. So hilft nun ausgerechnet der traditionellste Sektor der EU, die Finanzierung der Landwirtschaft, besonders viel beim Kampf gegen die politische Erosion der Union. ●

DIREKTZAHLUNGEN

VIEL GELD FÜR WENIG LEISTUNG

Die EU-Kommission will, dass Direktzahlungen an Agrarbetriebe auch künftig die wichtigste Ausgabe der Agrarpolitik bleiben. Das meiste Geld kommt aber nur wenigen und großen Betrieben zugute.

Direktzahlungen sind das wichtigste Instrument, um das Einkommen der Landwirtinnen und Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU zu unterstützen. Sie wurden 1992 eingeführt. Im derzeitigen Förderzeitraum 2014 bis 2020 machen die Direktzahlungen 72 Prozent des gesamten GAP-Budgets aus.

Direktzahlungen können grundsätzlich an die Produktion gekoppelt oder von ihr entkoppelt werden. Gekoppelte Direktzahlungen richten sich nach der erzeugten

Menge, beispielsweise pro Tonne Weizen oder pro Liter Milch, pro Hektar Kulturpflanzen oder pro Stück Vieh. Entkoppelte Zahlungen sind an die Anbaufläche gebunden und verpflichten die Landwirtinnen und Landwirte nicht dazu, etwas zu produzieren. Rund 90 Prozent der Direktzahlungen sind entkoppelt. So kann eine Entscheidung, was produziert werden soll, allein anhand der erwarteten Erträge erfolgen, denn sie hat keinen Einfluss auf die Höhe der Zahlungen.

Um Direktzahlungen zu erhalten, müssen die Landwirtinnen und Landwirte einige Grundregeln beachten, die als „Cross-Compliance-Regeln“ bezeichnet werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um Vorschriften für den Umweltschutz, die Lebensmittelsicherheit, die Tier- und Pflanzengesundheit sowie den Tierschutz. Wer gegen sie verstößt, dem können die Gelder gekürzt werden.

Im Zuge der GAP-Reform 2013 wurden die Direktzahlungen neu strukturiert. 30 Prozent der Mittel sind seither für sogenannte Umweltzahlungen vorgesehen. Wer sie bekommen will, muss Verpflichtungen eingehen, die Umwelt- und Klimaschutz verbessern sollen. Umweltgruppen, aber auch der Europäische Rechnungshof kritisieren, dass diese Zahlungen ihre Ziele verfehlen. Bauernverbände klagen hingegen, die Regeln gingen an den Bedürfnissen der Betriebe vorbei. Die Kommission will diese Umweltzahlungen ab 2021 einstellen. Stattdessen sollen die EU-Mitgliedsstaaten größere Spielräume für eigene Agrar-Umweltprogramme erhalten, die von der EU mitfinanziert werden. Sofern diese Programme mit ehrgeizigen Zielsetzungen verbunden sind, könnten sie tatsächlich einen größeren ökologischen Nutzen bringen.

Wie deutlich sich die Direktzahlungen auf das Einkommen der Landwirtinnen und Landwirte auswirken, hängt von der Größe und Art des Betriebs ab. Wo die Anbaufläche kaum eine Rolle spielt, etwa in der Schweine- und Geflügelproduktion, ist die Bedeutung gering, auch bei sehr hoher Produktivität pro Hektar wie im Wein- und Gartenbau. Im Ackerbau und in der Weidewirtschaft hingegen können die Direktzahlungen durchaus die Einkünfte aus der eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeit übersteigen.

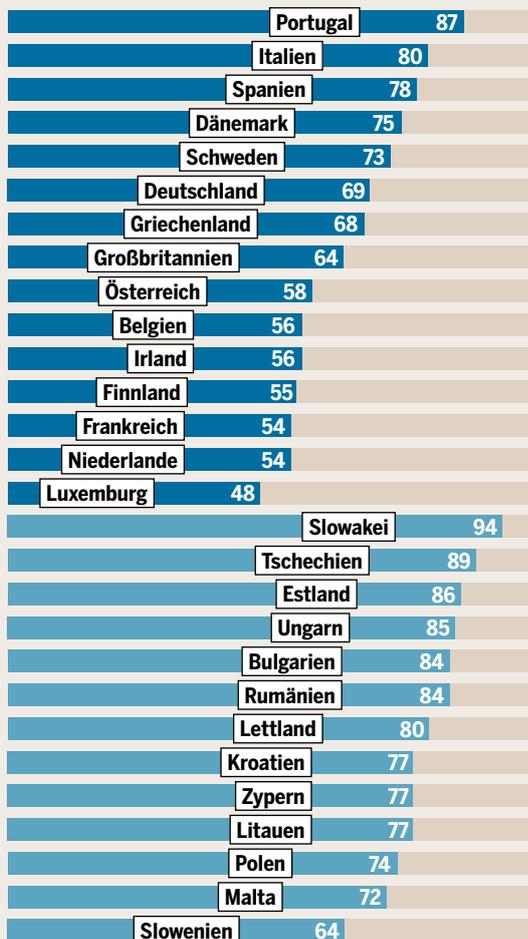
Da die Betriebe in der EU sehr unterschiedlich groß sind, hat sich eine Schieflage ergeben. 80 Prozent der Direktzahlungen gehen an nur 20 Prozent der Berechtigten. Mehr als 30 Prozent der Gesamtsumme entfallen auf nur 131.000 der insgesamt 6,7 Millionen Betriebe. Diese umfangreichen Beihilfen für Betriebe, deren Einkommen ohnehin deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, sind kaum zu rechtfertigen. Zwar hat die Kommission mehrfach eine Obergrenze für die Zahlungen gefordert, aber die Vorschläge wurden jedesmal verwässert.

In vielen Ländern kassiert ein Fünftel der Betriebe über vier Fünftel der Direktzahlungen. In den neueren EU-Ländern ist das Problem noch größer als in den älteren

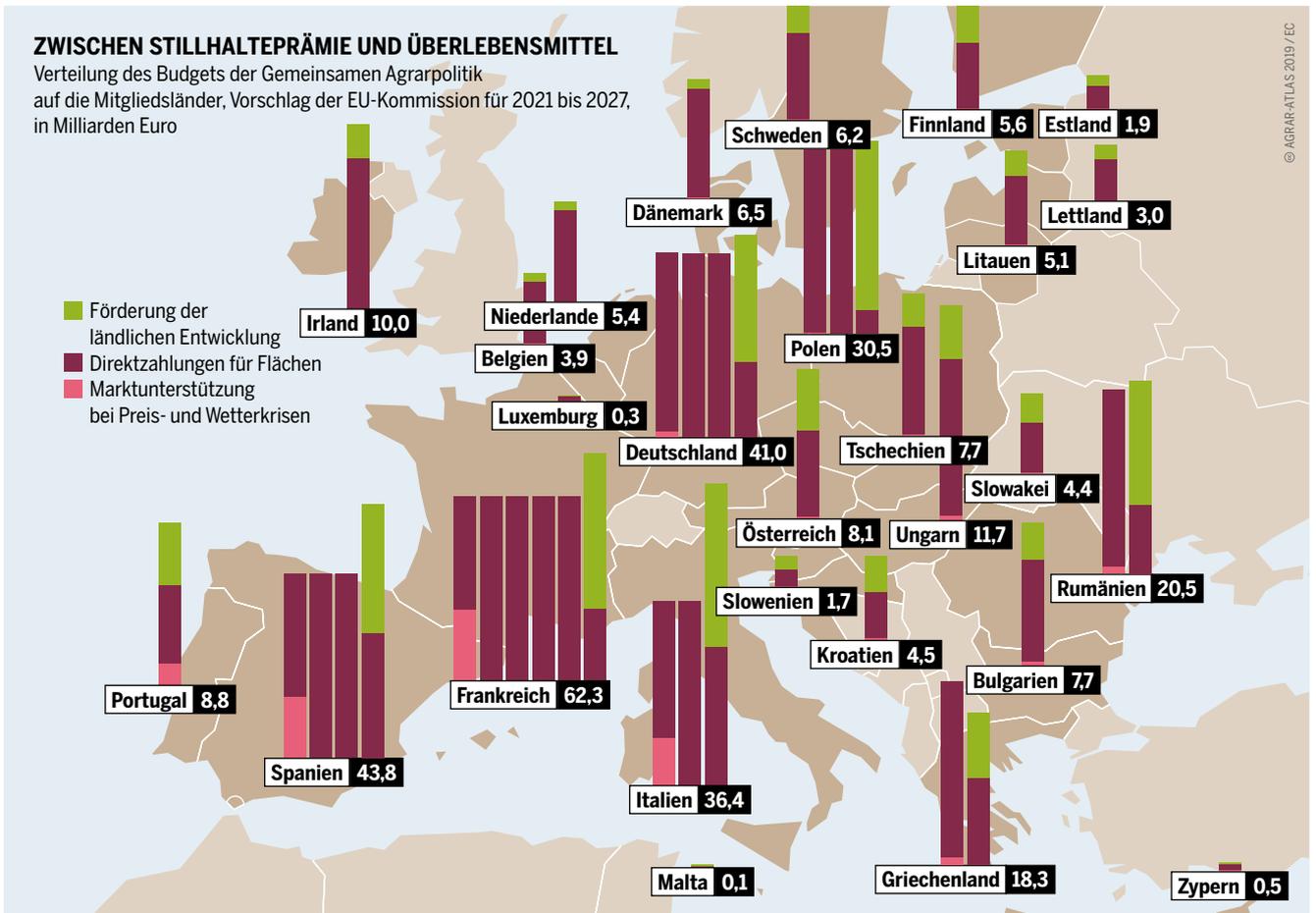
KONZENTRIERTES KASSIEREN

Anteil der EU-Direktzahlungen, der auf ein Fünftel der Empfänger im Land entfällt, in Prozent, 2015

■ EU-Beitritt bis 1995 ■ EU-Beitritt ab 2004



© AGRAR-ATLAS 2019 / EC



Wer hat, dem wird gegeben. Frankreichs Landwirtschaft soll auch künftig die größten Überweisungen aus Brüssel erhalten

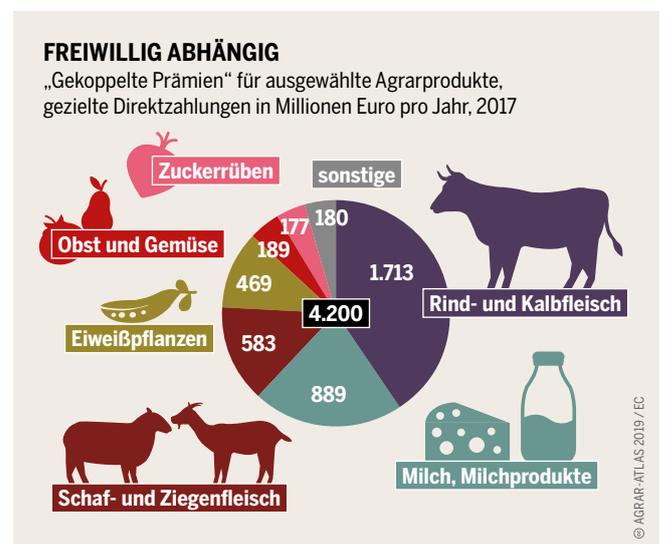
Direktzahlungen kommen auch nicht immer in vollem Umfang dem Bauern oder der Bäuerin zugute. Rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU ist gepachtet. Die Landbesitzer und -besitzerinnen können einen Gutteil der Subventionen selbst einstreichen, indem sie einfach die Pacht erhöhen.

Direktzahlungen werden heute mit drei Argumenten gerechtfertigt: Sie sollen niedrige Einkommen von Landwirtinnen und Landwirten aufstocken (obwohl in Wirklichkeit vor allem die besser Situierten davon profitieren), sie sollen das Einkommen in einem risikoreichen Umfeld stabilisieren (obwohl für die Zahlungen egal ist, ob die Einkünfte hoch oder gering ausfallen), und sie sollen die höheren Standards ausgleichen, die die EU-Landwirtinnen und -Landwirte im Vergleich zur internationalen Konkurrenz einhalten müssen (obwohl die Beihilfen ganz unabhängig von zusätzlichen Kosten geleistet werden).

Im Juni 2018 legte die Kommission dem Europäischen Rat und dem Parlament Vorschläge für die GAP ab 2021 zur Beratung vor. Sie hält an den Direktzahlungen als Hauptelement der Unterstützung der Landwirtschaft fest. Es ist eine verpasste Gelegenheit, weil diese Beihilfen ineffizient, ineffektiv und ungerecht sind. Sie sind ineffizient, weil sie an alle Agrarbetriebe auf der Grundlage der bewirtschafteten Hektar gezahlt werden und nicht an konkrete Er-

gebnisse und Ziele gebunden sind. Sie sind ineffektiv, weil sie das grundlegende Problem der niedrigen Einkommen in einigen Betrieben, nämlich die geringe Produktivität, nicht angehen. Und sie sind ungerecht, weil ein so großer Teil an Betriebe geht, deren Einkommen weit über dem Durchschnitt im Agrarsektor wie auch in der Gesamtwirtschaft liegt. ●

Eigentlich sollen die „gekoppelten Prämien“ Agrarbranchen in Not helfen. Oft werden sie trotz Auflagen ausgenutzt, um einfach so weiterzumachen wie bisher



LÄNDLICHE RÄUME

SPAREN AM FALSCHEN ENDE

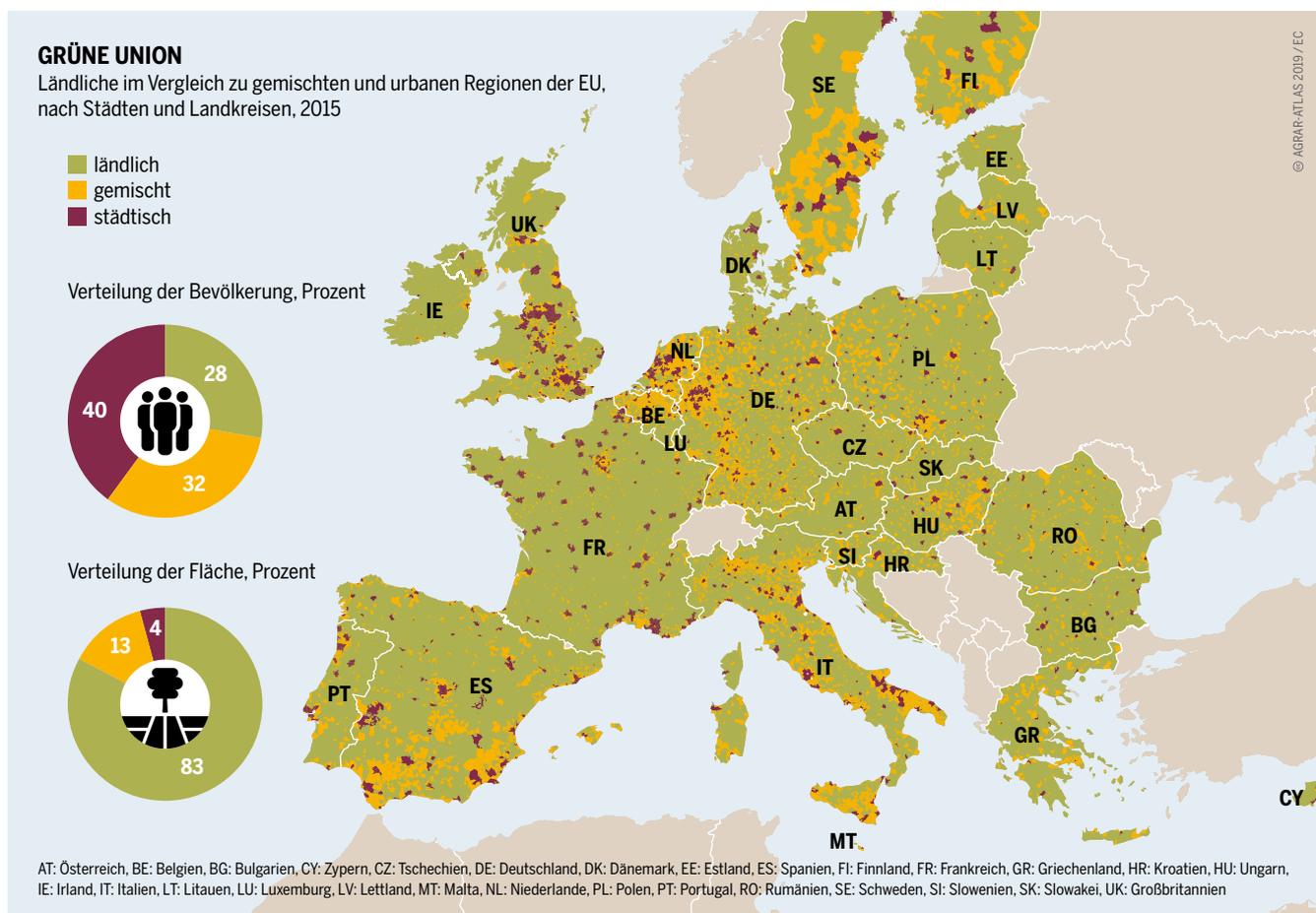
Ein Teil der EU-Agrarzahlungen hat durchaus das Potenzial, die Landwirtschaft ökologischer und nachhaltiger zu gestalten. Doch ausgerechnet diese Mittel sollen kräftig gekürzt werden.

Bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geht es nicht nur um klassische Agrarsubventionen. Es geht vielmehr um zwei ganz unterschiedliche Fördermodelle, die nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch den ländlichen Raum betreffen und „Säulen“ genannt werden. Die erste, stark in die Kritik geratene Säule besteht im Wesentlichen aus Direktzahlungen an Landwirtinnen und Landwirte. Mit der zweiten Säule soll – wie es im offiziellen Text heißt – „good practice“ gefördert werden, also die Anwendung „guter Verfahren“. Diese können ganz unterschiedlich sein, zum Beispiel die Zusammenarbeit von Erzeugerinnen und Erzeugern oder umweltfreundliche, an den Klimawandel angepasste Anbaumethoden. Diese zweite Säule unterscheidet sich meistens von der ersten durch das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Sie gilt deshalb als der ökologische und soziale Teil der EU-Agrarpolitik.

Von den gesamten Agrarsubventionen in Höhe von 409 Milliarden Euro im Förderzeitraum 2014 bis 2020 entfallen aber nur rund 100 Milliarden Euro, also weniger als ein Viertel, auf die zweite Säule. Da die Gelder der zweiten Säule von den jeweiligen Mitgliedsländern kofinanziert werden müssen, steigt die Summe am Ende auf etwa 161 Milliarden Euro. Wie effektiv diese Gelder für eine nachhaltige ländliche Entwicklung sind, hängt von den konkreten Programmen ab, die die nationalen und regionalen Regierungen damit umsetzen. Da die Mitgliedsländer einen Spielraum von 15 Prozent haben, um den sie die zweite Säule auf- oder abstocken können, hängt die Wirksamkeit auch davon ab, wie viel Geld die Länder für die zweite Säule bereitstellen. So lässt Österreich 44 Prozent seiner EU-Agrarmittel in die zweite Säule fließen, Frankreich nur 17 Prozent.

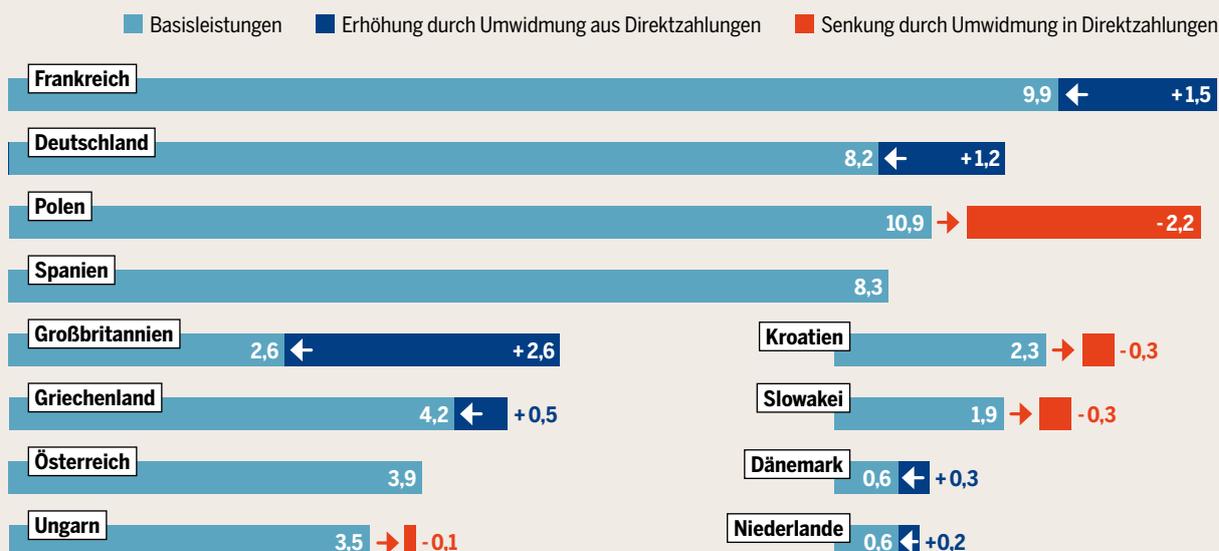
Die offiziellen Ziele der zweiten Säule sind, Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie eine regional ausgewogene Entwicklung zu fördern. Diese übergeordneten Ziele sind in sechs Themengebiete unterteilt:

Den dünn besiedelten Regionen der EU sollen die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums besonders nützen



AUFSTOCKER UND ABZWEIGER

Leistungen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, „zweite Säule“) in der Haushaltsperiode 2014–2020 sowie Erhöhung der Mittel aus (+) oder Umwidmung in (-) Direktzahlungen durch die nationalen Regierungen, in Milliarden Euro



© AGRAR-ATLAS 2019 / EC, EP

Wissenstransfer und Innovationen, Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit, die Organisation der Versorgungskette einschließlich Tierschutz und Risikomanagement, der Erhalt der Ökosysteme, Klimaschutz mit der Klimanpassung von Land- und Forstwirtschaft sowie die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Gebiete.

Ein Fünftel der Bevölkerung in der EU lebt in ländlichen Gebieten, die sich stark voneinander unterscheiden. Um den Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden, können die politischen Maßnahmen der zweiten Säule flexibel gestaltet werden. Die nationalen und regionalen Regierungen wählen je nach Bedarf aus verschiedenartigen Optionen aus, unter ihnen beispielsweise Starthilfen für Junglandwirtinnen und -wirte, Beihilfen zur Aufforstung oder Mittel zur Bewältigung von Naturkatastrophen.

Besonders häufig werden Investitionsbeihilfen, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sowie Beihilfen für Gebiete angeboten, in denen es schwierige Klimabedingungen, Steillagen oder schlechte Böden gibt. Diese Maßnahmen sollten zu mindestens einem der übergeordneten Ziele führen. Der ökologische Landbau beispielsweise deckt alle drei Bereiche ab: Er erhöht die Wettbewerbsfähigkeit, unterstützt die ökologische Nachhaltigkeit und trägt zur Entwicklung des ländlichen Raums bei.

Jede Regierung wählt ihren eigenen Ansatz. So unterstützt Irland besonders den Ökolandbau, weil er zur biologischen Vielfalt, zur Wasserbewirtschaftung einschließlich Düngemittel- und Pestizidmanagement, zur Verbesserung der Bodenqualität sowie zur Einsparung und Bindung von CO₂ beiträgt – allesamt Bestandteile der Umwelt- und Klimaziele der zweiten Säule. In Litauen hingegen, wo mehr als 40 Prozent der Bevölkerung auf dem Land leben und Überalterung droht, fördert der Staat die Modernisierung und finanzielle Stabilisierung kleiner und mittlerer Agrarbetriebe, die sonst auf dem EU-Markt kaum konkurrenzfähig wären. In den Niederlanden hingegen leben nur noch 0,6 Prozent der

Manche Regierungen benutzen die sinnvollen EU-Gelder für den ländlichen Raum, um damit Einsparungen der EU bei den Direktzahlungen zu kompensieren

Bevölkerung auf dem Land. Daher konzentrieren sich hier die Fördermaßnahmen auf Innovationen und ökologische Nachhaltigkeit der intensiven, hochspezialisierten und exportorientierten Agrarindustrie des Landes.

Bei allen Unterschieden stehen alle EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam vor einigen wichtigen Herausforderungen. Viele Menschen verlassen die ländlichen Gebiete, und wer bleibt, ist im Durchschnitt immer älter. Junge Landwirtinnen und Landwirte sind selten, und wer einen bäuerlichen Betrieb gründen will, hat Probleme, Land zu erwerben. Kleine und mittlere Betriebe geben auf, während die Großbetriebe immer noch größer werden. Hinzu kommt eine meist schlechte Anbindung an digitale Dienstleistungen wie das Internet. Eine wesentliche Aufgabe der zweiten Säule ist es, diese gemeinsamen Probleme anzugehen.

Mindestens 30 Prozent der EU-Mittel aus der zweiten Säule müssen für Umwelt- und Klimaziele verwendet werden. Doch die EU-Kommission hat im Sommer 2018 vorgeschlagen, ausgerechnet das Budget der zweiten Säule zu kürzen – um rund 27 Prozent. Dahinter steht, zumindest zum Teil, das Bemühen, bei insgesamt schrumpfenden Agrarsubventionen die traditionellen Direktzahlungen an die Agrarbetriebe in möglichst voller Höhe zu erhalten.

Diese Überlegungen haben jedoch einen Sturm des Protests ausgelöst. Die zweite Säule gilt weithin als der sinnvollste Teil der GAP, weil sie auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnitten ist und dem Allgemeinwohl statt nur einzelnen Betrieben dient. Wenn die EU ernsthaft die vielen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme ländlicher Gebiete angehen und zudem die Landwirtschaft an den Klimawandel anpassen will, muss das Budget der zweiten Säule voll erhalten bleiben. ●

HÖFESTERBEN

WACHSEN ODER WEICHEN

Die Agrarpolitik unterstützt die Kleinbetriebe zu wenig gegenüber den Großen. Zugleich ist die Hofnachfolge oft schwierig zu sichern.

Das Gesicht der europäischen Landwirtschaft und der ländlichen Räume hat sich seit dem Beginn der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stark verändert. Heute ernähren weniger und größere Betriebe die Menschen in der EU. Von 2003 bis 2013, so die jüngsten Zahlen, ging ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Union ein. Diese Entwicklung betraf alle EU-Länder.

Betrachtet man das Flächenwachstum der Betriebe, ist Tschechien Spitzenreiter. Dort stieg die Durchschnittsgröße in zehn Jahren von 80 auf 130 Hektar. In der Tierhaltung zeigt sich ein ähnlicher Trend: Im Jahr 2013 wurden in der EU drei Viertel der Tiere in größeren Betrieben gehalten. Die Zahl der Tiere in kleinen und sehr kleinen Haltungen hat sich seit 2005 um mehr als die Hälfte verringert. In der Hälfte aller EU-Staaten werden mehr als drei Viertel aller Großvieheinheiten (die einem Rind, fünf Schweinen oder zehn Schafen entsprechen) in größeren Betrieben gehalten. In den Benelux-Staaten und Dänemark sind es über 90 Prozent. In Rumänien hingegen befand sich mehr als ein Drittel aller Tiere in kleinen Betrieben.

Die EU-Statistik teilt die Agrarbetriebe in fünf Kategorien ein, die sich nach Flächen und Betriebseinkommen richten: sehr kleine, kleine, mittlere, große und sehr große. Noch sind sehr kleine und kleine Familienbetriebe nach Anzahl der Höfe und Arbeitskräfte in der Mehrheit. Aber ihre Zahl ist stark rückläufig. Große sowie sehr große Betriebe gewinnen an wirtschaftlicher Bedeutung. Unternehmen mit über 100 Hektar Fläche machen nur drei Prozent aller EU-Agrarbetriebe aus. Ihre Zahl aber ist in zehn Jahren um 16 Prozent gestiegen, und sie nutzen nun 52 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Wo sich Großbetriebe ausbreiten, geht dies Hand in Hand mit dem Ver-

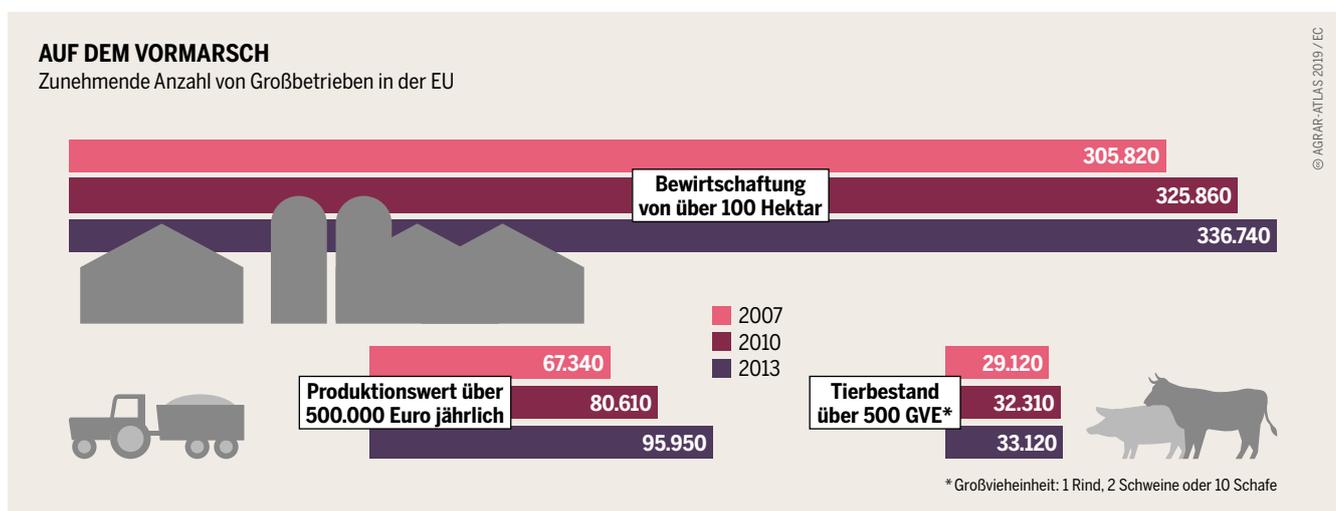
lust von Arbeitsplätzen, mit weniger vielfältigen Anbausystemen und -produkten, mit intensiver Landwirtschaft und entsprechender Belastung der Umwelt.

Auf der anderen Seite machen kleine Höfe mit weniger als zehn Hektar und einer zumeist vielfältigen Produktion rund 80 Prozent aller Agrarbetriebe in der EU aus. Doch sie nehmen nur zehn Prozent des verfügbaren Landes in Anspruch. Ihre Zahl sinkt rasant: 96 Prozent der Betriebe, die zwischen 2003 und 2013 verschwunden sind, verfügten über weniger als zehn Hektar. Die Kleinbetriebe leiden meist an denselben Problemen: Die niedrigen Lebensmittelpreise decken kaum die Produktionskosten. Die Gewinne machen nicht die Produzentinnen und Produzenten, sondern vor allem die Verarbeitungs- und Handelsunternehmen.

Diese Trends gehen auch auf die Liberalisierung der Agrarmärkte und die EU-Agrarpolitik mit ihren Subventionen und Marktregeln zurück. Produkt- und branchenspezifische Zahlungen haben in der Vergangenheit die Spezialisierung der Betriebe gefördert. Seit 2003 erhalten sie von der EU Direktzahlungen pro Hektar, das heißt, Landwirtinnen und Landwirte bekommen umso mehr Geld, desto mehr Land sie besitzen. Wenn diese Beihilfen einen wesentlichen Teil des Einkommens ausmachen, schafft dies einen Anreiz, mehr Land zu erwerben. Etablierte Großbetriebe, die bereits viel Land bewirtschaften, verfügen entsprechend über mehr Kapital und haben damit die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen und weiter Land hinzuzukaufen. Neueinsteiger und Neueinsteigerinnen, die erst noch auf der Suche danach sind, haben solche Vorteile nicht.

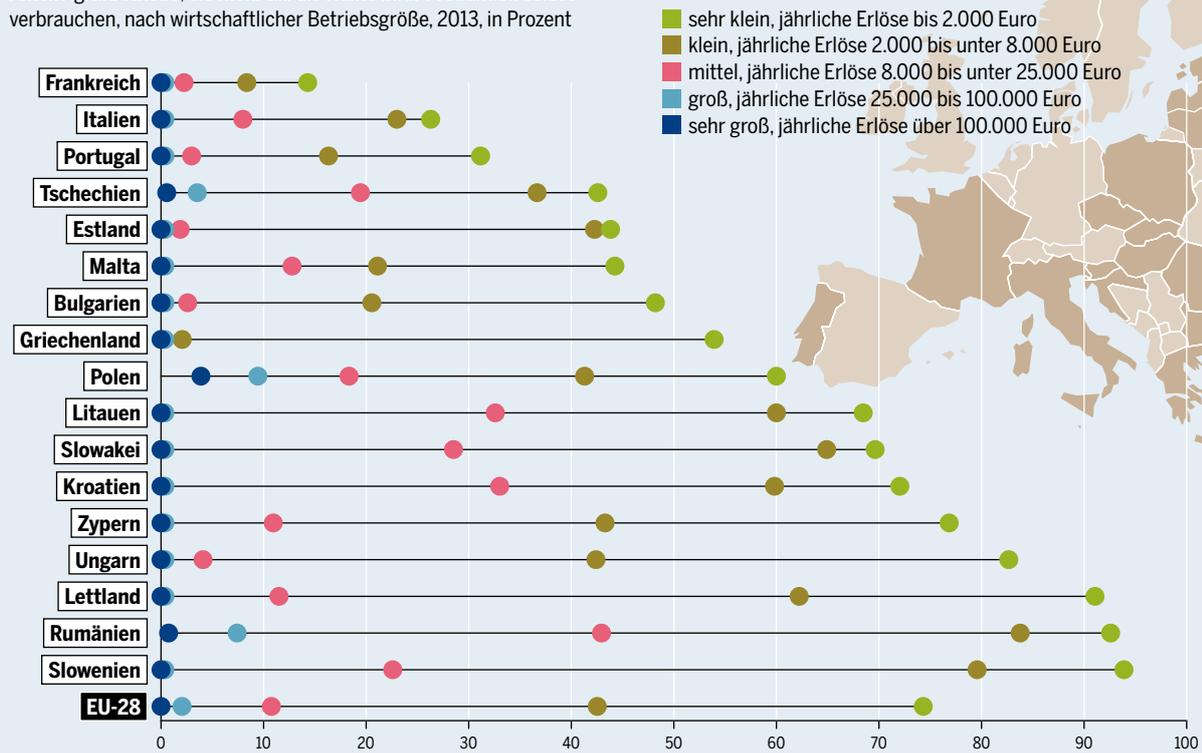
Zwar ermöglichen es die Direktzahlungen vielen Menschen, trotz schlechterer wirtschaftlicher Bedingungen weiter in der Landwirtschaft zu arbeiten. Aber allzu oft haben

Ein Agrarbetrieb, der hohe EU-Zahlungen erhält, kann leichter wachsen als ein kapitalschwacher Kleinbetrieb



VON DER HAND IN DEN MUND

Anteil Agrarbetriebe, die mehr als die Hälfte ihrer Produktion selbst verbrauchen, nach wirtschaftlicher Betriebsgröße, 2013, in Prozent



© AGRAR-ATLAS 2019 / EUROSTAT

sie dazu geführt, dass der Landbesitz sich in den Händen weniger konzentriert. Das wiederum behindert nachfolgende Generationen, Höfe und Land zu erwerben. Obwohl seit der GAP-Reform von 2013 kleinere Betriebe mehr Geld erhalten, hat dies das Höfesterben nicht aufgehalten.

Hilfen für Junglandwirtinnen und -wirte gibt es zwar schon seit 1980, aber sie reichen längst nicht aus, um genügend junge Menschen für die Landwirtschaft zu gewinnen. Zwischen 2007 und 2013 erhielten rund 190.000 junge Landwirtinnen und Landwirte Beihilfen – aber schätzungsweise 3,5 Millionen über 65-Jährige werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Die meisten dieser künftigen Rentnerinnen und Rentner bewirtschaften kleine oder mittlere Familienbetriebe und haben meist niemanden, der sie übernimmt. Die derzeitige Agrarpolitik unterstützt die Jungen mit etwa zwei Prozent ihres Haushalts, aber dieses Geld orientiert sich zu wenig an ihren Bedürfnissen und ist überdies oft schlecht mit der nationalen Politik etwa für Existenzgründungen verknüpft.

Erstaunlicherweise wollen trotzdem immer mehr Menschen in die Landwirtschaft einsteigen, ob mit oder ohne Unterstützung durch die Agrarpolitik. So manche profitieren von neuen Ideen wie etwa Hilfen für Agrar-Start-ups, Landerwerb in Gemeinschaftsbesitz oder Agrargenossenschaften. Viele neue Höfe sind innovativ und betreiben zum Beispiel ökologischen Landbau, liefern direkt an städtische Kundschaft, engagieren sich in der solidarische Landwirt-

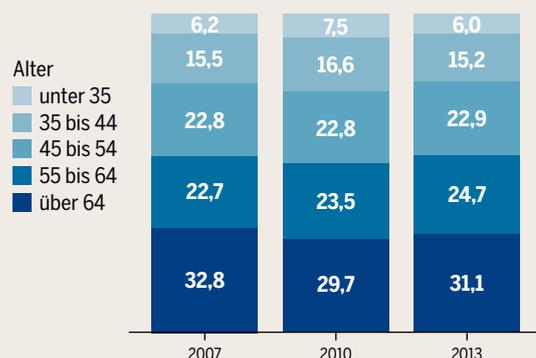
Während mittlere und große Betriebe in der ganzen EU nur für den Markt produzieren, gibt es in den östlichen Regionen noch viele kleine, die fast alles selbst verbrauchen

schaft oder verarbeiten die produzierten Lebensmittel auf dem eigenen Hof. All dies erhöht die Wertschöpfung und trägt zur Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region bei sowie zu mehr Arbeitsplätzen und Umweltschutz. Zielgerichtete Mechanismen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zur Förderung solcher neuen Betriebe würden den Generationenwechsel fördern, die bäuerlichen Strukturen in Europa aufrechterhalten, Arbeitsplätze schaffen und den agroökologisch ausgerichteten Umbau unserer Ernährungs- und Anbausysteme fördern. ●

Fast ein Drittel der Landwirtinnen und Landwirte in der EU ist im Rentenalter. Doch wer neu einsteigen will, hat es schwer

KEIN GENERATIONSWECHSEL IN SICHT

Altersstruktur der Leiterinnen und Leiter von EU-Agrarbetrieben, in Prozent



© AGRAR-ATLAS 2019 / EC

EINKOMMEN UND AUSKOMMEN

In den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben der EU sind viele Millionen Arbeitsplätze nur wenig profitabel. Wären die Maßstäbe dafür nicht nur rein wirtschaftlich, könnte sich das ändern.

In der EU arbeiten mehr als 22 Millionen Menschen in der Landwirtschaft. Das aber bedeutet nicht, dass ebenso viele Menschen von ihr leben können. Viele Landarbeiter und Landarbeiterinnen sind nur Teilzeit- oder Saisonbeschäftigte, besonders während der Erntezeit. In Ländern mit vielen kleinen Betrieben ist ihr Anteil besonders hoch. In Rumänien zum Beispiel arbeiten nur 1,5 Prozent der Menschen Vollzeit in der Landwirtschaft.

Inklusive Teilzeit- und Saisonarbeit entsprach die Beschäftigung in der Landwirtschaft im Jahr 2016 rund 9,5 Millionen Vollzeitstellen oder 4,4 Prozent aller Arbeitsplätze in der EU. Die Bedeutung des Agrarsektors für den Arbeitsmarkt unterscheidet sich stark von Land zu Land. Ihr

Anteil reicht von unter zwei Prozent in Großbritannien und Deutschland bis zu mehr als zehn Prozent in Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Polen. Insgesamt ist die Tendenz jedoch rückläufig. In den derzeit 28 EU-Mitgliedsstaaten sank der Anteil zwischen 2005 und 2016 um mehr als ein Viertel. Dies entspricht einem langfristigen Trend. So machte in Frankreich die Landwirtschaft 1955 noch 27 Prozent der Beschäftigung aus. Heute sind es nur 3 Prozent.

Die meiste Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben wird von den Hofbesitzern und -besitzerinnen inklusive Familienangehörigen geleistet. Diese Arbeitskräfte machen etwa drei Viertel der Gesamtzahl aus. Mit 35,1 Prozent sind in der Landwirtschaft weniger Frauen tätig als in der Gesamtwirtschaft, wo sie 45,9 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachen. Die beiden Länder mit dem geringsten Frauenanteil in der Landwirtschaft sind Dänemark mit 19,9 und Irland mit 11,6 Prozent.

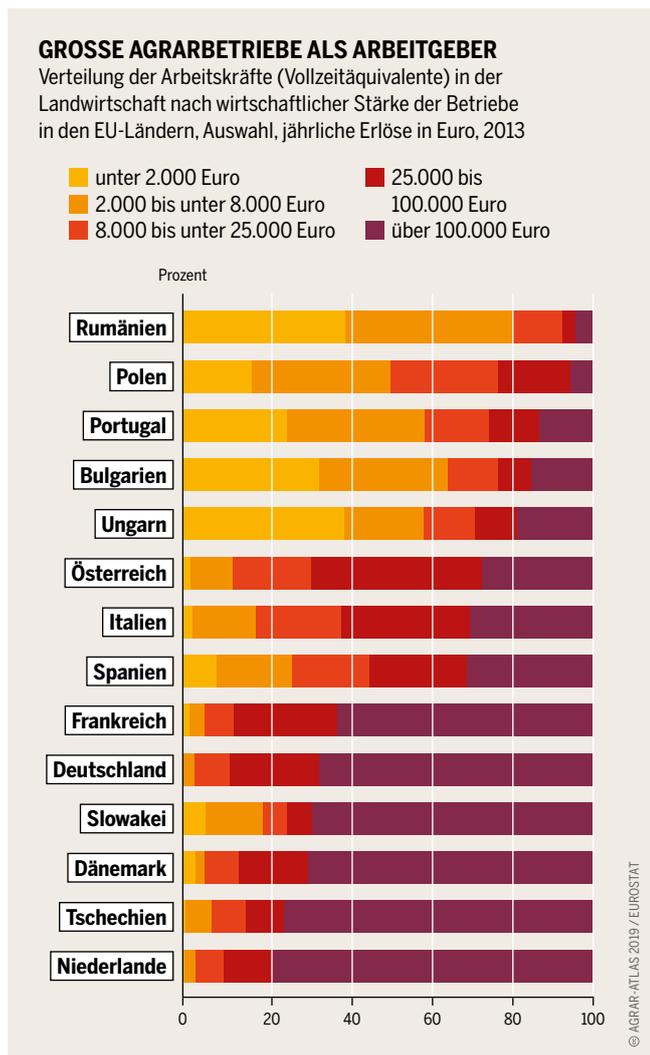
Ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Arbeit wurde inzwischen durch den Einsatz von Kapital abgelöst – so durch Investitionen in die Mechanisierung. Diese Entwicklung wird sich in naher Zukunft fortsetzen. Chemikalien, Maschinen und Digitalisierung werden die Produktivität weiter erhöhen und immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ersetzen. Dieser Wandel ist ein großes Problem vor allem für die ost- und südeuropäischen Länder, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist und andere Jobs rar sind.

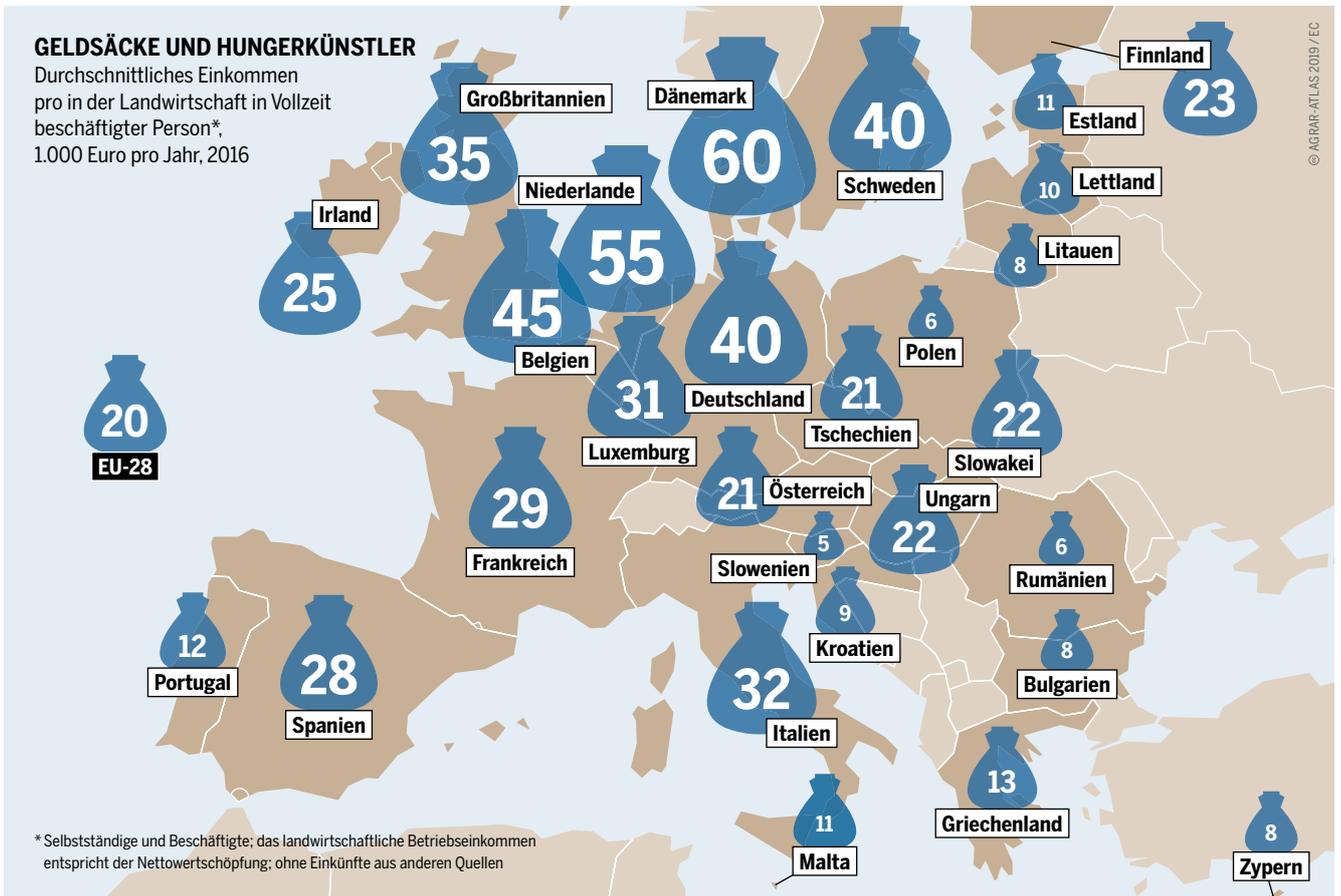
Zugleich ändert sich auch die Art der Arbeitsplätze rapide. Selbstständigkeit und Familienarbeit nehmen ab, der Anteil der Lohnempfänger und -empfängerinnen steigt. Aber auch diese Arbeitsplätze sind oftmals prekär. Kurzzeitverträge und Wanderarbeit sind weit verbreitet. Ebenso Schwarzarbeit – laut einer Studie des europäischen Agrarwerkschaftsverbandes EFFAT von 2010 macht sie etwa 25 Prozent der landwirtschaftlichen Aktivitäten in Europa aus.

Eines der ursprünglichen Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU war die Stabilisierung der Einkommen der landwirtschaftlich Beschäftigten. In den Zielkatalog wurde allerdings nicht aufgenommen, dass Arbeitsplätze erhalten oder gute Arbeitsbedingungen gewährleistet werden müssen. Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ist die Produktivität in der Landwirtschaft gering, das heißt, die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde ist weit unterdurchschnittlich. Dies war ein zentrales Argument für die Fortsetzung der Direktzahlungen im Rahmen der GAP. Aber die Einkommen aus der Landwirtschaft sagen wenig darüber aus, wie viel die Landwirtinnen und Landwirte tatsächlich verdienen, denn für viele ist die Landwirtschaft keineswegs die einzige Einkommensquelle.

Die Direktzahlungen können dabei einen erheblichen Anteil des durchschnittlichen Betriebseinkommens aus-

In Ländern wie Rumänien, Polen oder Portugal sind die erlösstarken Agrarbetriebe als Arbeitgeber unbedeutend, in Tschechien oder den Niederlanden dominieren sie





machen. Die Zahlungen erfolgen pro Hektar oder pro Tier, unabhängig vom aktuellen Preisniveau, und so sind auch die Einkommen in der Landwirtschaft starken Schwankungen unterworfen. Bei sinkenden Preisen, wie im Fall der Milch zwischen 2014 und 2016, stehen die Erzeugerinnen und Erzeuger vor existenziellen Problemen. Steigen die Preise, gehen Subventionen an Betriebe, die ohnehin profitabel sind und gar keinen akuten Bedarf an zusätzlichen Mitteln haben. Die Zahlungen pro Hektar statt pro Arbeitskraft fördern die Vergrößerung der Agrarunternehmen und treiben die Bodenpreise in die Höhe, statt Arbeitsplätze zu schaffen. Denn je größer der Landbesitz, desto weniger Arbeitskräfte sind im Allgemeinen pro Hektar beschäftigt.

Die GAP-Reform von 2013 wollte vor allem kleine Betriebe unterstützen, die vergleichsweise mehr Menschen beschäftigen. Dafür wurden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, aber die Verwendung ins Ermessen der einzelnen Mitgliedsstaaten gestellt. Viele Regierungen haben diese Mittel gar nicht ausbezahlt, andere nur in reduzierter Form. Sie lehnten überdies ab, die Beihilfen auf maximal 300.000 Euro pro Betrieb zu begrenzen. Folglich bleiben Großbetriebe die Hauptprofiteure der GAP.

Um sich für die GAP-Subventionen zu qualifizieren, müssen die Landwirte und Landwirtinnen inzwischen bestimmte Umweltauflagen erfüllen. Regeln über Arbeitsnormen in

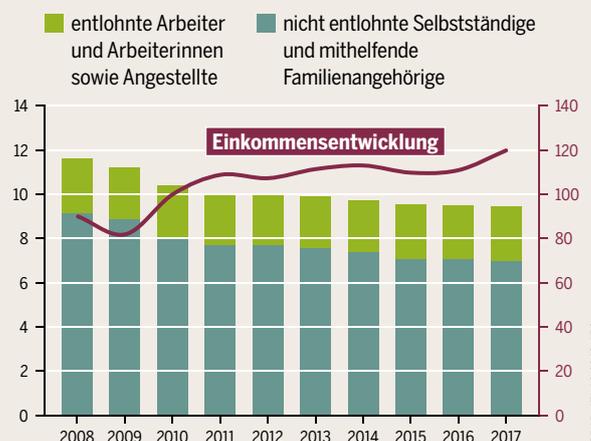
Insgesamt steigen die Einkommen im Agrarsektor. Zu den Gründen gehören die besseren Erlöse größerer Betriebe und das Ausscheiden vieler Geringverdienender

Die Höhe der Einkommen in der EU-Landwirtschaft weisen ein deutliches Gefälle von Nordwest- nach Südosteuropa auf

der Landwirtschaft existieren hingegen nicht. Eine solche Sozialklausel wäre jedoch eine sinnvolle Ergänzung der GAP. Sie könnte beispielsweise festschreiben, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschult, ihnen angemessene Löhne gezahlt werden und Gesundheits- und Sicherheitsstandards einzuhalten sind. ●

MEHR GELD FÜR WENIGER ARBEIT

In der Landwirtschaft Beschäftigte, Vollzeitäquivalente in Millionen Personen, und Einkommensverlauf, 2010 = 100



LANDPREISE

KAPITALE FEHLENTWICKLUNG

Der Beginn der EU-Agrarzahlungen in den neuen Mitgliedsländern löste dort eine Welle von Landkäufen aus. Seither steigen die Preise fast ständig. Gegen Agrarunternehmen und Finanzinvestoren haben die kapital-schwachen Kleinbetriebe keine Chance.

Die Konzentration des Grundbesitzes hat erhebliche Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft. Sie betrifft ihre wichtigste Ressource: den fruchtbaren Boden. Selbst wo viele Menschen Land besitzen, arbeiten sie immer weniger dort, und die industrielle Landwirtschaft übernimmt die Flächen mittlerer und kleiner Betriebe. So wurden im Jahr 2013 mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in der Europäischen Union von nur 3,1 Prozent der Betriebe genutzt, während drei Viertel von ihnen mit nur 11 Prozent der Fläche auskommen musste. Zwischen 1990 und 2013 hat sich die Zahl der größeren Betriebe (über 100 Hektar) in einigen westeuropäischen Ländern verdoppelt, in anderen sogar verfünffacht. Entsprechendes gilt für die Nutzflächen, die diese Betriebe bewirtschaften.

Die Verteilung von Land ist heute in der EU noch mehr aus dem Gleichgewicht geraten als die Verteilung von Ver-

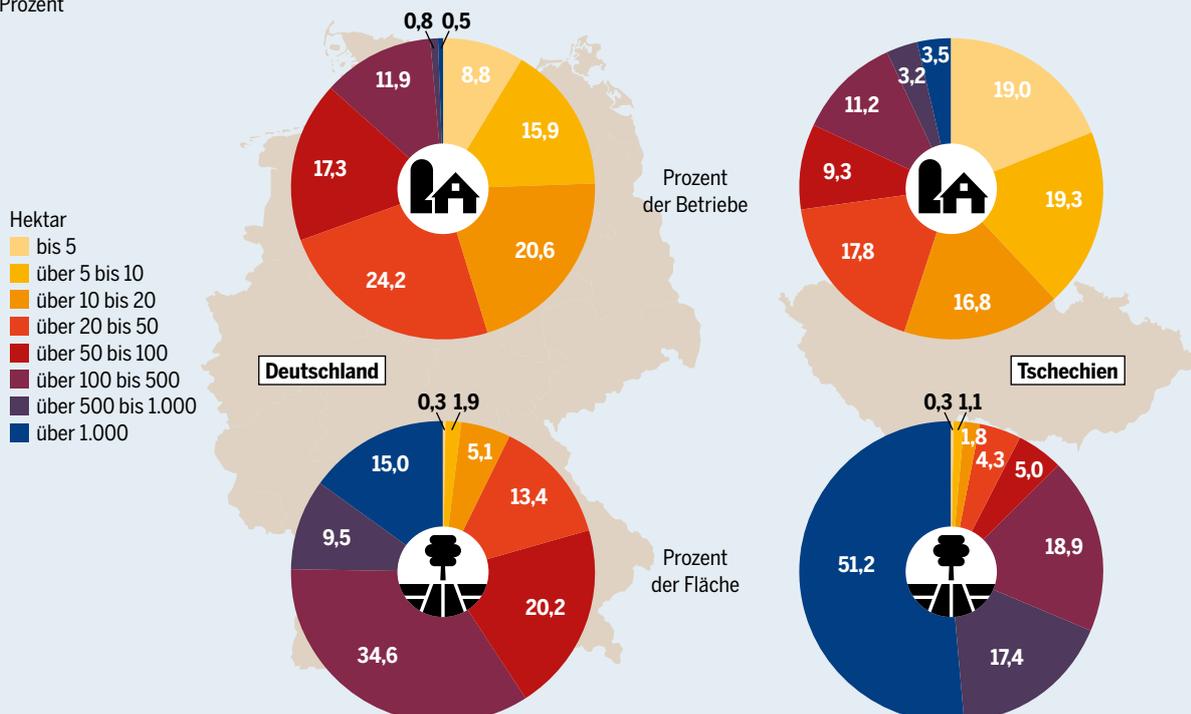
mögen. Das Europäische Parlament sieht die Existenz von Klein- und Familienbetrieben bedroht und betrachtet sie als Pfeiler eines multifunktionalen landwirtschaftlichen Sektors. Dennoch gehen mehr als 80 Prozent der Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) an die größten 20 Prozent der Betriebe.

Ausgedehnte Ländereien im Besitz weniger Eigentümerinnen und Eigentümer sind vor allem in den osteuropäischen EU-Staaten verbreitet, in der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und in Rumänien. In diesen Mitgliedsstaaten, die der EU erst 2004 beziehungsweise 2007 beigetreten sind, lebten zunächst noch große Teile der Bevölkerung auf dem Land, und die Flächen dort waren billig. Mit Beginn der EU-Direktzahlungen schossen die Bodenpreise wie auch die Pachtzinsen in die Höhe. In Bulgarien etwa stiegen die Preise für Grundstücke zwischen 2006 und 2012 um 175 Prozent. Die durchschnittlichen Flächen der Großbetriebe liegen bei den Neumitgliedern weit über dem EU-Durchschnitt von rund 300 Hektar – in Bulgarien sind es 671 Hektar, in Tschechien 698 Hektar und in der Slowakei gar 781 Hektar.

Tschechien ist das Land mit besonders ausgeprägten agroindustriellen Strukturen. Deutschland liegt mit seinen Agrarbetriebsgrößen im EU-Mittelfeld

DEUTSCHE UND TSCHECHISCHE AGRARBETRIEBE IM VERGLEICH

Anteil der landwirtschaftlichen Unternehmen und ihrer bewirtschafteten Flächen nach Hektargrößenklassen, 2016, in Prozent



Kleine Höfe verschwinden besonders schnell in den Ländern, in denen sie einst das Bild prägten. In Rumänien zum Beispiel bewirtschafteten 1,7 Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen winzige Betriebe mit einer Fläche von einem Hektar oder weniger. Sie bauten Lebensmittel für sich und ihre Familien an und verkauften ihre Überschüsse. In vielen EU-Staaten werden Direktzahlungen jedoch nur an Betriebe mit mindestens einem Hektar Anbaufläche ausgezahlt. Das macht Millionen Betriebe, die kleiner sind, praktisch „unsichtbar“. Ohne Beihilfen oder andere Unterstützung bleibt ihnen nur die Wahl, den Betrieb zu verkaufen oder aufzugeben. Auf diese Weise ist beispielsweise in Bulgarien die Produktion von Gemüse und Fleisch, die auf kleiner Fläche erfolgreich funktionierte, zurückgegangen und machte Getreidemonokulturen Platz.

Auch die Pachtpreise sind gestiegen – ein Problem vor allem für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger ohne Landbesitz. Viele Grundstücksgeschäfte werden unter zweifelhaften, korrupten oder anderweitig illegalen Umständen abgeschlossen. Dafür hat sich die Bezeichnung „Land Grabbing“ oder Landraub durchgesetzt. In Ungarn etwa gelang es ausländischen Unternehmen und Investoren in den vergangenen zwanzig Jahren, rund eine Million Hektar zu erwerben – unter Umgehung der ungarischen Gesetze. Zu den Käufern und Käuferinnen gehören sowohl Landwirte und Landwirtinnen als auch institutionelle Investoren wie Banken, Investmentfonds und Versicherungen aus der EU und anderen Ländern. Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Neueinsteiger und -einsteigerinnen können sich nicht dagegen behaupten, denn dieser Wirtschaftssektor ist geprägt von sehr niedrigen Einkommen und maximalem Risiko. Allerdings steigen die Bodenpreise auch anderswo in Europa. In einigen Ländern haben sie bereits ein – gemessen an ihren Erlösen – unrealistisch hohes Niveau erreicht. Ein Hektar Agrarfläche in den Niederlanden kostet so viel wie zehn Hektar in Bulgarien und zwanzig in Rumänien.

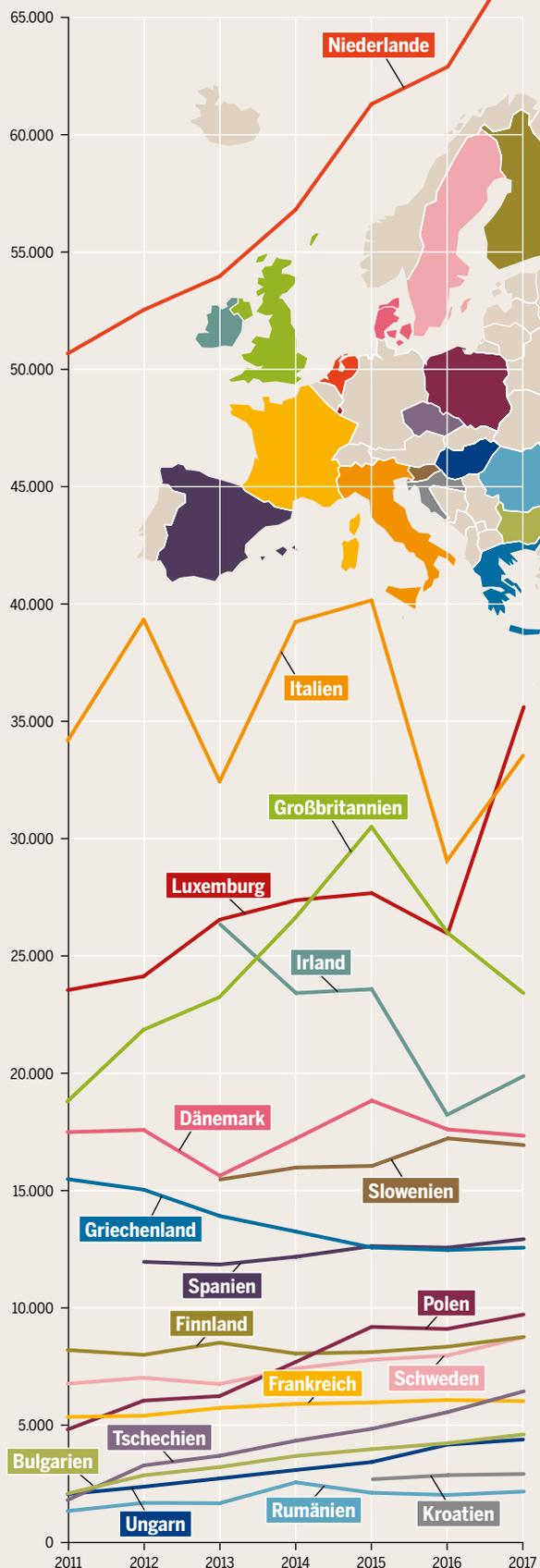
Umfragen in der EU zufolge begrüßen es die meisten Menschen, dass die GAP den Landwirten und Landwirtinnen einen angemessenen Lebensstandard sichert, besonders solchen mit kleinen und mittelgroßen Betrieben, sowie Familienhöfen und Existenzgründern und -gründerinnen. Noch höher wäre die Akzeptanz, wenn die EU ihre Politik darauf ausrichtet, Landwirte und Landwirtinnen für die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Klimaschutz, Artenvielfalt oder Gewässerreinigung zu bezahlen. Dies würde kleinen Betrieben zugutekommen, weil sie meist mehr dieser Güter bereitstellen als große, industrielle Unternehmen. Viele Bäuerinnen und Bauern fordern, dass die EU sich mit dem geringen Angebot und den hohen Preisen von Ackerland sowie der mangelnden Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft beschäftigt.

Die EU verfügt über ein kulturelles Erbe, das in den bäuerlichen Gemeinschaften verankert ist. Wir müssen sicherstellen, dass ihr Know-how über umweltschonende und nachhaltige Methoden in der Landwirtschaft an künftige Generationen weitergegeben wird. ●

Westeuropäische Agrarunternehmen auf Expansionskurs erhalten in vielen EU-Staaten zum gleichen Preis fünf- oder zehnmals so große Flächen wie in ihrem Heimatland

IN GRUND UND BODEN

Entwicklung von Kaufpreisen für Ackerland in EU-Ländern, Auswahl, in Euro pro Hektar



Einige EU-Mitglieder, darunter Deutschland und Belgien, melden keine agrarischen Bodenpreise an die zuständige Behörde Eurostat, einige haben nicht fortlaufend gemeldet. Die Kaufpreise sind landesweite Durchschnittswerte und können regional erheblich nach oben oder unten abweichen.

BEDROHTE VIELFALT – MIT DEM ARTENSCHWUND WIRD ES ERNST

Die intensive Landwirtschaft gilt als größte Bedrohung für die Tier- und Pflanzenwelt der EU. Umweltschädliche Trends bei Ackerbau und Tierhaltung werden im Rahmen der Agrarpolitik sogar noch gefördert.

Die Tierwelt in der Europäischen Union steht unter starkem Druck. Der Status von 60 Prozent der Arten und 77 Prozent der Lebensräume wird als „ungünstig“ eingestuft. Die Zahl der Feldvögel ist seit 1980 um 56 Prozent zurückgegangen, und es gibt fast 35 Prozent weniger Grünland-Schmetterlinge als 1990. Selbst einst häufige Vogelarten verschwinden, wie verschiedene Zählungen zeigen. So ist die Europäische Turteltaube unmittelbar vom Aussterben bedroht. Ihre Zahl ging in Europa zwischen 1980 und 2013 um 77 Prozent zurück.

In Deutschland ist die Biomasse der Insekten seit 1990 um über 75 Prozent gesunken. In Frankreich sind die Bestände an Feldvögeln in den vergangenen 15 Jahren um ein Drittel geschrumpft. Dabei erging es den Allerweltsarten, die unterschiedliche Lebensräume besiedeln, auf Ackerland schlechter als in städtischen Gebieten. In Mittel- und Osteuropa sank die Zahl der Feldvögel von 1982 bis 2015 um 41 Prozent. Bei Waldvögeln waren es nur sechs Prozent.

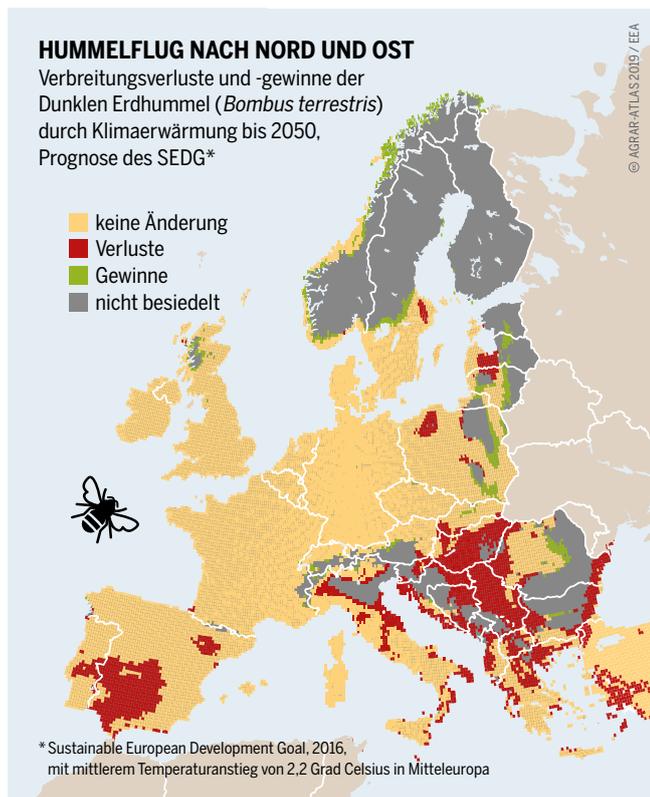
Die Europäische Umweltagentur sieht in der intensiven Landwirtschaft die größte Bedrohung für die biologische Vielfalt. Ein auf den kurzfristigen Ertrag maximierter Ackerbau bietet weniger Nahrung für die Tierwelt. Monokulturen, der Mangel an natürlicher Vegetation, Düngemittel sowie Pestizide, die Insekten und Beikräuter abtöten, reduzieren das Nahrungsangebot. In Großbritannien erholte sich die Fledermauspopulation nach der Umstellung von Betrieben auf Ökolandbau schnell, weil wieder genügend Insekten als Nahrung vorhanden waren.

Die intensive Nutzung von Agrarland lässt auch Wildvögeln weniger Raum zum Brüten. Hecken werden gerodet, kleine Feuchtgebiete trockengelegt, Wiesen zu Ackerland umgepflügt oder intensiv genutzt. In Teilen Frankreichs ging beispielsweise der Bestand an Zwergtrappen zwischen 1978 und 2008 um 96 Prozent zurück, weil Gras- in Ackerland umgewandelt wurde.

Intensive Landwirtschaft wirkt sich auch indirekt auf die Tierwelt aus und ist die größte Bedrohung für die Feuchtgebiete Europas. Sie übernutzt Wasser als wichtigen Produktionsrohstoff, pumpt ihn ab oder verschmutzt ihn mit Düngemitteln und Pestiziden. Überschüssiger Stickstoff gelangt in die Böden und reduziert die Pflanzenvielfalt auf den Feldern. Der Abfluss von Stickstoff ins Wasser kann Algenblüten auslösen, die Sauerstoff verbrauchen und so Wassertiere sterben lassen.

Die EU gibt 39 Prozent ihres Gesamtbudgets für den Haushaltstitel „Nachhaltiges Wachstum, natürliche Ressourcen“ aus. Dazu gehören die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), der Fischerei- und Meeresfonds sowie ein Umweltfonds namens LIFE. Die GAP erhält 97 Prozent der Mittel aus diesem Topf, LIFE nur 0,8 Prozent. Laut Gesetz müsste die EU Geld für den Umwelt- und Naturschutz bereitstellen. Dennoch enthält das laufende Budget keine eigenständigen Mittel für den Erhalt der biologischen Vielfalt, und dies wird auch in der nächsten Finanzierungsperiode so bleiben. Anstatt einen eigenen Finanztopf zu schaffen, entschieden sich die Staats- und Regierungschefs, die Umweltfinanzierung in die GAP zu integrieren. Dadurch aber wird kaum etwas für den Erhalt der Artenvielfalt geleistet, weil die Subventionen stattdessen auf eine weitere Intensivierung abzielen.

Die Maßnahmen, für die am meisten Geld fließt, sind die besonders „perverse“ – ein Begriff, der in der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) verwendet wird und Subventionen beschreibt, die der Umwelt schaden. Annähernd drei Viertel der GAP-Mittel, rund 293 Milliarden Euro im Zeitraum 2014 bis 2020, fließen in Direktzahlungen, die die intensivsten



Die Dunkle Erdhummel gehört zu den wichtigsten Bestäubern in Europa. Wird es wärmer, wächst ihr Habitat an wenigen Stellen, während es an vielen stark schrumpft

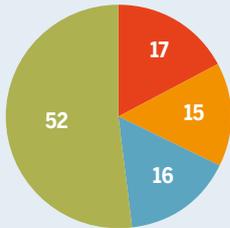
WENIGER GEZWITSCHER

Rückgang der Tierzahlen bei 39 Feldvogelarten in zehn meldenden EU-Ländern, in Prozent, 1990 = 100, letzte Meldejahre 2013 bis 2015

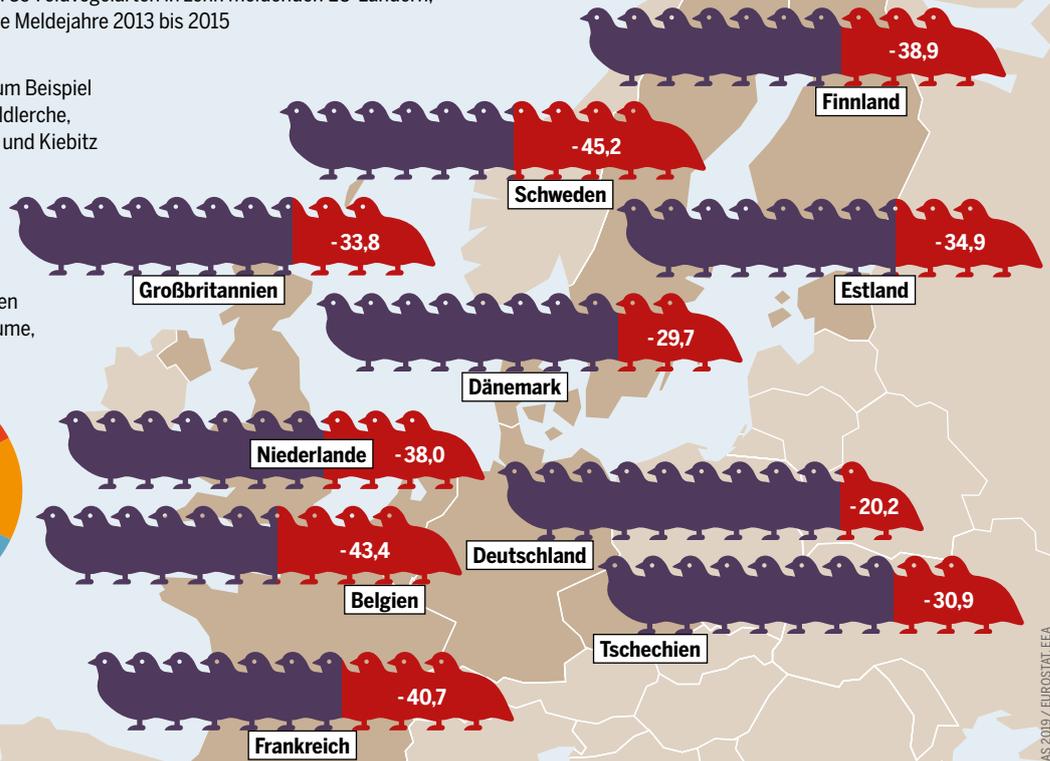


Feldvögel: zum Beispiel Rebhuhn, Feldlerche, Feldsperling und Kiebitz

Status von 447 Vogelarten in der EU, alle Lebensräume, 2013, in Prozent



■ bedroht
■ sich verschlechternd
■ unbekannt
■ sicher



© AGRAR-ATLAS 2019 / EUROSTAT, EEA

und umweltschädlichsten Formen der Landwirtschaft begünstigen: Getreideanbau und intensive Tierhaltung. Solche Zahlungen werden entsprechend der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche geleistet und sind kaum an die Kriterien für Nachhaltigkeit gebunden.

Bis zu 15 Prozent der GAP-Mittel sind an die Produktion gekoppelt, das heißt, sie werden pro Tier oder pro produzierte Menge gezahlt. Sie gehen vor allem an die Fleisch- und Milchwirtschaft und können dort zur Überproduktion beitragen. Auch einmalige Investitionsbeihilfen fördern zumeist die Intensivierung: zum Beispiel durch die Anschaffung schwerer Landmaschinen, den Bau von Lager-, Sortier- oder Verarbeitungsanlagen für immer größere Mengen landwirtschaftlicher Produkte oder von Ställen für die Intensivtierhaltung.

Dabei gibt es in den verschiedenen Ländern durchaus Beispiele für funktionierende Umweltprogramme und für Bauernhöfe, die die biologische Vielfalt unterstützen. Aber ihre positiven Auswirkungen werden durch viel zu wenig Förderung und vergleichsweise viel höhere „perverse“ Subventionen untergraben. Oder sie bekommen Konkurrenz durch weniger anspruchsvolle bis unsinnige Förderprogramme. So gibt es in Zypern ein mit 800 Euro pro Hektar sehr großzügiges Programm für die „umweltfreundliche“ Bewirtschaftung von Bananenplantagen, bei dem der Ein-

Vögel sind ein bekannter Bioindikator, weil sie sich leicht zählen lassen. Wo die Intensivlandwirtschaft Einzug hält, sinken die Bestände

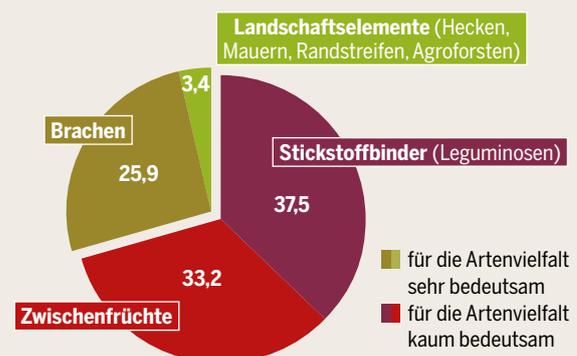
satz von Herbiziden erlaubt ist. Die Begründung: So werde eine Bebauung verhindert, was doch gut für die Tierwelt sei.

Ein Umdenken ist unbedingt erforderlich. Um den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen und umzukehren, müssen Agrarbetriebe angemessene Mittel für den Erhalt der Biodiversität erhalten. Und zwingend nötig sind auch Regeln und Anreize, zu weniger intensiven Methoden der Landwirtschaft überzugehen. ●

Die „ökologischen Vorrangflächen“, die die Agrarbetriebe bei der EU angemeldet haben, haben für die Artenvielfalt wenig bewirkt

ZIEL VERFEHLT

Ökologische Vorrangflächen, für die die EU „grüne Direktzahlungen“ leistet, Aufteilung nach Nutzungen, 2015, in Prozent



■ für die Artenvielfalt sehr bedeutsam
■ für die Artenvielfalt kaum bedeutsam

© AGRAR-ATLAS 2019 / EC

BIODIVERSITÄT IN ÖSTERREICH

WIE LEBENSÄÄUME VERLOREN GEHEN

In Österreich nimmt die Artenvielfalt weiter ab. Der Druck der intensiven Landwirtschaft lässt nicht nach und ist größer als die Erfolge der Agrarumweltmaßnahmen.

Die biologische Vielfalt ist eine Voraussetzung für den Erhalt der Ökosysteme Österreichs und damit unserer Lebensgrundlagen. Als Tourismusland profitiert Österreich auch wirtschaftlich von der Attraktivität der traditionellen bäuerlichen Kulturlandschaft. Aber diese wurde und wird durch Monokulturen, starke Düngung und Pestizide intensiviert und einige ihrer Landschaftselemente verschwinden. Extensiv genutzte Wiesen, Hutweiden – Grünlandflächen, die nur beweidet werden –, Streuobstwiesen, blühende Feldraine, Hecken und Baumgruppen sind seit 1990 um mehr als die Hälfte geschrumpft. Die Agrarumweltpolitik der GAP versucht gegenzusteuern, erreicht aber weder die nötige Breitenwirkung noch eine ausreichende Ursachenbekämpfung.

Im Ackerbau hat zusätzlich die verminderte finanzielle Förderung von Brachen seit 2007 zu deren Rückgang

geführt. Zur sinkenden Artenvielfalt haben aber auch die intensive mechanische Flächenbearbeitung, auch im ökologischen Ackerbau, sowie allgemein die Bewässerung von Trockenstandorten beigetragen. Auch mit der Entwässerung von Feuchtstandorten zur besseren landwirtschaftlichen Nutzung gehen wertvolle und unersetzbare Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten verloren. Der darin gespeicherte Kohlenstoff geht wieder in die Luft und verstärkt den Klimawandel.

Zu den Bedrohungen im Wiesenbau zählen vor allem das intensive Düngen, die Silage und die häufige und frühe Mahd. Zahlreiche Insekten werden getötet und wenige gutwüchsige Gräser, Löwenzahn und eine Handvoll weiterer Arten drängen alle anderen Pflanzen zurück. Damit fehlt den Insekten, die selteneren Pflanzen benötigen, und in weiterer Folge auch den Vögeln und anderen Tieren, die Nahrung. Daher gingen die Bestände einstmals häufiger typischer Wiesenvögel wie Braunkehlchen und Heidelerche in Österreich dramatisch zurück.

Sogar Almen sind als extensive Weiden von zunehmender Düngung bedroht. In Almställen wird den Kühen zugefüttert und ihr Mist auf der Alm ausgebracht. Ein weiteres Problem ist die Konzentration schwerer und schlecht geländegängiger Rinderrassen auf kleinen Almflächen.

Im Obstbau breiteten sich Niederstammkulturen aus, in denen mit Maschinen geerntet wird. Dies ging auf Kosten des traditionellen, arbeitsaufwendigen Hochstamm-Obstbaus in Streuobstwiesen und Alleen mit ihren alten und höhlenreichen Bäumen. Sie boten Insekten und Vögeln – etwa dem Gartenrotschwanz, dem Wiedehopf oder der Zwergohreule – den nötigen Lebensraum. Dieser fehlt nun, und in Niederstammkulturen ist außerdem der Pestizideinsatz intensiver. Er gefährdet die Bestäuber, vor allem die Honigbiene und zahlreiche Wildbienenarten.

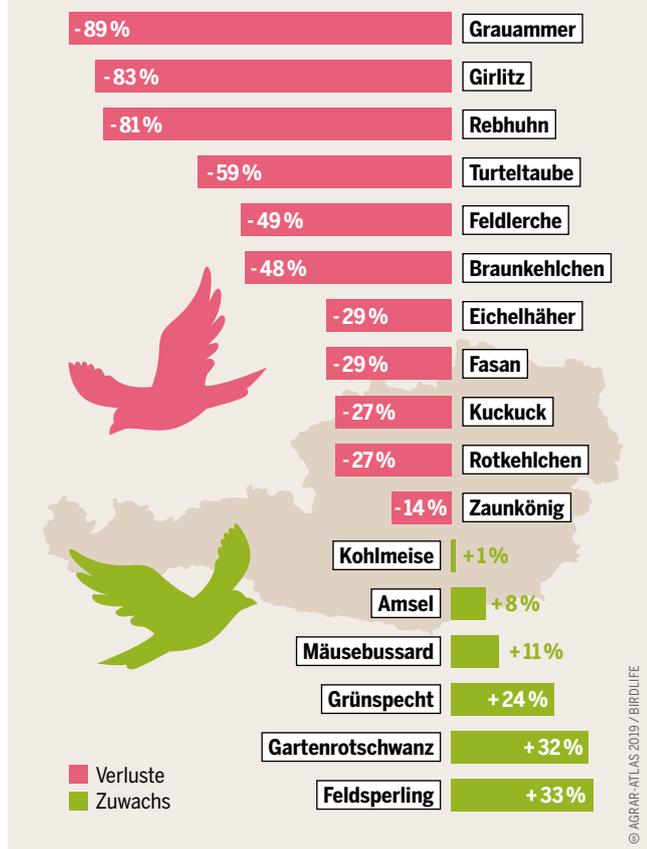
In Österreich wurden 2017 mehr als 4.600 Tonnen Pestizide verkauft. Diese Mengen werden auf Feldern und in Obstgärten eingesetzt, und über Abdrift gelangen sie auch in natürliche Ökosysteme. Zu den Folgen gehört der Rückgang von Wildkräutern, Bienen, Schmetterlingen, Amphibien, Vögeln und vielen anderen Lebewesen. Durch Düngereintrag in Gewässer kommt es zur Eutrophierung und zur Ausbildung sauerstoffarmer Milieus, das die meisten Wasserbewohner nicht vertragen.

Im internationalen Vergleich ist Österreichs Landwirtschaft immer noch kleinteilig strukturiert. Aber der Zustand einiger Organismengruppen ist aus oben genannten Gründen mittlerweile in Siedlungsräumen besser als im Agrarland. Wie in der ganzen EU sind auch in Österreich die Bestände bisher häufiger Ackervogelarten – hier etwa Feldlerche, Rebhuhn oder Grauammer – stark zurückgegangen.

Viele charakteristische Brutvogelarten der Kulturlandschaft sind seltener geworden. Insgesamt sind die Bestände um etwa ein Drittel geschrumpft

VIELE VERLIERER, WENIGE GEWINNER

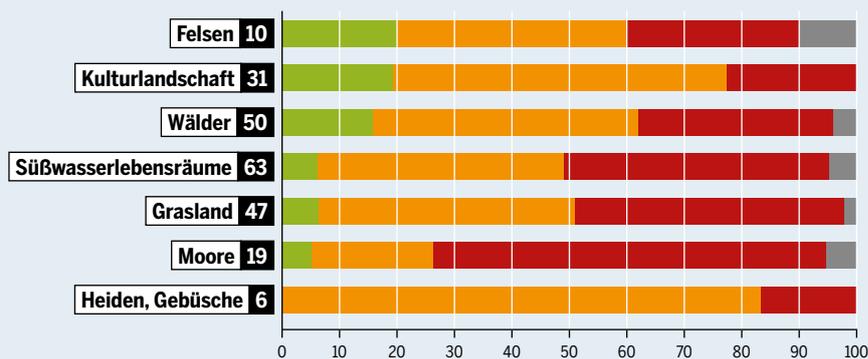
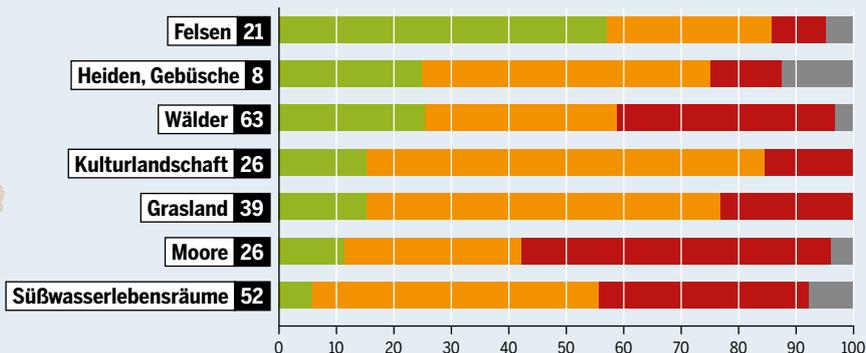
Bestandsveränderung bei Brutvögeln in Österreich, 1998 bis 2017, in Prozent



GEFÄHRDETE LANDSCHAFTEN

Erhaltungszustand der Lebensraumtypen in Österreich, Anzahl nach Ökosystemen, jüngste Berichtsperiode (2007–2012)

- günstig
- ungünstig-unzureichend
- ungünstig-schlecht
- unbekannt



© AGRAR-ATLAS 2019 / UMWELTBUNDESAMT

Ungefähr die Hälfte der heimischen Falter gilt als gefährdet. Der Landwirtschaft kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, die 2020-Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie Österreichs von 2014 zu erreichen.

Seit vielen Jahren gibt es das Agrarumweltprogramm ÖPUL, das „Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft“, das zur einen Hälfte über die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU finanziert wird, zur anderen von Bund und Ländern im Verhältnis 60 zu 40. Recht wirksam ist die ÖPUL-Maßnahme „Naturschutz“ für extensive wertvolle Flächen. Bedauerlicherweise ist deren Akzeptanz besonders in der Steiermark und in Oberösterreich gering.

Weiters konnte die Maßnahme „Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung“ (UBB) wichtige Akzente setzen. Weitere Maßnahmen sind zum Beispiel biologischer Landbau, Zwischenfrüchte und Winterbergrünung („Immergrün“), Erosions- und vorbeugender Gewässerschutz, Silageverzicht, späterer Mahdzeitpunkt, die Bewirtschaftung von Bergmähwiesen und die Erhaltung gefährdeter Nutztierassen. Seit 2014 wird bei der Agrarförderung auch der Erhalt von Landschaftselementen wieder forciert, deren weiterer Verlust auf mittlerweile niedrigem Niveau nahezu gestoppt werden konnte. Jedoch haben die potenziell effektiven ÖPUL-Maßnahmen wegen der flächen-

In Österreich werden jährlich mehr als 4.000 Tonnen reine Pestizidwirkstoffe verkauft. Bemühungen um weniger Verbrauch senkten den Absatz nicht nachhaltig

Die meisten österreichischen Lebensräume befinden sich in ungünstigem, knapp die Hälfte in der kontinentalen Region sogar in schlechtem Zustand

mäßig unzureichenden Umsetzung noch keine Trendumkehr beim Verlust der Biodiversität bewirkt.

Für Österreich gilt wie für die ganze EU: Der mit Abstand größte Teil der finanziellen Fördermittel wird immer noch für Flächenprämien gezahlt. An diese sind keine Maßnahmen geknüpft, um Ökologie und Biodiversität zu fördern. Mit dieser Konstruktion widersprüchlicher Zielsetzungen hat die GAP es bisher nicht geschafft, die Biodiversität in der Agrarlandschaft zu erhalten. ●

DIE PESTIZIDE BOOMEN

Wirkstoffmengen in Verkehr gebrachter Pflanzenschutzmittel in Österreich, in Tonnen



Angaben weichen geringfügig von Eurostat-Daten ab

© AGRAR-ATLAS 2019 / STATISTA

PESTIZIDE

NEUE IDEEN MIT WENIGER CHEMIE

Der Gemeinsamen Agrarpolitik fehlen Instrumente, um den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich zu verringern. Außerdem gibt es zu viele Ausnahmen. Die verkauften Mengen in der EU sind seit Jahren konstant.

In der Landwirtschaft der Europäischen Union werden jährlich große Mengen an Chemikalien eingesetzt. Genaue Daten über die Menge hat die EU nicht erfasst. Sie berichtet zwar von rund 391.000 Tonnen Wirkstoffen für das Jahr 2015. Doch diese Zahlen enthalten auch Kohlendioxid – das für den Schutz von Vorräten eingesetzt wird – sowie Verkäufe außerhalb des Agrarsektors, zum Beispiel für die Forstwirtschaft.

Den größten Anteil an den Verkäufen haben die Fungizide, also Pflanzenschutzmittel gegen Pilze, gefolgt von den Herbiziden, die gegen Beikräuter eingesetzt werden, von vielen immer noch „Unkräuter“ genannt. Auf diese beiden Gruppen zusammen entfallen in den meisten EU-Ländern über 80 Prozent der verkauften Menge. Insektizide schließlich sollen Tiere in ihren verschiedenen Entwicklungsstadien abtöten.

In vielen Ländern der EU ist der Pestizidabsatz in den vergangenen 15 Jahren recht konstant. Ausreißer nach oben und unten sind Polen und Dänemark. In Polen stieg die verkaufte Menge seit dem Beitritt zur EU um das Dreifache. In Dänemark haben sich die Verkäufe zwischen 2013 und 2015 nach einer Anpassung der Pestizidsteuer halbiert. Allerdings ist die Aussagekraft von Mengenangaben begrenzt. So hat auch in Großbritannien im Laufe der vergangenen Jahrzehnte der Verbrauch um fast 50 Prozent abgenommen. Doch bei gleich gebliebener landwirtschaftlicher Nutzfläche hat sich die behandelte Fläche verdoppelt – und die Anwendung sehr giftiger Pestizide seit 2007 vervielfacht.

Nach Flächeneinsatz führen die Herbizide. Fast jeder konventionell produzierende Betrieb setzt sie mindestens einmal im Jahr ein. Am häufigsten werden Fungizide im Obst- und Zierpflanzenanbau angewandt. In diesen Kulturen kann eine Fläche mehr als 30-mal pro Jahr gespritzt werden.

Die Auswirkungen des intensiven Pestizideinsatzes sind vielfältig. Er führt zu hohen Kosten für die Allgemeinheit: Rückstände in Lebensmitteln müssen überwacht, Grundwasser muss gereinigt werden, um es trinkbar zu machen. In Gewässern mit hohen Pestizidkonzentrationen verschwinden sensible Arten. Der flächendeckende Einsatz von Herbiziden lässt nach und nach das „Unkraut“ verschwinden und zerstört so die Lebensräume und Nahrungsquellen für Insekten und Vögel. Die biologische Kontrolle von Schädlingen durch Nützlinge gerät damit in Gefahr. Kürzlich schränkte die EU die Verwendung von drei Insektiziden stark ein. Sie stehen im Verdacht, besonders den Bienen zu schaden und verantwortlich dafür zu sein, dass Insektenpopulationen zusammengebrochen sind.

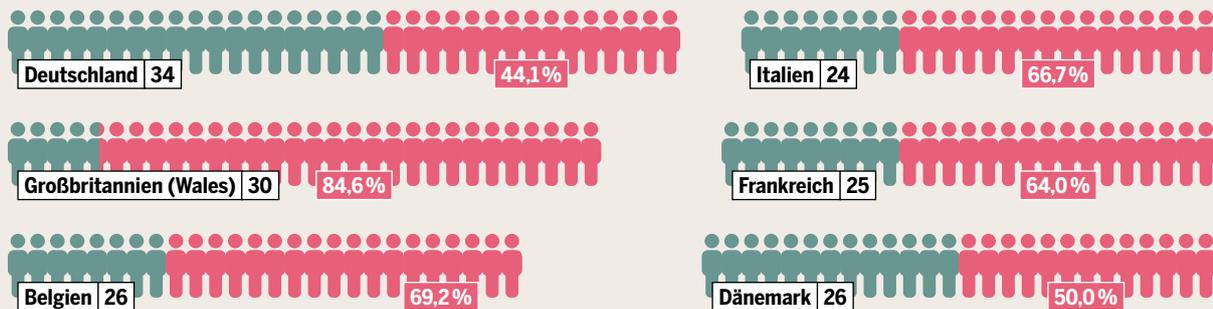
Außerdem ermöglichen Pestizide eine Landwirtschaft, die ökologische Schäden mit sich bringt: Auf großen Flächen können Monokulturen angebaut werden, während vielfältige Fruchtfolgen entfallen. Seit 2015 verlangt die EU daher, dass Betriebe mit einer Ackerfläche von mehr als zehn Hektar mindestens zwei, ab 30 Hektar mindestens drei Fruchtarten anbauen müssen. Das deutsche Umweltbundesamt hält diese Vorschrift für wirkungslos. Denn die EU hat ein Schlupfloch eingebaut: Auf 75 Prozent der Flächen eines Betriebs gilt diese Regel nicht. Dort werden Monokulturen geduldet. Wünschenswert wäre, diese Quote auf 50 Prozent zu senken.

Die schnell wachsenden menschlichen Haare dienen häufig dem aktuellen Nachweis von Chemikalien. Die hohen Trefferquoten zeigen die Allgegenwärtigkeit der Pestizide

SCHADSTOFFE BIS IN DIE SPITZEN

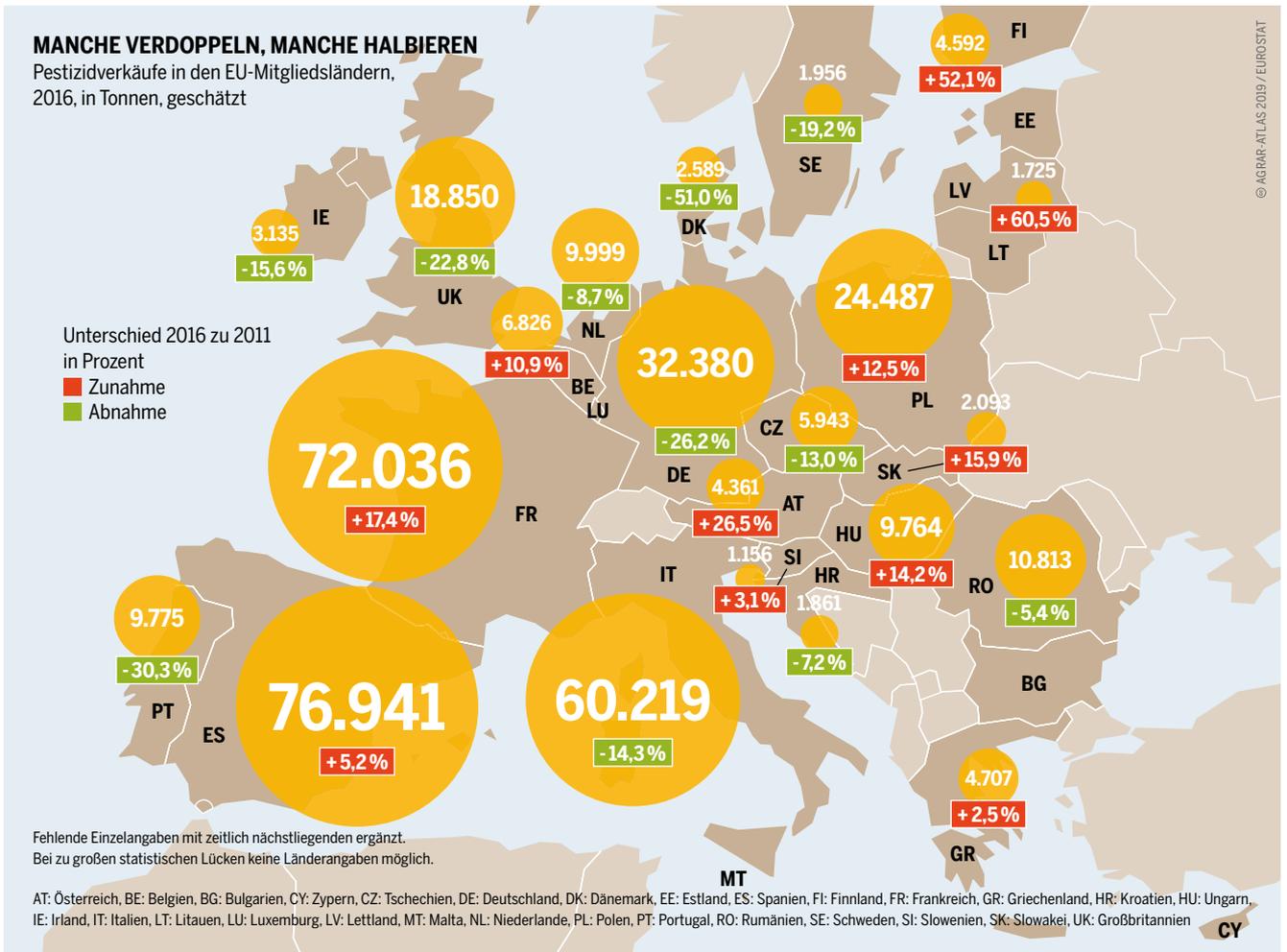
Rückstände von 15 Pestiziden in Haarproben von 148 Freiwilligen in sechs EU-Ländern, 2018, Zahl der Getesteten und Anteil der belasteten Proben je Herkunftsland

■ unbelastet ■ belastet



Die Anreicherungen im Haar erlauben keine Rückschlüsse auf unmittelbar gesundheitsgefährdende Kontaminationen.

© AGRAR-ATLAS 2019 / IRES



In der gegenwärtigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) führt keine Maßnahme und kein Programm dazu, den Einsatz von Pestiziden deutlich zu verringern. Ausnahme: Betriebe mit über 15 Hektar Ackerfläche müssen seit 2015 fünf Prozent ihrer Fläche als „ökologische Vorrangflächen“ behandeln. Die meisten melden Felder für den Anbau stickstoffbindender Pflanzen oder von Zwischenfrüchten sowie brachliegende Flächen. Mühsamer Erfolg für den Umweltschutz: Der Einsatz von Pestiziden auf solchen Flächen ist seit Januar 2018 verboten.

Insgesamt wird der Pestizideinsatz nur sinken, wenn die Betriebe ihre Anbausysteme umstellen. Die EU-Agrarpolitik könnte daher erfolgreicher sein, wenn ihre Förderung an strenge Maßnahmen geknüpft würde, sei es, dass Betriebe vollkommen oder nur zum Teil auf Pestizide verzichten. Doch um sinnvolle Anreize zu entwickeln, müssten zuerst klare Ziele definiert werden. Sollen weniger Herbizide ins Wasser gelangen, stünde der Maisanbau im Fokus. Soll statt des chemischen der biologische Pflanzenschutz ausgebaut werden, müssten Nützlinge gestärkt werden.

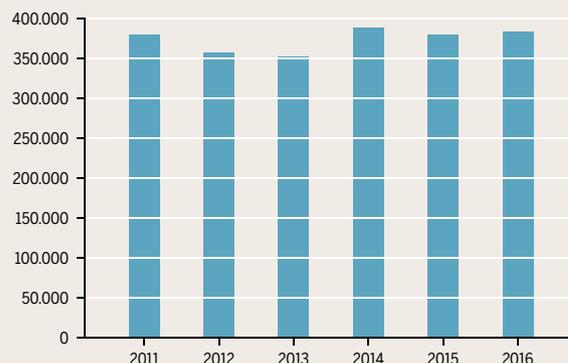
Eine Bedingung für die Förderung könnte sein, in Monokulturen ab einer bestimmten Größe Streifen festzule-

Wo viel Landwirtschaft betrieben wird, sind die Pestizidverkäufe hoch. Meist sind es Pflanzenschutzmittel gegen Pilze und Beikräuter

gen, die frei von Pestiziden und Düngern bleiben müssen – etwa alle 50 Meter ein fünf Meter breiter Abschnitt. Um die Biodiversität auf großen Ackerflächen zu „renaturieren“, wäre ein pestizidfreier Getreideanbau wünschenswert. Selbst wenn dies für nur 50 Prozent gälte, wäre es ein Fortschritt. ●

FAST KONSTANT

Verkaufte Pestizidmengen in der EU, Tonnen Wirkstoff, geschätzt



Das Wetter sorgt für kurzfristige Schwankungen bei der Pestizidnachfrage. In der Landwirtschaft ist jedoch die Behandlung der Monokulturen das Dauerproblem

TIERHALTUNG IN DER EU

GELDER FÜR DEN UMBAU

Die EU zahlt hohe Summen als pauschale Flächenprämien. Dieses Geld fehlt für den teuren, aber dringend benötigten Umbau der Tierhaltung. Dessen Förderung könnte aus der Einsparung der Pro-Hektar-Zahlungen finanziert werden.

Die Nutztierhaltung hat mit etwa 40 Prozent einen erheblichen Anteil am landwirtschaftlichen Produktionswert der EU. Dabei ist dieser Anteil zwischen den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich und liegt zwischen 21 Prozent in Rumänien und 75 Prozent in Irland. Ebenfalls sind der Viehbesatz pro Flächeneinheit und die damit verbundenen Probleme sehr unterschiedlich. Starke regionale Konzentrationen gibt es in den Niederlanden, dem Nordwesten Deutschlands und Frankreichs sowie dem Norden Italiens. Neben den daraus folgenden Problemen für die Umwelt gibt es erhebliche Defizite im Tierwohl. Zwar wurden sie bisher in der EU noch nicht systematisch erfasst. Aber Einzelstudien belegen beispielsweise, dass Mastschweine häufig an Gelenkerkrankungen leiden, Rinder lahmen und sich die Fußballen bei Mastgeflügel verändern.

Umfragen zeigen, dass 82 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger der Auffassung sind, dass mehr für den Tiererschutz in der Nutztierhaltung getan werden sollte. Diese Auffassung ist in der gesamten EU weit verbreitet, von 58 Prozent in Luxemburg bis hin zu 94 Prozent in Portugal. Die Kosten für Deutschland hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik geschätzt, der dem deutschen Ernährungs-

und Landwirtschaftsministerium zugeordnet ist: Eine deutliche Erhöhung des Tierwohls in Deutschland kostet drei bis fünf Milliarden Euro jährlich und damit etwa 13 bis 23 Prozent der heutigen Produktionskosten.

Doch weder die EU noch die Regierung eines Mitgliedslandes hat bisher eine politische und wirtschaftliche Strategie vorgelegt, die die Dimension dieser Herausforderung anerkennt. Wegen der starken regionalen Unterschiede sind Schritte und Pläne auf nationalstaatlicher Ebene erforderlich. Für sie sollte die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einen angemessenen Rahmen bieten.

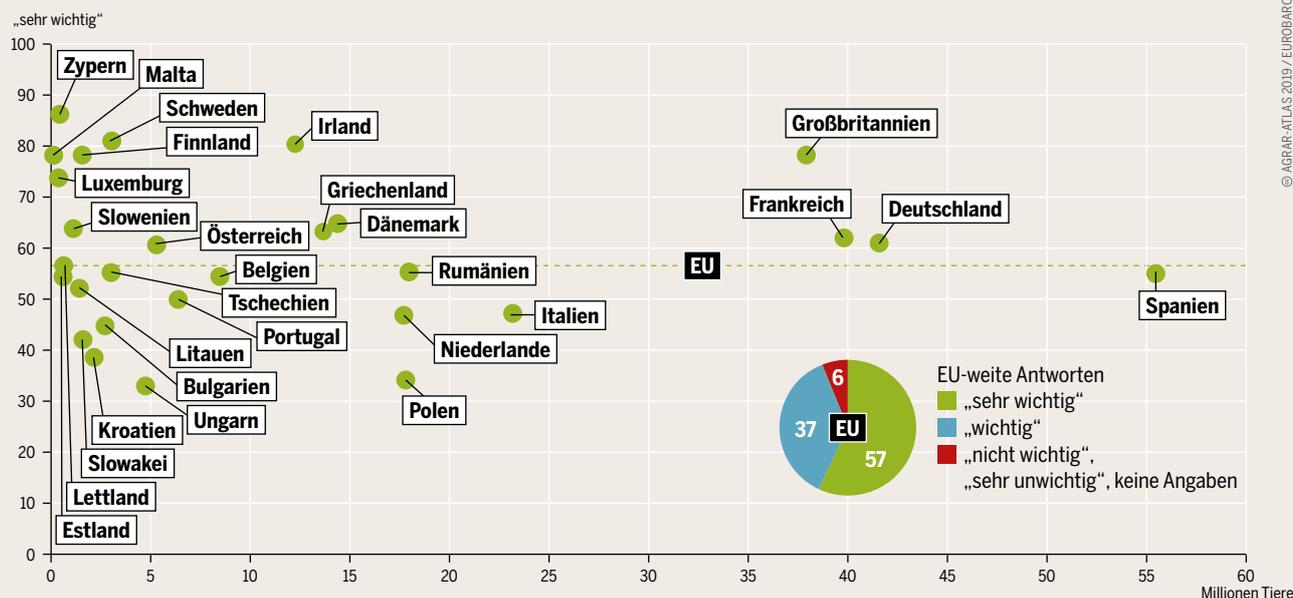
Tatsächlich aber ist die GAP mit ihren pauschalen Direktzahlungen vor allem auf die Flächen ausgerichtet und kaum an den Leistungen der Landwirtschaft orientiert. Zwar gäbe es schon heute im Rahmen der zweiten Säule der GAP die Möglichkeit, jährliche Prämien für besonders tiergerechte Haltungen zu gewähren. Das ist beispielsweise für Weidhaltung, für mehr Bewegungsraum oder für die Bereitstellung von Beschäftigungsmaterialien denkbar. Doch diese Option wird kaum genutzt.

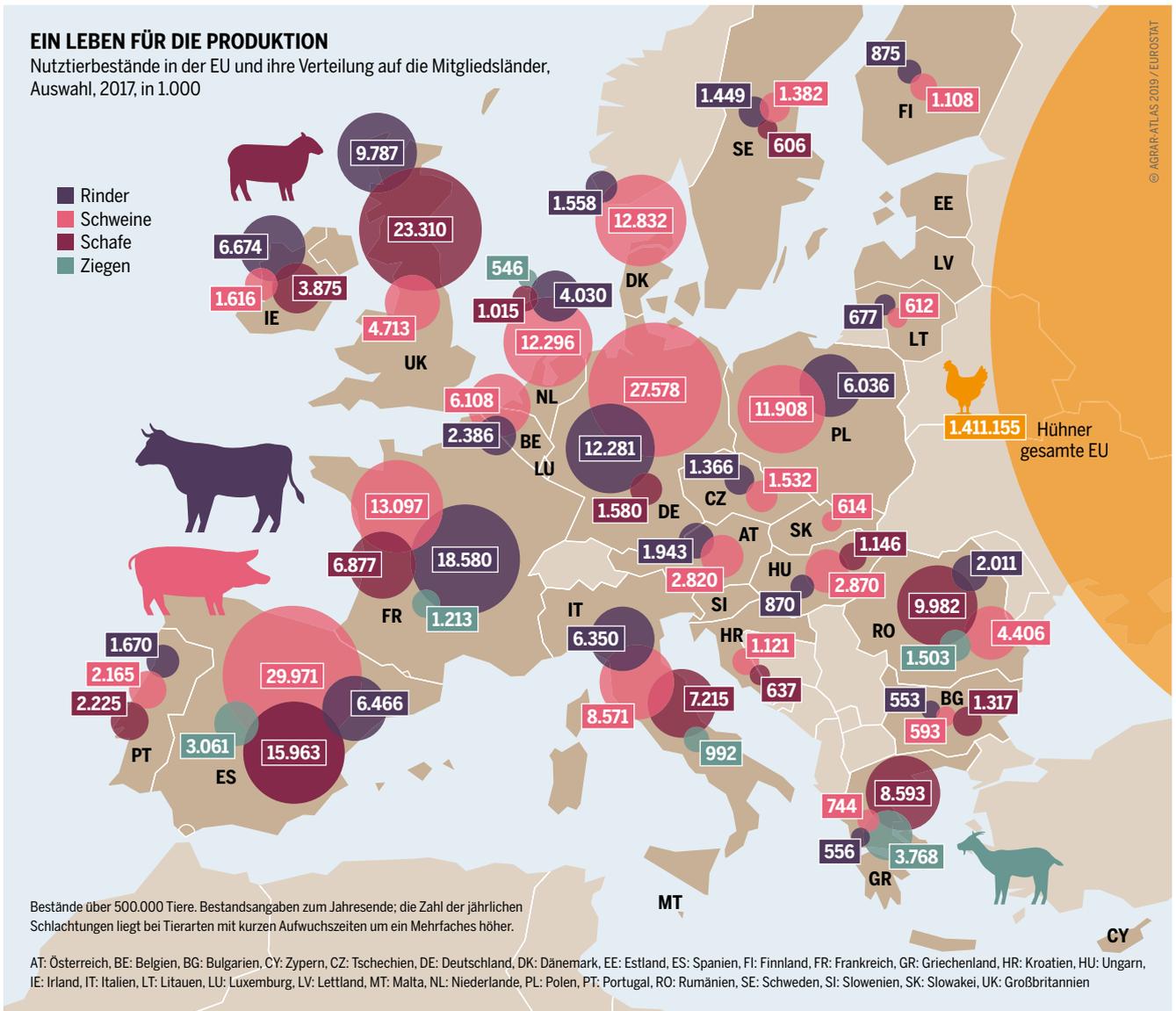
In der gesamten EU werden von 2014 bis 2020 aus der zweiten Säule nur etwa 1,5 Prozent der Mittel für Tierwohlprämien ausgegeben. Auch in Deutschland liegt ihr Anteil bei unter zwei Prozent. Die EU zahlt jährlich etwa 205 Millionen Euro aus, in Deutschland sind es etwa 35 Millionen. Zum

Auch in den EU-Ländern mit bedeutender Fleischproduktion verlangt eine Mehrheit der Bevölkerung, das Tierwohl zu beachten

TIERWOHL UND TIERZAHL

Antwort „sehr wichtig“ auf eine Eurobarometer-Umfrage zur Bedeutung des Tierwohls, in Prozent der Befragten, und Bestand der Tiere (Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen) in den EU-Ländern, Meldungen zwischen 2015 und 2017, in Millionen





Vergleich: Die pauschalen Flächensubventionen liegen in der EU bei etwa 40 Milliarden Euro, in Deutschland bei fünf Milliarden.

Der Vergleich zeigt, wie wenig sich das Agrarbudget an den Leistungen und Herausforderungen der Landwirtschaft orientiert. Dabei steht gerade die Nutztierhaltung vor großen Herausforderungen. Die Anforderungen in den Bereichen Grundwasser- und Oberflächengewässerschutz, Klimaschutz, Biodiversitätsschutz und Tierschutz steigen.

Diese Anforderungen können nicht nur durch zusätzliche Auflagen und Kontrollen, also ordnungsrechtlich durchgesetzt werden. Denn dies würde zu einer deutlichen Erhöhung der Produktionskosten führen und aufgrund des internationalen Wettbewerbs zu mehr Importen von günstigen Produkten, für die in ihren Herkunftsländern keine strengen Auflagen gelten. So besteht die Gefahr, dass die Umwelt- und Tierschutzziele verfehlt werden. Hingegen könnte das Budget der GAP genutzt werden, um einen Teil der Kosten aufzufangen, die entstehen, wenn Betriebe die an eine verbesserte Tierhaltung gestellten Anforderungen erfüllen.

Leider lassen die gegenwärtigen Reformvorschläge der EU-Kommission für die GAP nach 2020 keine grundsätzliche

Eine deutlich verbesserte Haltung der Milliarden Nutztiere in der EU würde die Erzeugerpreise um ein Zehntel bis ein Fünftel verteuern

Abkehr von pauschalen Flächensubventionen erkennen. Falls es bei den vorgeschlagenen Direktzahlungen bleibt, sind dennoch einige konkrete Schritte zugunsten der Tiere möglich. Erstens sollte, damit überhaupt mehr Geld für die Entlohnung von Leistungen zur Verfügung steht, ein Höchstanteil für den Sockel der EU-Zahlungen, die sogenannte Einkommensgrundstützung, festgelegt werden. Zweitens müssten die „Regelungen für Klima und Umwelt“ einen Mindestanteil an den EU-Zahlungen zugesprochen bekommen, und der Tierschutz sollte dort ausdrücklich aufgenommen werden. Drittens sollte die Möglichkeit, einen Teil der Direktzahlung an die Produktion zu koppeln, abhängig von Gemeinwohlleistungen sein, etwa der Weidewirtschaft, die dem Tierwohl dient. Und über allem steht auch hier: Bei einer etwaigen Kürzung des Agrarhaushalts sollten nicht, wie gegenwärtig von der Kommission vorgeschlagen, vor allem die Mittel im Bereich der zweiten Säule mit ihren Programmen zusammengestrichen werden, sondern die Direktzahlungen. ●

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT IN ÖSTERREICH

ZUM BEISPIEL MILCH UND FLEISCH

Manche Konzepte der Ernährungssicherheit blenden Herstellungsmethoden und internationale Auswirkungen aus. Ernährungssouveränität achtet hingegen darauf, wie Ernährungssicherheit erreicht wird.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU war seit ihrem Beginn 1962 auf die kostengünstige Versorgung mit Lebensmitteln ausgelegt, also auf Ernährungssicherheit. Dies führte zu einem ressourcenintensiven Hochleistungssystem in der Landwirtschaft, das von der Agrarlobby als alternativlos dargestellt wird. Doch Zivilgesellschaft und Wissenschaft verweisen auf ein agrarökologisches Modell als Alternative, das dezentral und weniger auf Naturverbrauch ausgerichtet ist und das Ernährungssicherheit durch Ernährungssouveränität anstrebt.

Ernährungssouveränität bedeutet mehr als den Vorrang für lokale Lebensmittelproduktion. „Lokal“ führt bei der Produktion von Milch und Fleisch sogar oft in die Irre: Österreich importierte im Wirtschaftsjahr 2014/15 765.000 Tonnen Eiweißfuttermittel; 2017 betrug der Wert importierter Futtermittel 694 Millionen Euro. Österreich und viele weitere EU-Staaten exportieren zunehmend mehr Milch- und Fleischüberschüsse, die mit diesen Eiweißimporten produziert wurden. Diese Waren können, hier subventioniert, sogar billiger sein als lokale Produkte in den Zielländern, wodurch deren lokale Märkte bedroht werden.

Ernährungssouveränität umfasst nicht nur die Sicherung der Ernährung, sondern auch, wie und zu wessen

Gunsten Produktion, Verteilung und Konsum sowie Export und Import von Lebensmitteln ausgestaltet sind. Dieser Ansatz konzentriert sich auf die Interessen und Bedürfnisse der Menschen, die Nahrung produzieren und konsumieren. Er wurde von der internationalen kleinbäuerlichen Bewegung La Via Campesina geprägt und setzt das Recht auf Mitbestimmung und die Möglichkeit zu dieser voraus.

Auf die Milchwirtschaft in Österreich angewendet, würde eine agrarpolitische Ausrichtung auf Ernährungssouveränität bedeuten, dass sich die Milchverarbeitung nicht auf immer weniger große Unternehmen konzentriert, die ihre strukturellen Überschüsse global vermarkten. Stattdessen sollte eine möglichst dezentrale Verarbeitung und Versorgung mit qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Milchprodukten zu kostendeckenden Preisen ermöglicht werden. Mengen und Märkte werden dann nach demokratischen, sozialen und ökologischen Kriterien reguliert. Die Mitbestimmung und Unabhängigkeit von Produzentinnen und Produzenten, aber auch von Konsumentinnen und Konsumenten wäre erheblich größer als heute, und sie entspräche einer Versorgungssicherheit, die nicht auf Kosten anderer Länder, der Bauern und Bäuerinnen und der Umwelt geht.

Demgegenüber würde eine konsequente agrarpolitische Ausrichtung auf Ernährungssicherheit über industrielle Landwirtschaft mit möglichst hohen Erträgen am Beispiel

Orientiert sich die Fleischherstellung an den Bedürfnissen kleinerer Tierhaltungen, kann die Umstellung von Groß- auf Kleinbetriebe auch gegen den Klimawandel wirken

ZUKUNFT FÜR DAS FLEISCH

Ausprägungen und Auswirkungen der Tierhaltung in verschiedenen Landwirtschaftssystemen, Auswahl, Modell nach Reinform

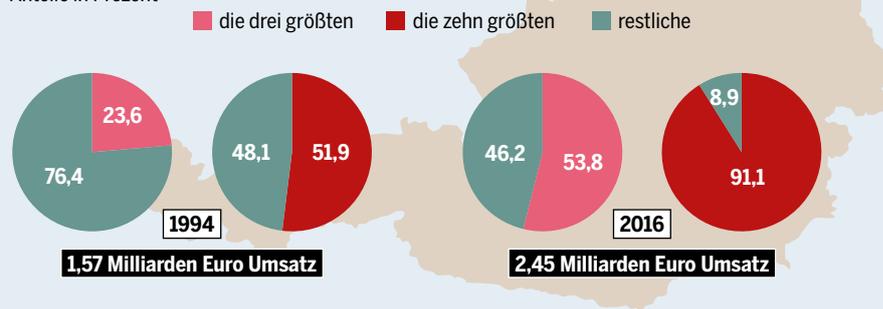


© AGRAR-ATLAS 2019 / GRAIN. IATP. FORSTER. SCHERMER

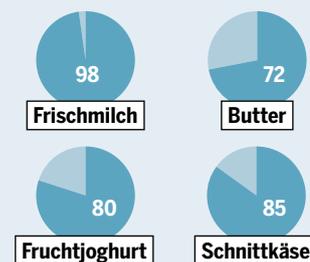
UNGLEICHGEWICHTIGE GESCHÄFTE MIT TIERISCHEN PRODUKTEN

Markt- und Lieferverhältnisse bei Milch- und Fleischprodukten in Österreich

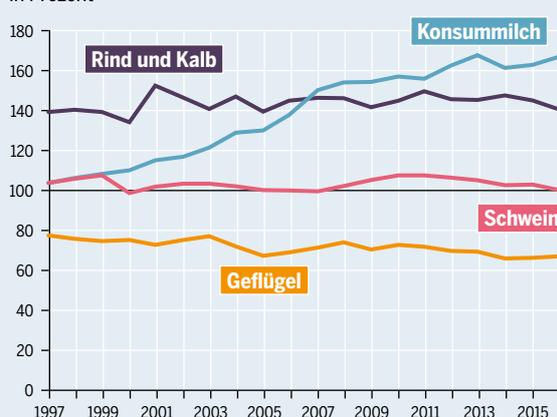
Konzentration unter den Molkereien in Österreich, Anteile in Prozent



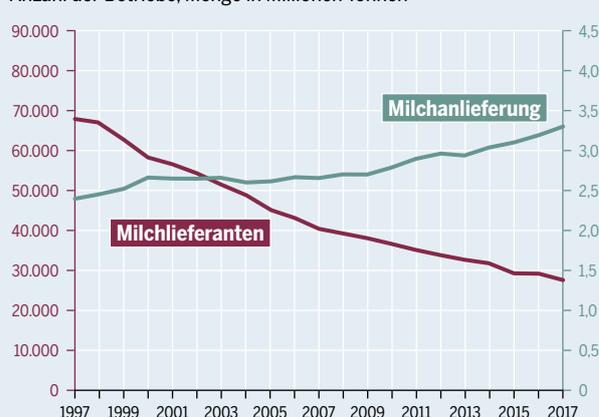
Marktanteil des Raiffeisenverbandes nach Produkten, in Prozent



Selbstversorgungsgrad bei Konsummilch und Fleisch, in Prozent



Milchlieferanten und Milchanlieferung, Anzahl der Betriebe, Menge in Millionen Tonnen



© AGRAR-ATLAS 2019 / GE, MGM, VOM, ÖRV

der Milchproduktion in Österreich bedeuten, dass die Offenhaltung von Almflächen und die Nutzung ökonomisch wenig ertragreicher Flächen keinen Platz mehr hätten. In den verbleibenden Großbetrieben wird Gülle von einer wertvollen Nährstoffressource zu einem Entsorgungsproblem und führt zu Überdüngung sowie Grundwasserverschmutzung. Die Steigerung der Milchmenge, die niedrigen Erzeugerpreise, die wachsende Abhängigkeit von wenigen, großen Molkereien und deren Exportinteressen bringen die landwirtschaftlichen Betriebe unter Druck. Die Wertschöpfung verlagert sich noch stärker zu den vor- und nachgelagerten Industrien und zum Handel. Letztlich werden viele Ressourcen eingesetzt, die nicht erneuerbar sind und zudem ökologische Schäden verursachen, die mit Steuergeldern ausgeglichen werden müssen oder „unrepariert“ bleiben.

Daher kann ein solches Agrarsystem langfristig nicht nachhaltig global angewandt werden. Doch das System entwickelt sich EU-weit in diese Richtung. Die flächenbezogenen Zahlungen in der GAP befeuern die negativen Entwicklungen und beschleunigen den Strukturwandel. Auch in Österreich zeigen sich die Auswirkungen der schrittweisen Industrialisierung: Wir erleben gerade einen radikalen Umbruch der Milchwirtschaft, maßgeblich beeinflusst durch die Big Player aus Handel und Industrie.

Einen anderen Ansatz bietet die agrarökologische Produktionsweise. Am Beispiel der Milchproduktion würde eine solche Ausrichtung der GAP bedeuten, dass die Kühe

Die Anzahl der Milchbetriebe sinkt, die Marktmacht von Molkereien und Handel steigt, durch Überproduktion steigen Exporte und Preisdruck für die Erzeuger

wieder hauptsächlich mit betriebseigenem Grundfutter, dem Gras und Heu der Wiesen und Almweiden, gefüttert werden. Generell würde der Flächenertrag in der EU voraussichtlich unter dem derzeitigen Ertrag der konventionellen Landwirtschaft liegen, allerdings verringert sich gleichzeitig der ökologische Rucksack etwa bei Treibhausgasen, Düngereinsatz und Wasserverbrauch. Die externen Kosten für die Gesellschaft würden sinken. Eine Reduktion des Fleischkonsums würde wesentlich zur Entlastung führen – und wäre auch gesünder.

Wir müssten mit unseren agrarisch wertvollen Flächen also besser umgehen und sie vor weiterer Verbauung und Versiegelung schützen. Eine Förderung, die sich auf die Arbeitskraft und Agrarökologie statt auf die Fläche bezieht, unterstützt Kleinbetriebe. Gegenüber den zunehmenden Wetterextremen durch den Klimawandel zeigt sich dieses System oft robuster als das konventionelle. Auch hier werden Zuchtfortschritte und Effizienzsteigerungen erzielt, wenn entsprechende Forschungsgelder bereitgestellt werden: durch Wissensgewinn, agrarökologische Mechanisierung oder Digitalisierung im Rahmen bäuerlicher Souveränität. Die Welt zu ernähren geht sich mit beiden Ansätzen auch 2050 aus. Wir müssen entscheiden, wie wir lieber leben. ●

DÜNGER

WENN ÄCKER WASSER SCHÜTZEN

Zu viel Nitrat im Wasser führt zu ökologischen, ökonomischen und gesundheitlichen Schäden. Gewässerschutz und Agrarpolitik können dies bisher nicht verhindern, weil sie nicht richtig miteinander verzahnt sind. Und es mangelt an Kontrollen.

Die Nitratrichtlinie von 1991 zielt darauf ab, Grund- und Oberflächengewässer in der EU vor Stickstoff-Verunreinigungen aus der Landwirtschaft zu schützen. Die Richtlinie hatte anfangs eine gute Bilanz. Von 2004 bis 2007 blieben die Nitratkonzentrationen in 70 Prozent der Messstationen für Oberflächengewässer stabil oder verringerten sich. Die Qualität des Grundwassers blieb in zwei Dritteln der Messstationen auf demselben Niveau oder verbesserte sich sogar. Doch trotz dieser guten Anfangsbilanz ist in vielen Regionen Europas das Grundwasser stark mit Nitrat belastet. Zwischen 2012 und 2015 überschritten 13,2 Prozent der Messstationen den Trinkwasser-Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter. In den großen EU-Ländern Deutschland und Spanien, aber auch im kleinen Inselstaat Malta sind die Nitratwerte besonders hoch. Ist der Grenzwert überschritten, kommt es zu ökologischen, ökonomischen und gesundheitlichen Schäden.

Die Gründe für die hohen Werte sind vielfältig. In der intensiven Tierhaltung beispielsweise wird zu viel Vieh gehalten, sodass die entstehende Gülle nicht von den Pflanzen oder vom Boden aufgenommen werden kann. Auch der intensive Ackerbau trägt zum Problem bei. Einige Pflanzen werden kurz vor der Ernte noch gedüngt, obwohl sie den Stickstoff nicht mehr vollständig verwerten können. In Bulgarien, das erst seit 2007 zur EU gehört, hat sich inner-

halb von zehn Jahren der Stickstoffverbrauch verdoppelt. In Deutschland gehen die hohen Werte meist auf die Tierhaltung zurück. Grund ist der Nährstoffüberschuss, der beim Import von Futtermitteln entsteht. In der ganzen EU werden die meisten Tiere mit Soja gemästet. Allein 2017 führten die Futtermittelkonzerne knapp 33 Millionen Tonnen Sojabohnen und -schrot in die Europäische Union ein.

Der Stickstoff, der von den Pflanzen nicht genutzt wird, kann ins Wasser gelangen und dazu führen, dass Bäche und Seen überdüngt werden. Als Nitrat belastet er das Grundwasser. Die Überdüngung der küstennahen Gewässer gehört zu den großen Herausforderungen im Meeresschutz. Betroffen sind fast die gesamte Ostsee sowie das Wattenmeer der Nordsee. Aber auch das natürlicherweise nährstoffarme Mittelmeer wird an vielen Stellen durch Nährstoffeinträge belastet. Stark betroffen sind insbesondere die Küstengebiete im nördlichen Mittelmeer.

Die aus Düngemitteln stammenden Nährstoffe werden über die Flüsse eingespült. Auch Futterreste und Kot aus marinen Aquakulturen tragen zur Überlastung mit Nährstoffen bei. Im überdüngten Meer wachsen dann mehr Algen, was zu Algenblüten und Sauerstoffmangel führt. Der Lebensraum Meer verändert sich. Viele Arten können unter diesen Bedingungen nicht mehr existieren, während wenige, unempfindlichere Arten nun dazu neigen, sich stark zu vermehren.

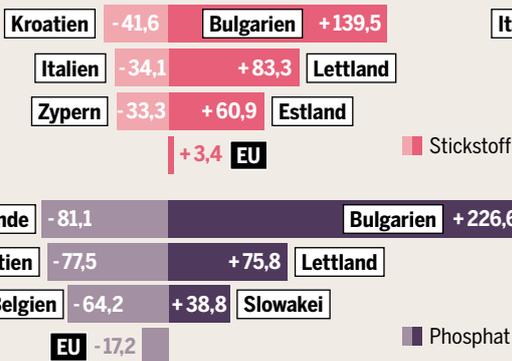
Um die Überdüngung einzudämmen, steht in der EU eine Reihe Instrumente bereit, die jedoch nicht ausreichend eingesetzt werden. Mit der finanziell gut ausgestat-

Es wird weniger Phosphat gedüngt. Doch beim Stickstoff steigt der Verbrauch, die einen streuen mehr, als die anderen sparen

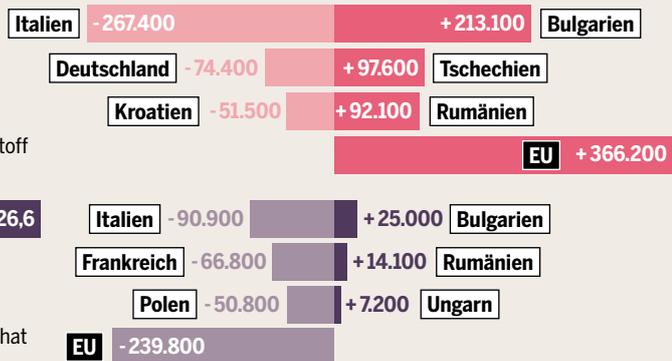
NÄHRSTOFFE VON DER INDUSTRIE

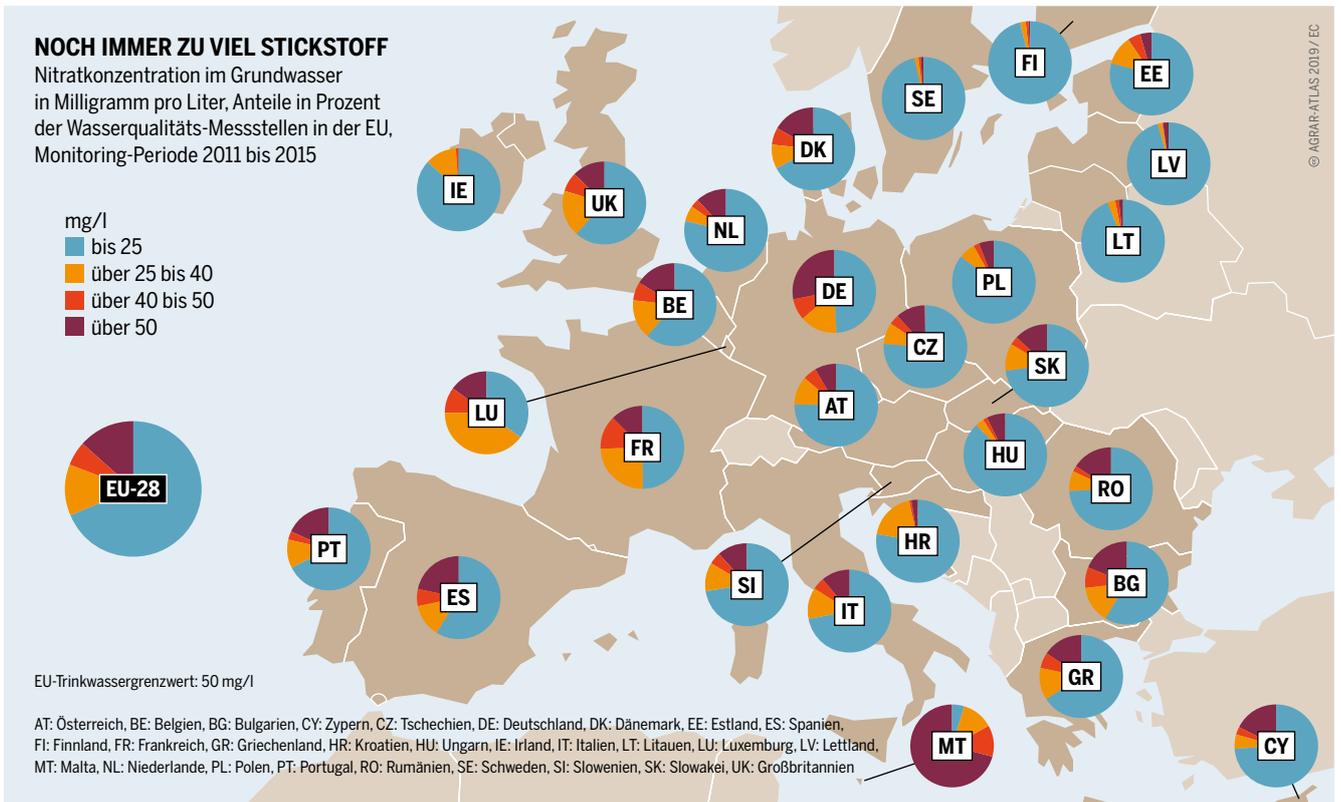
Verbrauch mineralischer Dünger in der Landwirtschaft, Veränderungen von 2006 zu 2016 in Prozent und nach Menge, EU und jeweilige Top 3 der Mitgliedsländer

größte Senkung und größte Steigerung, in Prozent



größte Senkung und größte Steigerung, in Tonnen





teten und damit potenziell wirkungsvollen EU-Agrarpolitik werden sie leider gar nicht verzahnt. Das betrifft zum Beispiel die Wasser- und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.

Während einige EU-Mitgliedsstaaten wenig tun, um das Nitratproblem in den Griff zu bekommen, gehen andere beispielhaft voran. In Dänemark half eine schärfere Gesetzgebung mit detaillierten Vorgaben zum Einsatz von Dünger und der Pflicht zur Dokumentation. In Belgien, Dänemark und den Niederlanden schreibt das Gesetz eine umweltfreundlichere Ausbringungstechnik vor. In den Niederlanden darf in bestimmten Regionen nur eine vorher festgelegte Menge Dünger pro Hektar eingesetzt werden. Aus diesem Grund reduzieren die Agrarbetriebe ihren Tierbestand.

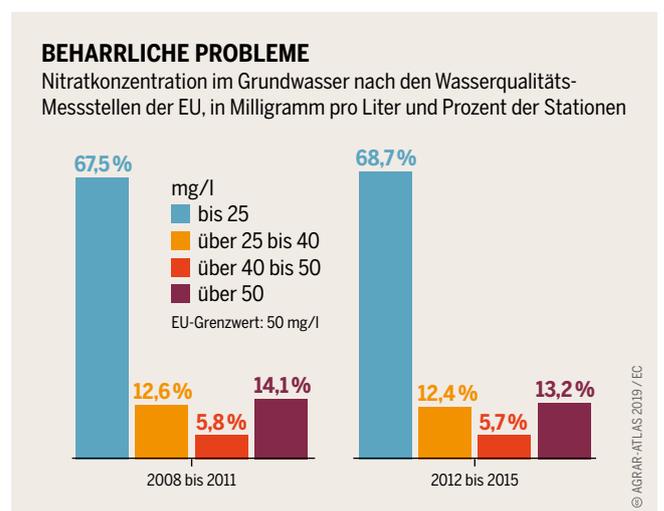
Solche nationalen Regelungen können jedoch nur wirken, wenn der Gewässerschutz mit der europäischen Agrarpolitik koordiniert wird. Darüber hinaus sind mehr Kontrollen nötig. Nach EU-Recht müssen nur ein Prozent der die Subventionen empfangenden Betriebe vor Ort kontrolliert werden. Stellt die Behörde einen Verstoß fest, werden die Fördermittel, die dem Empfänger oder der Empfängerin zustehen, lediglich um bis zu fünf Prozent gekürzt. Das ist wenig abschreckend. Ohnehin sind die EU-Mittel nicht daran gebunden, ob umweltfreundlicher gewirtschaftet und Stickstoffeinträge vermieden werden.

Die zukünftige GAP muss eine umweltfreundliche und artgerechtere Tierhaltung fördern. Werden gleichzeitig die Tierbestände reduziert, kann dies den Gewässerschutz deutlich verbessern. Ein Kriterium für die Förderung muss

Vor allem tierische Gülle gefährdet das Grundwasser. Bei großen Beständen ist ein gutes Düngermanagement zwingend

sein, dass nur so viele Tiere gehalten werden dürfen, wie die eigenen Flächen ernähren und auch deren Dünger komplett nutzen können. Insbesondere muss diese Tierhaltung darauf basieren, Wiesen und Weiden zu nutzen, und nicht darauf, Getreide zu verfüttern. Extensive Weidetierhaltung – gerade von Rindern – gehört genauso dazu wie der Ausbau der Schaf- und Ziegenhaltung. Wenn sich ein Betrieb nicht an die EU-Vorgaben zum Erhalt der Böden, der Gewässer und der Reinhaltung der Luft hält, sollten ihm die Zahlungen deutlich wirkungsvoller als bisher gekürzt werden. Um diese Verstöße überhaupt feststellen zu können, brauchen die Kontrollbehörden mehr Personal und Geld. ●

Nur langsam wird das Grundwasser sauberer. Den Rückgang der Schadstoffeinträge findet auch die EU-Kommission zu langsam



ORGANISCH UND DYNAMISCH

Das anhaltende Wachstum der biologischen Landwirtschaft geht auf die Nachfrage der Kundinnen und Kunden zurück. Staatliche Fördermaßnahmen helfen dabei. Aber die EU honoriert die Umweltleistungen dieser Wirtschaftsmethode noch zu wenig.

Im Unterschied zur konventionellen Landwirtschaft verwendet die biologische Landwirtschaft keine chemisch-synthetischen Pestizide, keine leicht löslichen Mineraldünger und keine gentechnisch veränderten Organismen. In der Tierhaltung gelten strenge Vorschriften zum Auslauf und zum Einsatz von Futtermitteln. Der landwirtschaftliche Betrieb wird als Ökosystem betrachtet, in dem die selbstregulierenden Kräfte aufeinander abgestimmt sein müssen. Innerhalb der EU werden biologische Produkte nach den unionsweiten Rechtsvorschriften produziert. Auf nationaler Ebene setzen Ökolandbau-Verbände zusätzliche Standards, die im Vergleich zur EU-Gesetzgebung oft noch strenger sind.

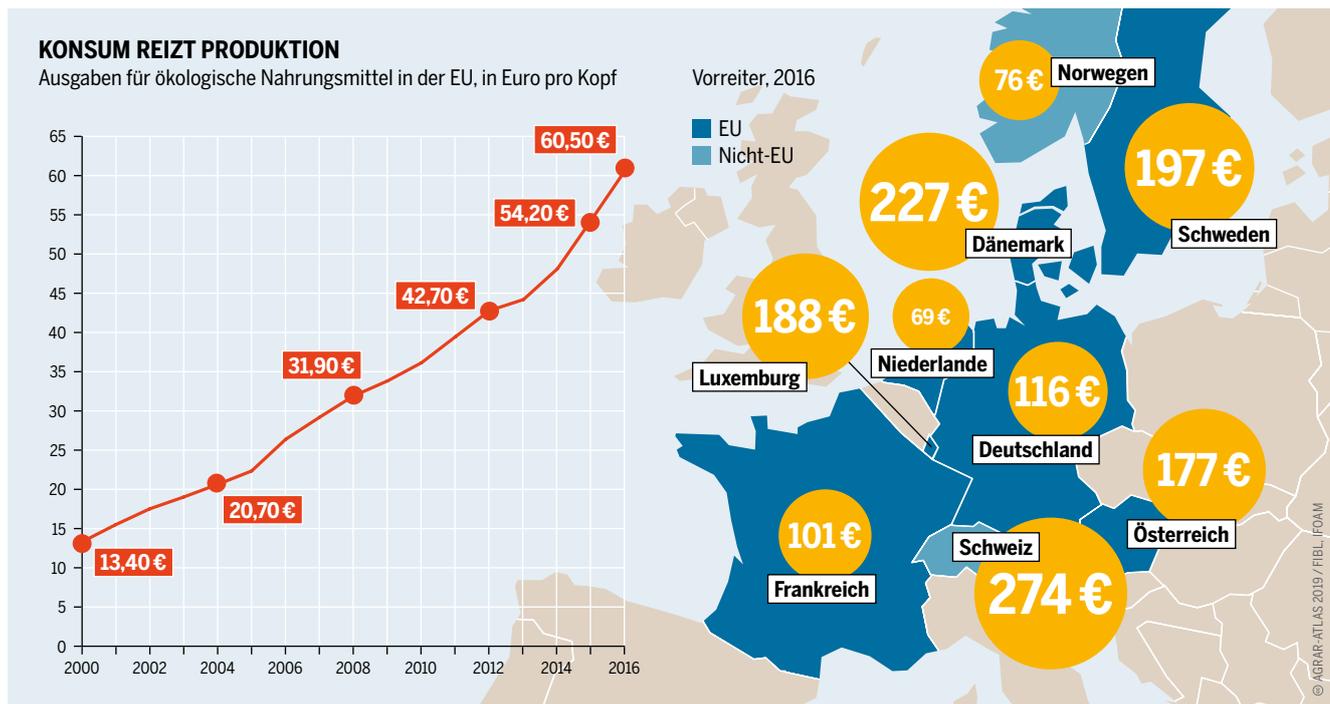
Weil sie die begrenzten Ressourcen schont und die Umwelt weniger belastet, leistet die biologische Landwirtschaft Bedeutendes für Natur und Gesellschaft. In Europa liegt der Anteil an biologisch bewirtschafteter Fläche, gemessen an der landwirtschaftlichen Fläche insgesamt, bei 2,7 Prozent und in der EU bei 6,7 Prozent. Die höchsten Anteile innerhalb der EU weisen Österreich, Estland und Schweden auf. Die Länder mit den absolut größten biologisch bewirtschafteten Flächen sind Spanien, Italien und Frankreich. In einigen Ländern nahm die biologisch bewirtschaftete Fläche

2016 im Vergleich zum Vorjahr besonders deutlich zu: in Italien um 303.000 Hektar, in Frankreich um 216.000 und in Deutschland um 162.000 Hektar.

Die positive Entwicklung der biologischen Landwirtschaft in der EU ist auf die starke Nachfrage durch die Konsumentinnen und Konsumenten und auf staatliche Fördermaßnahmen zurückzuführen. Im Zeitraum von 2000 bis 2016 hat sich der Pro-Kopf-Konsum an Biolebensmitteln in der EU beinahe vervierfacht und lag dann bei 60,50 Euro. Der Markt für biologische Lebensmittel ist in diesem Zeitraum im EU-Durchschnitt um 5 bis 19 Prozent pro Jahr gewachsen. In Deutschland, dem zweitgrößten Biomarkt weltweit, wurden 2017 bereits zehn Milliarden Euro mit Bioprodukten umgesetzt. Das entspricht einem bundesweiten Marktanteil von über fünf Prozent. Den höchsten Marktanteil weltweit hat Dänemark mit über zehn Prozent.

Biobetriebe werden durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU und von den Mitgliedsländern mit Prämien gezielt gefördert. Durch ihre Art der Bewirtschaftung erfüllen sie automatisch die Umweltauflagen für die EU-Direktzahlungen der ersten Säule. 6,4 Prozent ihres Haushalts für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen zahlt die EU an den Biolandbau aus, wobei die Anteile zwischen 0,2 Prozent in Malta und 13,2 Prozent in Dänemark variieren. Die Niederlande sind das einzige Land, das aus diesem Budget gar keine flächenbezogenen Beiträge für Biobetriebe vergibt. Sie

Innerhalb von zehn Jahren haben sich die Ausgaben ernährungs- und umweltbewusster Kundinnen und Kunden verdoppelt



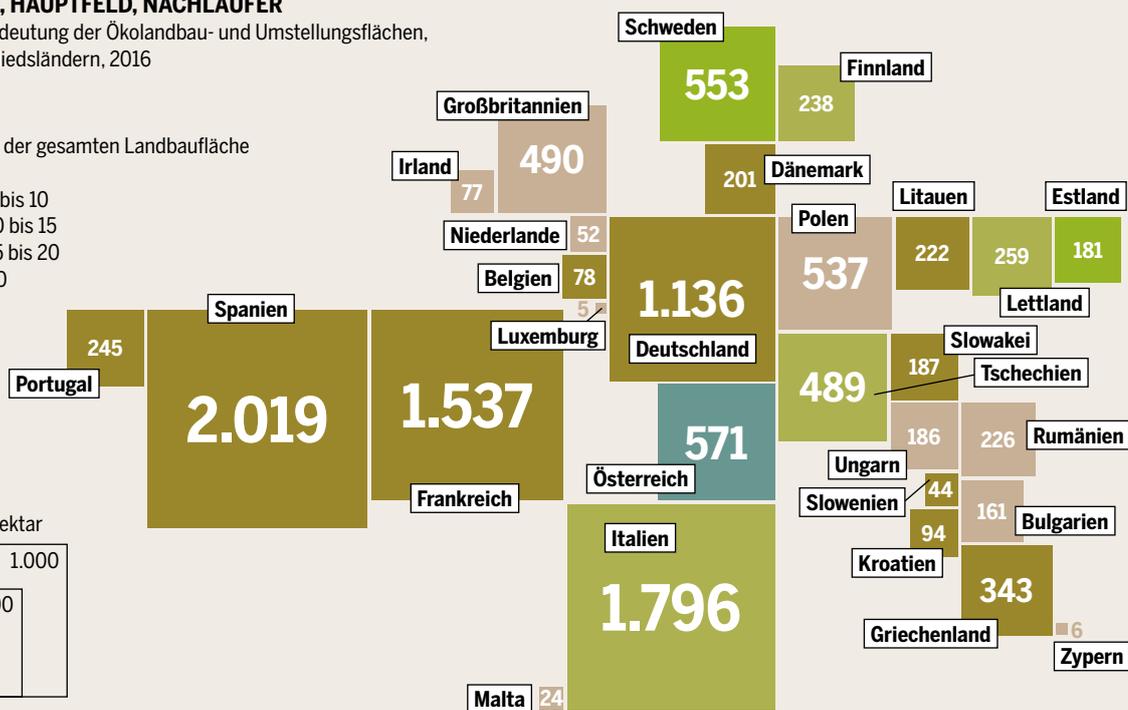
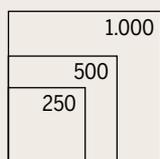
VORREITER, HAUPTFELD, NACHLÄUFER

Größe und Bedeutung der Ökolandbau- und Umstellungsflächen, nach EU-Mitgliedsländern, 2016

in Prozent der gesamten Landbaufläche

- bis 5
- über 5 bis 10
- über 10 bis 15
- über 15 bis 20
- über 20

in 1.000 Hektar



© AGRAR-ATLAS 2019 / EUROSTAT

konzentrieren sich stattdessen auf Politikmaßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Biosektors stärken.

Innerhalb der Bio-Förderprämien der EU wird zwischen Prämien für die Umstellung auf die biologische Landwirtschaft und Prämien für die Beibehaltung der biologischen Bewirtschaftung unterschieden. Außerdem gibt es Prämien für Landnutzungsarten, Besatzdichten von Tieren und Kulturpflanzen. So fördert Dänemark einen reduzierten Stickstoffeinsatz bis maximal 60 Kilogramm pro Hektar, und Ungarn gewährt höhere Prämien für beweidetes Grünland als für Wiesen, die gemäht werden. Die Beibehaltungsbeiträge, die die EU pro Hektar für anhaltende Ökobilandwirtschaft zahlt, variierten 2015 für Grasland zwischen 43 Euro in Schweden und 545 Euro in Estland, für Ackerland zwischen 90 Euro in Großbritannien und 600 Euro in Slowenien und für Gemüseanbauflächen zwischen 184 Euro in Dänemark und 900 Euro in Belgien und Zypern.

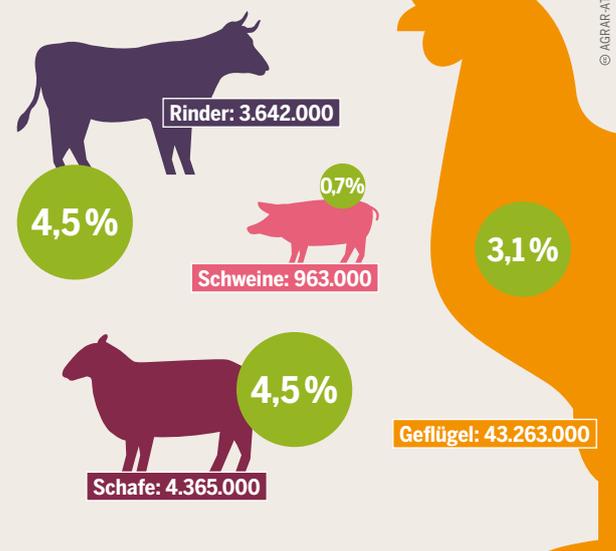
Obwohl der Biolandbau über die vergangenen drei Jahrzehnte stark an Bedeutung gewonnen hat, kann die steigende Nachfrage nach biologischen Lebensmitteln nicht aus der europäischen Produktion gestillt werden. Dafür muss sich die GAP neu ausrichten, die Fördermittel für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen gezielt hier einsetzen und den Biolandbau über nationale Strategien fördern, die die ganze Wertschöpfungskette miteinbeziehen. Im Juni 2018 schlug die Europäische Kommission vor, in der neuen Haushaltsperiode den Biolandbau weiter mit flächenbezogenen Zahlungen zu unterstützen. Es bleibt den Mitgliedsstaaten jedoch wie gehabt überlassen, ob und wie sie den Bioland-

So unterschiedliche Länder wie Österreich, Tschechien und Italien gehören zu den Öko-Vorreitern Europas

bau fördern. So plant Frankreich, künftig nur noch Prämien für die Umstellung und nicht mehr für die Beibehaltung des Biolandbaus zu gewähren. Außerdem hängt die Höhe der Förderbeiträge auch vom Ausmaß ab, in welchem die neue GAP-Periode besondere Umweltleistungen der Biobetriebe honorieren wird. ●

GROSSER GEGNER BILLIGFLEISCH

In der EU nach Ökokriterien gehaltene Tiere, Bestand nach Tierarten, Stückzahlen und Anteil am gesamten EU-Tierbestand, 2016



© AGRAR-ATLAS 2019 / FIBL, FOAM

Ökologische Tierhaltung und Fleischherstellung haben in der EU weniger Marktanteil als ökologische Pflanzenproduktion

IN DER VERANTWORTUNG

Was hat die Landwirtschaft der EU mit sicheren Nahrungsmitteln zu tun? Was mit gesunder Ernährung? Was mit sozialer Gerechtigkeit? Nicht alle solche Fragen lassen sich einfach beantworten.

Den meisten Europäerinnen und Europäern ist Gesundheit sehr wichtig. In einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage nannten sie körperliches Wohlbefinden und soziale Sicherheit als die zweitwichtigsten Themenfelder für die Politik – nur Arbeitslosigkeit erschien ihnen noch wichtiger. In einer weiteren Umfrage erklärten die Befragten, dass sichere, gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel oberste Priorität in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU haben sollten.

Landwirtschaft und Gesundheit stehen in einem engen Zusammenhang. Der Agrarsektor produziert Lebensmittel und stillt damit ein Grundbedürfnis des Menschen, hat aber auch viele negative Auswirkungen. Dazu gehört der übermäßige Einsatz von Antibiotika. Jedes Jahr werden in der EU mehr als 7.700 Tonnen dieser Wirkstoffe zur Behandlung von Tieren eingesetzt, die am Ende auf unseren Tellern landen. Der anhaltend hohe Verbrauch dieser Medikamente in der Tierproduktion und auch die unsachgemäße Verwendung in der Humanmedizin sind die Hauptursachen für Antibiotika-Resistenzen. Bis 2050 könnten in der EU schätzungsweise 390.000 Menschen pro Jahr sterben, weil Antibiotika bei ihnen nicht mehr wirken.

Außerdem ist die Landwirtschaft wesentlich für die Verschmutzung der Luft verantwortlich. Der Europäischen Umweltagentur zufolge stammen über 90 Prozent der Ammoniakemissionen in Europa aus dem Sektor. Sie gefährden

die Umwelt und befördern gesundheitsschädliche Partikel in die Atemluft. Zumeist stammen die Emissionen aus Gülle und Kunstdüngern. Obwohl die Ammoniakemissionen in der EU zwischen 1990 und 2016 um 23 Prozent gesunken sind, stellen sie nach wie vor eine schwere Belastung dar.

Auch der Zusammenhang von Landwirtschaft und sicheren Nahrungsmitteln wird heiß diskutiert. Normen und Grenzwerte sollen Pestizidrückstände, Bakterien oder Pilze in Lebensmitteln beschränken. Regelmäßige Tests der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zeigen zwar, dass die Pestizidrückstände die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher nur in geringem Maße unmittelbar gefährden. Doch zugleich nimmt die Besorgnis zu, dass sich eine Dauerbelastung selbst bei geringen Mengen negativ auf den Hormonhaushalt auswirkt. Gesundheitliche Belange, auch in Hinblick auf Pestizide, gehören zu den wichtigsten Gründen, warum sich die Verbraucherinnen und Verbraucher für den Kauf von Biolebensmitteln entscheiden.

Viele Fachleute vermeiden noch, sich öffentlich über den Zusammenhang von Landwirtschaft und gesunder Ernährung zu äußern. Einige Erkrankungen lassen sich auf den Verzehr von Lebensmitteln zurückführen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sind über die Hälfte aller Europäerinnen und Europäer übergewichtig und fast ein Viertel fettleibig. Der Fachverband World Obesity Federation warnt, dass ohne eine wirksame Gesundheitspolitik Übergewicht und Fettleibigkeit von Kindern in vielen EU-Ländern weiter zunehmen werden. Daraus resultiert nicht zuletzt eine erhebliche finanzielle Belastung.

Obwohl fast alle unsere Lebensmittel aus der Landwirtschaft stammen, herrscht in der wissenschaftlichen Literatur erstaunlich wenig Einigkeit darüber, wie sich die Agrarpolitik auf den Konsum auswirkt. Bekannt ist hingegen, welche wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Faktoren beeinflussen, was wir essen und trinken. Von den kurzen Lieferketten abgesehen sind diese Warenströme stark von multinationalen Konzernen geprägt. Eine Studie aus dem Jahr 2018 in 19 europäischen Ländern zeigte, dass in Haushalten mit erhöhtem Verbrauch von hochverarbeiteten Lebensmitteln auch Fettleibigkeit häufiger vorkam. Solche Produkte sind typischerweise energie-, zucker- und fettreich sowie ballaststoffarm.

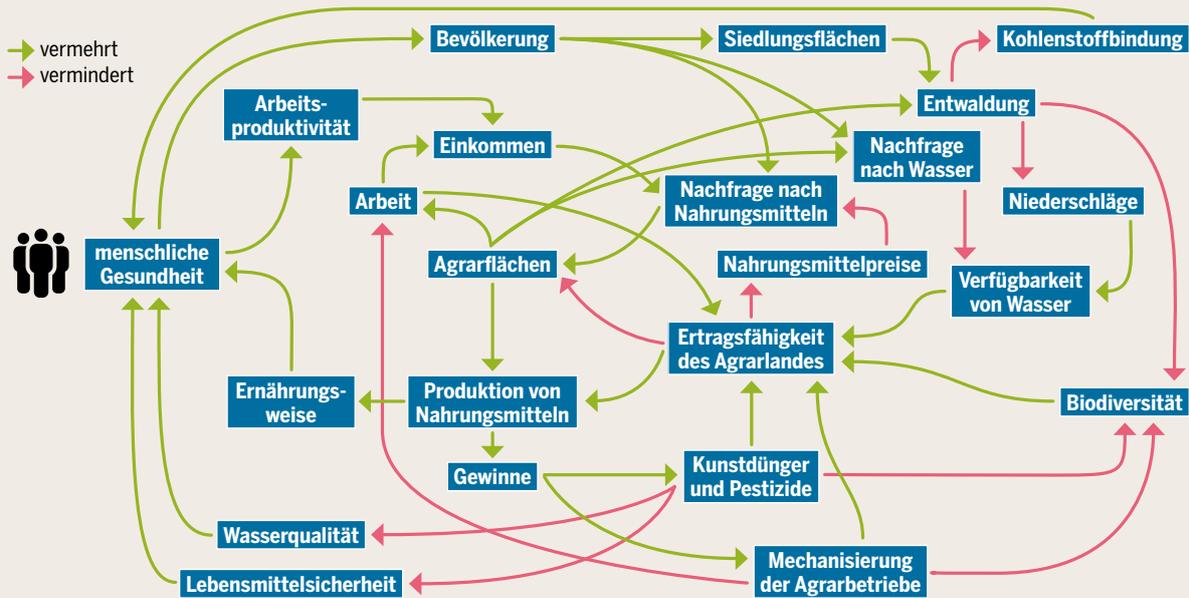
Die neue Gemeinsame Agrarpolitik, die 2021 in Kraft tritt, könnte erstmals auch Gesundheit als Ziel beinhalten – eine gewaltige Herausforderung 25 Jahre, nachdem die Mitgliedsländer sich verpflichteten, Gesundheit in allen EU-Politikbereichen als Querschnittsthema zu verankern und damit das Gesundheitsniveau der Bürgerinnen und Bürger deutlich zu verbessern. Damit EU-Programme das Wohlbefinden der Bevölkerung aber tatsächlich verbessern, muss-



Werbung für Wein, Anbau von Tabak, mehr Fleisch, billigerer Zucker, Hopfen zum Bierbrauen – das gesundheitspolitische Sündenregister der EU-Förderung ist lang

GESUNDHEIT IN DER AGRARPOLITIK

Auswahl von Faktoren und Dynamiken in einem auf Ökologie, Landwirtschaft und Ernährung ausgerichteten System



Modell der Initiative „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB), die beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen angesiedelt ist und als „TEEB for Agriculture & Food“ weltweit Landwirtschafts- und Ernährungssysteme untersucht. 2018 stellte TEEBAgriFood dieses Wechselwirkungsdiagramm vor, das die Vernetzung von Gesundheits- und Agrarpolitik mit anderen Politikbereichen aufzeigt; vereinfachte, auf die EU ausgerichtete Darstellung

© AGRAR-ATLAS 2019 / TEEB

ten unbedingt Akteurinnen und Akteure des Gesundheitswesens in die politische Gestaltung einbezogen werden. Das heißt: auch in die Gestaltung der EU-Agrarpolitik.

Die öffentliche Gesundheit steht zudem in einem engen Zusammenhang mit anderen Politikfeldern wie Umwelt, Tierschutz und sozialer Gerechtigkeit. So senkt ein besserer Tierschutz mit gesünderen Tieren den Bedarf an Antibiotika. Höhere Einkommen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verringern das Risiko der sozialen Ausgrenzung und verbessern die Strukturen in den ländlichen Gebieten. Durch mehr Obst- und Gemüseproduktion und weniger Tierhaltung lassen sich die Emissionen von Treibhausgasen und die Verschmutzung von Luft- und Wasser reduzieren und es lässt sich eine gesunde und nachhaltige Ernährung fördern. Hochwertige Lebensmittel ermöglichen den Erzeugerinnen und Erzeugern höhere Einkommen. Ein geringerer Pestizideinsatz mindert die damit verbundenen Gesundheitsrisiken und schont Insekten, die unter anderem als Bestäuber von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit unserer Ernährung sind.

Die Gemeinsame Agrarpolitik, die im nächsten Siebenjahreszeitraum von 2021 bis 2027 Beihilfen in Höhe von 365 Milliarden Euro auszahlen wird, kann solche Entwicklungen unterstützen. Eine zukunftsorientierte GAP sollte auf der Nachfrage- wie der Angebotsseite eine gesunde und nachhaltige Ernährung stimulieren, zum Beispiel durch Informationskampagnen und bessere Kennzeichnung. Aber die Umstellung auf ein gesundes und nachhaltiges

Besonders in den Anrainerländern des Mittelmeeres tritt der Wunsch nach Gesundheit weit hinter die Angst vor der Arbeitslosigkeit zurück

Die EU wäre die ideale Organisation, um ihre Agrarpolitik mit anderen Politikfeldern zu vernetzen – ein Schritt Richtung Gesundheit und Nachhaltigkeit

Ernährungssystem hängt nicht allein von der Agrarpolitik ab. Nachhaltige Produktion wird nur durch nachhaltigen Konsum ermöglicht, der, um wirklich nachhaltig zu sein, gleichzeitig die Gesundheit fördern muss. Dies erfordert ein koordiniertes Vorgehen in allen Politikbereichen, die das Ernährungs- und Agrarsystem betreffen, geleitet von einer ganzheitlichen Ernährungspolitik für Europa. ●

NORD-SÜD-GEFÄLLE

Umfrage*: Antwort „Gesundheit und soziale Sicherheit“ auf die Frage, was das wichtigste Problem im Land sei



* Eurobarometer mit 28.000 Befragten, Frühjahr 2018. Auch wählbar u. a. „Arbeitslosigkeit“, „Einwanderung“, „Lebenshaltungskosten“, „Renten“, „Wohnungen“.

© AGRAR-ATLAS 2019 / EUROBAROMETER

TÄTER UND OPFER ZUGLEICH

Die EU möchte die Emissionen der Landwirtschaft senken. Dafür hat sie große Ziele formuliert. Konkrete Maßnahmen und Förderprogramme fehlen aber genauso wie die Resonanz aus den Mitgliedsländern.

Der Klimawandel wirkt sich in vielfältiger Weise auf die Landwirtschaft aus. Während das wärmere Wetter in Nordeuropa durchaus förderlich für die Agrarproduktion sein mag, überwiegen in Mittel- und Südeuropa die negativen Folgen. Dürren, Überschwemmungen und höhere Temperaturen begünstigen Schädlingsbefall und Pflanzenkrankheiten und führen zu Ertragsverlusten bis hin zu Ernteausfällen.

Allerdings trägt die Landwirtschaft auch selbst zum Klimawandel bei. Bei der Düngung werden große Mengen Lachgas freigesetzt, bei der Rinderhaltung entsteht Methan. Weltweit ist die Landwirtschaft für ein Viertel aller Emissionen von Treibhausgasen verantwortlich. In Europa ist der Agrarsektor nach der Energieerzeugung und dem Verkehr die drittgrößte Quelle und trägt etwa zehn Prozent zu den Gesamtemissionen bei. Diese Emissionen kommen zu 38 Prozent aus den Böden und dem Einsatz von Düngemitteln und

zu 61 Prozent aus der Tierhaltung – drei Viertel davon entstehen durch den Verdauungsprozess von Wiederkäuern und ein Viertel durch Mist und Gülle.

Um das globale Klima zu stabilisieren und die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren, müssen diese Emissionen drastisch reduziert werden. Auf der Pariser Klimakonferenz 2015 haben sich 196 Länder darauf geeinigt, sich dafür nationale Ziele zu setzen. So hat sich die EU verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu senken und die Landwirtschaft an den Klimawandel anzupassen, ohne die Produktion einzuschränken.

Bei den Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU gewann der Klimawandel zunehmend an Bedeutung. Durch die Reform von 2013 wurde der Schutz des Klimas sogar zu einem der Kernziele erhoben und in der zweiten Säule der GAP verankert. Dennoch gibt es bei der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen große Unterschiede zwischen den EU-Staaten, und in vielen Ländern ist das Engagement eher marginal.

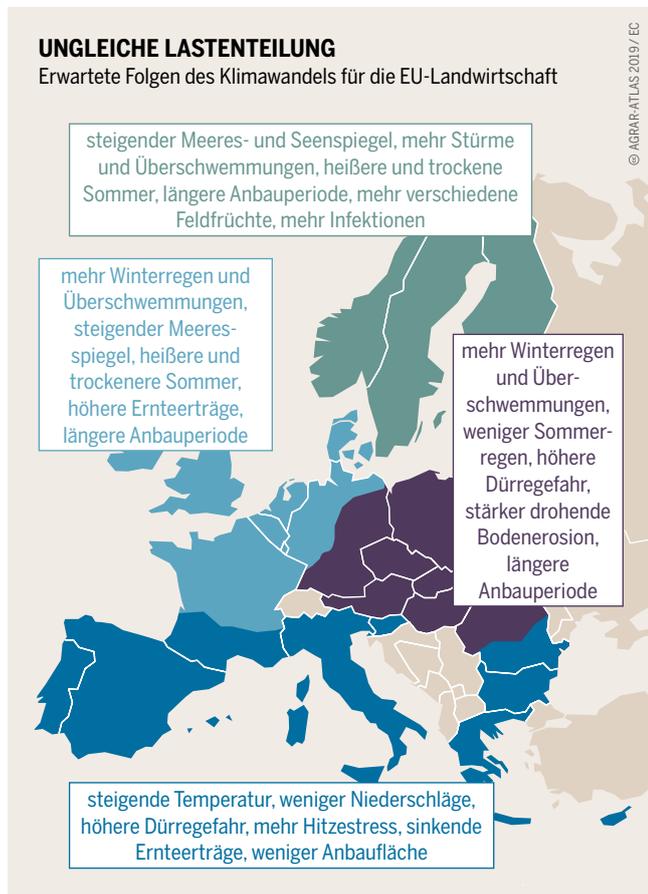
Für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sind nur die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen. Durch sie werden ein integriertes Düngemittelmanagement, diversifizierte Fruchtfolgen und andere klimabezogene Maßnahmen gefördert. Es wurde aber nie ein konkretes Ziel formuliert, wie weit die Emissionen der EU-Landwirtschaft reduziert werden sollen. Bei den Verhandlungen über Reformen hat die Produktion von Nahrungsmitteln absoluten Vorrang.

Sicherheit der Ernährung und Klimaziele können in Einklang gebracht werden, wenn in den Böden mehr Kohlenstoff gebunden würde. Dies ist das Ziel der 2015 in Frankreich gestarteten „Vier-Promille-Initiative“, durch die der Gehalt organisch gebundenen Kohlenstoffs im Boden um 0,4 Prozent pro Jahr erhöht werden soll. Die Speicherung organischer Stoffe aus Pflanzen im Boden über Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinweg könnte den Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre zumindest teilweise ausgleichen.

Erreicht werden könnte dies zum Beispiel, wenn der Boden ständig mit Kulturen bedeckt wäre, tief wurzelnde Pflanzen angebaut und Mist, Mulch und Kompost eingesetzt würden. Theoretisch hält die GAP Landwirtinnen und Landwirte schon jetzt dazu an, den Kohlenstoffgehalt des Bodens zu erhalten und möglichst zu erhöhen. Es werden jedoch weder Bilanzen oder Berichte verlangt noch konkrete Maßnahmen, um die Verluste von Kohlenstoff im Boden zu minimieren.

Die GAP sollte nicht nur dazu anreizen, ausreichend Lebensmittel zu produzieren, sondern auch dazu, die Fruchtbarkeit der Böden zu verbessern und dort für einen hohen Anteil organischer Substanz zu sorgen. In vielen EU-Regio-

Während die Agrarlandschaften Südeuropas vom Klimawandel stark bedroht sind, scheinen andere davon zu profitieren. Solidarität ist gefordert



WACHSTUM BEI DEN ANDEREN

Die EU-Landwirtschaft ist Teil internationaler Wertschöpfungsketten. Sie beeinflusst die weltweiten Agrarmärkte und damit auch Preise, Produktionen, Einkommen und Ernährung in Ländern des Südens.

Seit den 1980er-Jahren wurde die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union dafür kritisiert, dass sie den Export landwirtschaftlicher Produkte in alle Welt gezielt subventionierte. Dieser Einsatz von Steuergeldern trug zum Verfall der Weltmarktpreise bei und verdrängte Bauern und Bäuerinnen von ihren lokalen Märkten. In den 1990er-Jahren wurden Flächenprämien, also Pro-Hektar-Zahlungen, unabhängig davon, was und wie produziert wird, zum wichtigsten Instrument der GAP. Die Exportsubventionen sanken und wurden 2015 durch einen Beschluss der Welthandelsorganisation WTO weltweit verboten.

Ob die Flächenprämien eine entwicklungspolitisch negative Wirkung haben, ist umstritten. Die große Mehrheit der Agrarökonomeninnen und Agrarökonomen geht davon aus, dass die Prämien die Produktion kaum beeinflussen und damit auch die internationale Wirkung minimal ist. Dennoch gibt es Modellrechnungen, denen zufolge sich Produktion und Export in einigen Sektoren deutlich verändern würden, wenn es keine Flächenprämien gäbe.

So kommt eine Studie des Norwegian Agricultural Economics Research Institute und der Universität Bonn von 2012 zu dem Ergebnis, dass der EU-Nettoexport von Weizen um 20 Prozent, der von Schweinefleisch um 16 Prozent und der von Geflügelfleisch sogar um 75 Prozent sinken würde. Denn ohne Flächenprämien wären die Getreide- und damit auch die Futterpreise höher. Die Autorinnen und Autoren der Studie halten diese Veränderungen für geringfügig. Zivilgesellschaftlichen Organisationen wäre es hingegen wichtig, wenn die EU ihr Angebot auf dem Weltmarkt so deutlich verringern würde.

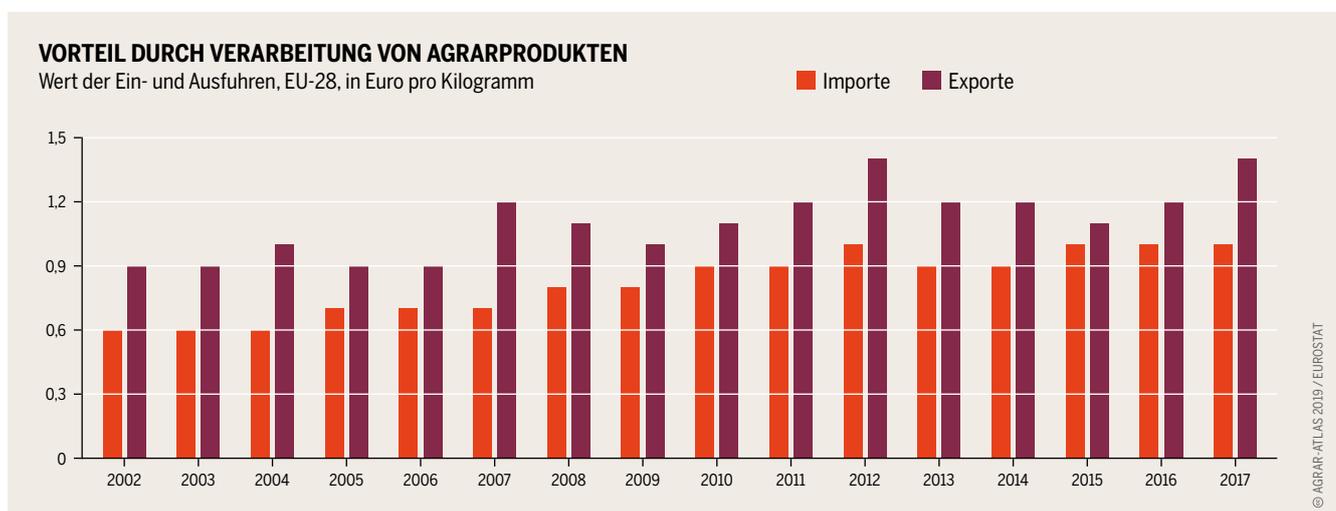
Die langjährigen hohen Agrarimport-Überschüsse der EU sind verschwunden. Seit 2007 nimmt die EU sogar mehr durch die Ausfuhr von Agrarprodukten ein, als sie ausgibt: zuletzt 20 Milliarden Euro pro Jahr. Vor allem bei Weizen, Schweinefleisch und Milch sind die Ausfuhrmengen gestiegen – und Exporte sind ein Anreiz, insgesamt mehr zu produzieren.

Für viele Erzeugnisse ist der afrikanische Kontinent ein wichtiger Absatzmarkt. Allein Nordafrika, das nur begrenzt selber produzieren kann, soll 2018/19 rund 40 Prozent der EU-Weizenausfuhren abnehmen, die Länder südlich der Sahara mehr als ein Viertel. Zwar kann südlich der Sahara nur in wenigen Regionen Weizen angebaut werden. Die Importe konkurrieren allerdings mit an die Standorte angepassten Nahrungspflanzen wie Hirse, Cassava und Yams und beeinflussen die dortigen Ernährungsgewohnheiten.

Bei Geflügelfleisch gingen 2017 rund 43 Prozent der gesamten EU-Exporte nach Afrika südlich der Sahara, vorwiegend nach Westafrika. Würden sich durch das Wegfallen der pauschalen Flächenprämien in der EU die Exporte – wie im Modell vorhergesagt – verringern, sänke der Angebotsdruck in diesem Sektor, und die Preise auf vielen afrikanischen Märkten könnten steigen. Dies wiederum wäre ein Anreiz für lokale Investitionen, denn noch ist dort die Produktivität sehr niedrig.

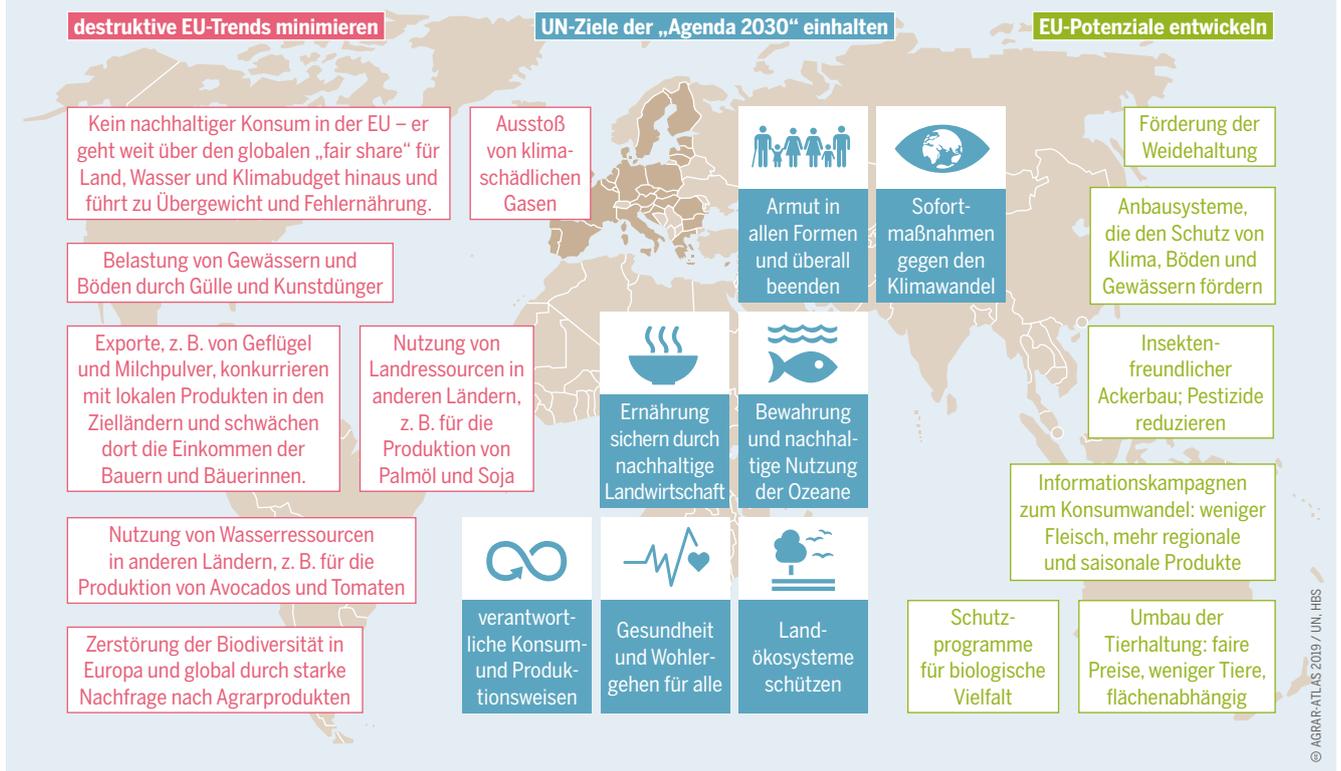
Die Export-„Erfolge“ der EU gehen nicht nur auf Subventionen zurück. Seit Jahren verfolgt die EU ausdrücklich das Ziel, die Produktivität ihrer Landwirtschaft zu steigern. Und da der Absatz in der EU stagniert, ist ein Wachstum der Erzeugung nur mit zunehmenden Exporten zu erreichen. Zuschüsse für den Bau immer größerer Ställe auf der einen Seite, fehlendes Ordnungsrecht im Umwelt- und Tierschutz

Billige Rohstoffe rein, teure Lebensmittel raus – die Wertschöpfung im Produktionsprozess findet vor allem in der EU statt



PROBLEME, AUFGABEN, POTENZIALE

UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, EU-Agrarpolitik mit negativen Auswirkungen sowie Konzepte, um beide in Übereinstimmung zu bringen



© AGRAR-ATLAS 2019 / UN, HES

auf der anderen – schon steigt die Produktion, und die Erzeugerpreise sinken.

Die Milch zeigt, wie es nicht gehen darf. Seit 2015 ist die in den 1980er-Jahren eingeführte Obergrenze für die Milchherzeugung abgeschafft und die EU-Milchpolitik liberalisiert. Seither können EU-Molkereien größere Mengen auf den Weltmarkt exportieren. Doch als die Weltmarktpreise aufgrund dieser höheren Exporte zusammenbrachen, mussten viele EU-Milchviehbetriebe aufgeben. Oder der Staat erhielt sie mit Notkrediten, während die Großmolkereien die sinkenden Preise an die Milchbäuerinnen und Milchbauern weitergaben.

Mit den Exportsubventionen hat die EU ein entwicklungspolitisch besonders schädliches Instrument abgeschafft. Unproblematisch ist die europäische Agrarpolitik deswegen noch lange nicht. Das gilt auch für die andere Seite, die landwirtschaftlichen Importe in die EU. Sie bestehen noch immer zum größten Teil aus klassischen Agrarrohstoffen und ehemaligen Kolonialprodukten wie Palmöl, Soja, Kakao, Kaffee, Bananen und Baumwolle. Nutzungs- und Verteilungskonflikte um die Anbauflächen sowie Entwaldung, Wasserverbrauch und Pestizideinsatz wirken sich negativ auf Ernährung und Gesundheit, auf Menschenrechte, globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus. Soja zum Beispiel dient in der EU als Tierfutter. Indem die Instrumente der GAP dazu führen, dass mehr Schweine- und Hüh-

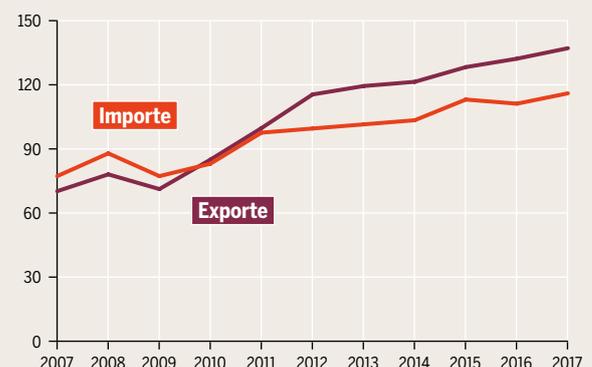
Die Agrarexporte aus der Hochleistungs-EU haben sich seit 2009 verdoppelt. Auch die Einfuhren sind schnell gestiegen

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU kann helfen, die UN-Nachhaltigkeitsziele für das Jahr 2030 einzulösen – sie kann dies aber auch erschweren

nerfleisch produziert wird, treiben sie wiederum auch die Nachfrage nach Soja an, das in Lateinamerika auf riesigen Plantagen wächst, wo einst Wald und Weiden waren. Erst wenn die EU mit den rund 40 Milliarden Euro, die sie derzeit für Flächenprämien ausgibt, ihre Landwirtschaft und ihr Ernährungssystem grundsätzlich umbaut und beides ökologisch und global gerecht gestaltet, wird sie einen Beitrag zu den globalen Zielen der nachhaltigen Entwicklung leisten. ●

DIE VERFLECHTUNG NIMMT ZU

Außenhandel der EU-28 mit landwirtschaftlichen Produkten, Milliarden Euro



© AGRAR-ATLAS 2019 / EC

AUTORINNEN UND AUTOREN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im Dezember 2018 abgerufen. Der Agrar-Atlas ist im PDF-Format unter den Download-Adressen herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt sind. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10–11 GESCHICHTE NEUE ZIELE, ALTES DENKEN von Christine Chemnitz und Christian Rehmer

S. 10: European Commission, Overview of CAP Reform 2014–2020, S. 4, <https://bit.ly/2BJztPs>.
Wikipedia: Karte EU-Erweiterungen, <https://bit.ly/2UAxbMe>. – S. 11: European Commission, CAP context indicators 2014–2020, 17. Agricultural holdings, <https://bit.ly/2C0P0wB>, 18. Agricultural area, <https://bit.ly/2rs8jsx>.

12–13 EU-AGRARPOLITIK IN ÖSTERREICH GEMISCHTE BILANZ von Ruth Pammer

S. 12: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Maßnahmen für die Land- und Fortwirtschaft im Jahre 2018 (Grüner Bericht), S. 9, <https://bit.ly/2V0fINq>.
S. 13 o.: Statistik Austria, Betriebsstruktur, <https://bit.ly/2EARinV>, hier <https://bit.ly/2rLXDVI>. –
S. 13 u.: Statistik Austria, Bodennutzung, <https://bit.ly/2ExJpj8>, hier <https://bit.ly/2ExArSK>, zitiert nach Marktmeinungsmensch, <https://bit.ly/2ElrjvH>.

14–15 KOMPETENZEN DRINGEND: DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND von Ruth Pammer

S. 14: Umweltbundesamt, Klimaschutzbericht 2017, S. 50, <https://bit.ly/2Bwys3H>. – S. 15 o.: siehe S. 13 o. zitiert nach – S. 15 u.: Regio Data, zitiert nach Cash, 28. September 2018, <https://bit.ly/2ECCK00>.

16–17 NETTOZAHLER EINE EXTRAWURST FÜR 130 MILLIARDEN EURO von Dietmar Bartz

S. 16: European Parliament, The UK ‚rebate‘ on the EU budget. Briefing, February 2016, <https://bit.ly/2PteWVg>.
Alan Matthews, Impact of Brexit on the EU budget, <https://bit.ly/2EmSQ5r>. HM Treasury, European Finances 2017, March 2018, <https://bit.ly/2rsq7Uk>. –
S. 17: Bundeszentrale für politische Bildung, Zahlen und Fakten Europa, Nettozahler und Nettoempfänger in der EU, <https://bit.ly/2Uoyz4i>.

18–19 DIREKTZAHLUNGEN VIEL GELD FÜR WENIG LEISTUNG von Alan Matthews

S. 18: European Commission, Direct payments, 28 February 2018, S. 9, <https://bit.ly/2PuRZ3U>. –
S. 19 o.: European Commission, EU Budget: the Common Agricultural Policy beyond 2020, 1 June 2018, <https://bit.ly/2PweCEY>. – S. 19 u.: European Commission, Voluntary coupled support, review, as of 2017, <https://bit.ly/2ndG9Qy>. PBL, Cities in Europe, 2016, S. 12, <https://bit.ly/2PtRebp>.

20–21 LÄNDLICHE RÄUME SPAREN AM FALSCHEN ENDE von Helene Schulze, Oliver Moore und Hans Martin Lorenzen

S. 20: European Commission, Degree of urbanisation for local administrative units level 2, 2016, <https://bit.ly/2Elc7UZ>. Eurostat, Statistics on rural areas in the EU, February 2017, <https://bit.ly/2PvwIqZ>. – S. 21: European Commission, The CAP towards 2020, 2018, <https://bit.ly/2BZtc4D>. IEG Policy, Reform of the Common Agricultural Policy, 2018, <https://bit.ly/2SANmXR>. European Parliamentary Research Service Blog, Breakdown By Member State of EU Support For Rural Development 2014–2020 (...) 2016, <https://bit.ly/2E9490k>.

22–23 HÖFESTERBEN WACHSEN ODER WEICHEN von Stanka Becheva und Véronique Rioufol

S. 22: European Commission, Statistical Factsheet European Union, May 2018, S. 21, <https://bit.ly/2ioSLRL>. – S. 23 o.: Eurostat, Small and large farms in the EU – statistics from the farm structure survey, 2017, figure 4, <https://bit.ly/2C0hzKM>. – S. 23 u.: European Commission, Statistical Factsheet European Union, May 2018, S. 21, <https://bit.ly/2ioSLRL>.

24–25 ARBEIT EINKOMMEN UND AUSKOMMEN von Aurélie Trouvé

S. 24: Eurostat, Small and large farms in the EU – statistics from the farm structure survey, 2017, figure 5, <https://bit.ly/2C0hzKM>. – S. 25 o.: European Commission, Farm Economy Focus, 2018, <https://bit.ly/2PrAGkb>. – S. 25 u.: European Commission, Statistical Factsheet European Union, May 2018, S. 13, S. 15, <https://bit.ly/2ioSLRL>.

26–27 LANDPREISE KAPITALE FEHLENTWICKLUNG von Brîndușa Bîrhală

S. 26: Destatis, Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern, <https://bit.ly/2gohq8N>. ČSÚ, Statistická ročenka České republiky 2017, Zemědělství, Nr. 13–32, <https://bit.ly/2SCC7y5>. – S. 27: Eurostat, Agricultural land prices by region, Code: apri_lprc, <https://bit.ly/2B5hSSD>.

28–29 BIODIVERSITÄT IN DER EU BEDROHTE VIELFALT – MIT DEM ARTENSCHWUND WIRD ES ERNST von Harriet Bradley

S. 28: European Environment Agency (EEA), Projected change in Bumblebee climatically suitable areas, 2016, <https://bit.ly/2EdTUaS>. – S. 29 o.: Eurostat, Common bird index, Code: t2020_re130, <https://bit.ly/2SATGI3>. European Environment Agency, Technical report No 2/2015, S. 23, <https://bit.ly/2BP3j9g>. – S. 29 u.: Europäische Kommission, Bericht [über Ökologisierungszahlungen], COM(2017) 152 final, 29.3.2017, <https://bit.ly/2zP7HSx>.

30–31 BIODIVERSITÄT IN ÖSTERREICH WIE LEBENSÄRÄUME VERLOREN GEHEN von Christof Kuhn und Dominik Linhard

S. 30: BirdLife Österreich, Monitoring der Brutvögel Österreichs, Bericht über die Saison 2017, S. 10 f., <https://bit.ly/2Lxltg8>. – S. 31 o.: Umweltbundesamt, Nationale Berichte, <https://bit.ly/2LsWX5E>, hier <https://bit.ly/2PSZXEO>. – S. 31 u.: Grüner Bericht 2018, S. 16, <https://bit.ly/2R9uUbH>. Statista, Wirkstoffmengen in Verkehr gebrachter Pflanzenschutzmittel in Österreich von 2010 bis 2017, <https://bit.ly/2V1x8jj>.

32–33 PESTIZIDE NEUE IDEEN MIT WENIGER CHEMIE von Lars Neumeister

S. 32: IRES, Pesticides found in Hair samples. Analysis report 180907-02, 2018, <https://bit.ly/2PtpT9k>. – S. 33 o.: Eurostat, Agri-environmental indicator – consumption of pesticides, Code: aei_fm_salpest09, <https://bit.ly/2EbtgPX>. – S. 33 u.: European Environmental Agency, Pesticide sales, 2018, <https://bit.ly/2PqUggs>. PAN Europe, Pesticide Use in Europe, <https://bit.ly/2Ec2DKH>.

34–35 TIERHALTUNG IN DER EU GELDER FÜR DEN UMBAU von Harald Grethe

S. 34: Special Eurobarometer 442, Report. Attitudes of Europeans towards Animal Welfare, 2016, S. 10, <https://bit.ly/2Qo3L5e>. Eurostat, Agricultural production – animals, Code: apro_mt_ls, <https://bit.ly/2zT3jSi>. – S. 35: Eurostat, ebd.

36–37 ERNÄHRUNGSSICHERHEIT IN ÖSTERREICH ZUM BEISPIEL MILCH UND FLEISCH von Markus Schermer und Franziskus Forster

S. 36: Forster/Schermer, in Anlehnung an GRAIN/IATP,

Two ways to tackle livestock's contribution to the climate crisis, 2017, <https://bit.ly/2EFJAtr>. – S. 37: Leopold Gruber-Doberer, Milchgenossenschaft Niederösterreich, Der Milchmarkt im Zwiespalt zu den gesetzlichen Anforderungen, 2018, Bild 37, <https://bit.ly/2PRQX1S>. – ÖRV, Milch, <https://bit.ly/2PQEOuo>. – Grüner Bericht 2018, S. 25, <https://bit.ly/2GvQZ0k>. – Helmut Petschar, Vereinigung österreichischer Milchverarbeiter, Aktuelle Themen der Milchwirtschaft, 2018, Bild 6, <https://bit.ly/2T3JsgV>.

38–39 DÜNGER WENN ÄCKER WASSER SCHÜTZEN von Christian Rehmer und Katrin Wenz

S. 38: Eurostat, Consumption of inorganic fertilizers, code: aei_fm_usefert, <https://bit.ly/2L8nZdx>. – S. 39 o.: European Commission (EC), Report [concerning the protection of waters], SWD(2018) 246 final, Part 4/9, S. 42, <https://bit.ly/2Be6ZhF>. – S. 39 u.: EC, Water quality in the EU, <https://bit.ly/2EbwqmN>.

40–41 ÖKOLANDWIRTSCHAFT ORGANISCH UND DYNAMISCH von Rebekka Frick, Matthias Stolze und Helga Willer

S. 40: FiBL and IFOAM, The world of organic agriculture, 2018, S. 243, <https://bit.ly/2NDcvj4>. – S. 41 o.: Eurostat, Organic crop area, code org_cropar, <https://bit.ly/2zQpIzD>. – S. 41 u.: FiBL and IFOAM, ebd. S. 233, <https://bit.ly/2NDcvj4>.

42–43 GESUNDHEIT IN DER VERANTWORTUNG von Nikolai Pushkarev

S. 42: European Public Health Alliance, A CAP for Healthy living, 2016, S. 18, <https://bit.ly/2UtmXgm>. – S. 43 o.: TEEB for Agriculture & Food, 2018, S. 43, <https://bit.ly/2RL8kDy>. – S. 43 u.: Eurobarometer 89, 2018, S. 12, <https://bit.ly/2sRPb8z>.

44–45 KLIMA TÄTER UND OPFER ZUGLEICH von Cornelia Rumpel und Abad Chabbi

S. 44: Comisión Europea, Comunicación sobre el futuro de la PAC, Bild 15, <https://bit.ly/2EpWxaG>. – S. 45 o., u.: Eurostat, European Environment Agency, Greenhouse gas emission by source sector, code: env_air_gge, <https://bit.ly/2GkAJPJ>, <https://bit.ly/2EkIaob>.

46–47 WELTHANDEL WACHSTUM BEI DEN ANDEREN von Tobias Reichert und Berit Thomsen

S. 46: Eurostat, Value, weight and average price (...) in agricultural products, 2002–2017, code: DS-018995, <https://bit.ly/2B7LBU3>. – S. 47 o.: United Nations, Sustainable Development Goals, <https://bit.ly/2MiKTxL>. Eigene Darstellung. – S. 47 u.: European Commission, Agri-food trade statistical factsheet, 2018, S. 3, <https://bit.ly/2pGgfDJ>.

GLOBAL 2000 – FRIENDS OF THE EARTH AUSTRIA

GLOBAL 2000 ist eine unabhängige und gemeinnützige österreichische Umweltschutzorganisation mit Sitz in Wien. Seit 1982 setzen wir uns für eine intakte Umwelt, eine zukunftsfähige Gesellschaft und nachhaltiges Wirtschaften ein. Unterstützt wird unser Team dabei von AktivistInnen und freiwilligen MitarbeiterInnen in ganz Österreich. Wir zeigen konsequent die drängenden Umweltprobleme auf, machen Druck auf Wirtschaft und Politik und bewegen Menschen, sich mit uns für eine intakte und lebenswerte Umwelt einzusetzen. Unsere ExpertInnen erarbeiten gemeinsam mit PartnerInnen aus Forschung und Praxis zukunftsfähige Lösungen.

Wir engagieren uns seit vielen Jahren für die Ökologisierung der Landwirtschaft und eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, für die Reduktion des Pestizid-Einsatzes und den Schutz der Biodiversität. Wir setzen uns dabei für politische Rahmenbedingungen ein, die den Erhalt unsere Lebensgrundlagen langfristig sichern, und erarbeiten in Kooperation mit LandwirtInnen praxistaugliche Alternativen für eine ressourcenschonende und umweltverträgliche Landwirtschaft. Mit den GLOBAL-2000-Umwelttests und den Gütesiegelchecks bieten wir Orientierung für KonsumentInnen sowie Anleitung zum selbst Aktivwerden.

Klimaschutz und Energiewende sowie ein schonender Umgang mit den endlichen Ressourcen unseres Planeten sind weitere Prioritäten unserer Arbeit. GLOBAL 2000 ist Mitglied von „Friends of the Earth International“ und kooperiert auch mit anderen Umweltschutzorganisationen, wissenschaftlichen Instituten, Bürgerinitiativen und ausgewählten Bereichen der Wirtschaft. GLOBAL 2000 setzt alles daran, unsere Welt zum Positiven zu verändern. Wir kämpfen für das Schöne.



GLOBAL 2000 – Friends of the Earth Austria
Neustiftgasse 36, 1070 Wien, Österreich, www.global2000.at

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern.

Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

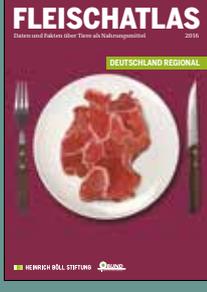
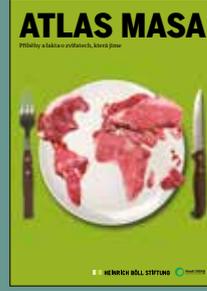
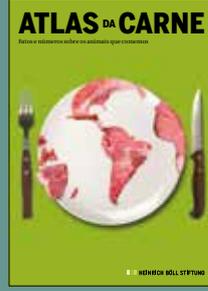
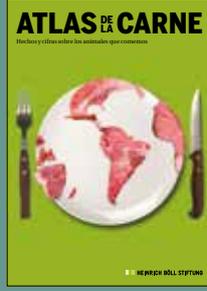
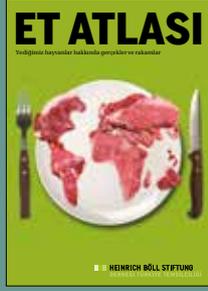
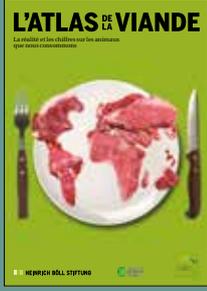
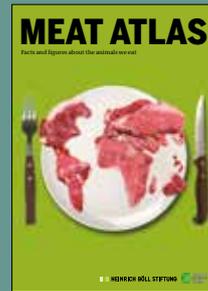
Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung.

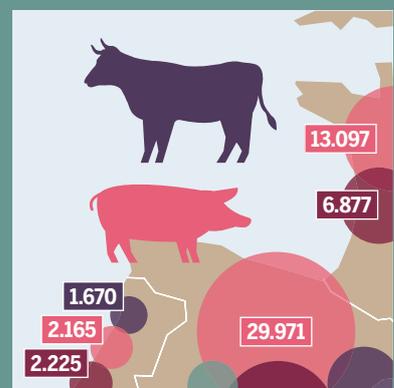
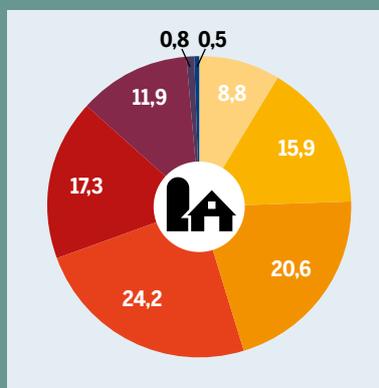
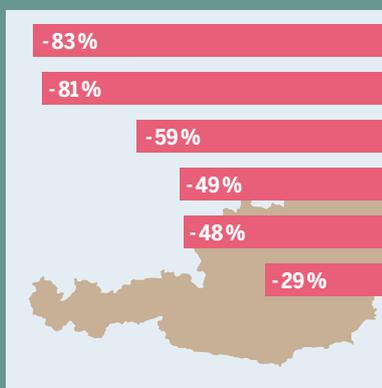
Zurzeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, der Ukraine, Bosnien, Serbien, Israel, Libanon, dem arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexico, El Salvador und in den USA. Pro Jahr stehen der Stiftung circa 62 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.



Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstr. 8, 10117 Berlin, Deutschland, www.boell.de

BISHER ERSCHIENEN





Die Qualität von Böden, des Wassers und der Lebensräume für Insekten und seltene Pflanzen ist untrennbar mit der Landwirtschaft verbunden.

aus: **NEUE ZIELE, ALTES DENKEN**, Seite 10

Direktzahlungen sind ungerecht, weil ein großer Teil an Betriebe geht, deren Einkommen weit über dem Durchschnitt liegt.

aus: **VIEL GELD FÜR WENIG LEISTUNG**, Seite 18

Besonders im Vergleich zu anderen Ländern geschah in Österreich manches Richtige. Viele Ziele wurden dennoch verfehlt.

aus: **GEMISCHTE BILANZ**, Seite 13

Sogar Almen sind als extensive Weiden von zunehmender Düngung bedroht.

aus: **WIE LEBENSÄÄUME VERLOREN GEHEN**, Seite 30